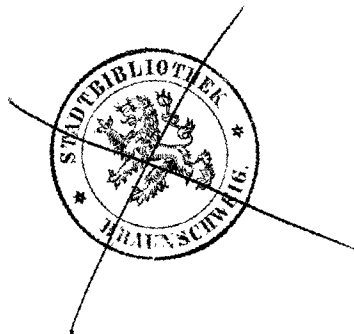


Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

8





1877.

(Fortsetzung der Beilage zum 36. Stücke des 1877
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 2.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 22. Februar 1877.

Öffentlich:

Interpellationen Herrn Krampes, den Feuertelegraphen am Augustthore, die Bodenbeschaffenheit des Friedhofsterrains auf der »Hube« und einen Passus in der Uebersicht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten während des Jahres 1875 betr.

Motivirung eines Antrages Herrn Steinaus auf Wahrung der Eigenthumsrechte der Stadt am Kl. Gertrienplaz.

Beschluß über die Einrichtung neuer Schulklassen.

Verwilligung eines Zuschusses für die Zeichenschule des Vereins zur Förderung des Kunstgewerbes.

Ermächtigung des Magistrates zur Uebernahme eines Processes wegen Erstattung von Pflegekosten.

Genehmigung eines Vertrages mit dem Landesökonomie-Conducteur v. Holwebe über dessen Mitwirkung bei Revision und Vervollständigung des Stadterweiterungsplanes.

Beschluß wegen der Anstellung eines Schuldirectors.

Verwilligung von Gratificationen für die Controle des Zu- und Abgangs der hier geschlachteten Schweine.

Antrag Herrn Recks auf Anlage von Ventilationsvorrichtungen im SitzungsSaale der Versammlung.

Vertraulich:

Wahl der Beisitzer der Steuereinschätzungs-Commissionen.

Entschuldigt die Herren Bracke und Rieß. Am Magistratsische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Gebhard, Haake und Kitzmeyer.

Die Protocolle vom 14. und 28. December v. J. werden richtig befunden, nachdem constatirt ist, daß letzteres in Folge eines Schreibfehlers der Acten S. 237

unter den mit einer Gehaltszulage bedachten Lehrerinnen fälschlich »Hr. Hoffmeister« statt Hr. Merker aufführt. Ohne Einwand genehmigt die Versammlung das Protocoll vom 18. Januar d. J.

Zwei neueeingegangene Magistratschreiben, die Gehaltszulagen der Bauehilfen des Stadtbauraths und die Canalisirung und Instandsetzung der Maschstraße betreffend, werden der Statutencommission überwiesen.

Sodann

I. verliest der Herr Vorsitzende folgende Interpellationen Herrn Krampeß:

- 1) Ist dem Magistrate bekannt geworden, daß seit dem 1. Januar d. J. die Station des städtischen Feuertelegraphen am Augustthore eingegangen ist? und was soll dieserhalb künftig geschehen?
- 2) Ist überhaupt, und in wie weit ist etwas Wahres an dem in der Stadt verbreiteten Gerüchte, daß das Friedhofsterrain auf der »Hube« sich bei näherer Untersuchung als unbrauchbar zu Begräbnißzwecken herausgestellt habe?
- 3) In der vertraulichen Sitzung wünscht Interpellant Gelegenheit zu nehmen, den Magistrat über einen Passus in der als Beilage zum 27. Stücke der Br. Anz. d. J. veröffentlichten »Uebersicht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten während des Jahres 1875« um Auskunft zu bitten.

Die Motivirung dieser Interpellationen wird an den Schluß der übrigen Verhandlungen hinausgesetzt.

II. Herr Bracke hat an den Herrn Vorsitzenden schriftlich das Ersuchen gerichtet, die Berathung des Lucius'schen Antrags auf Revision der Bürgerrollen und strengere Heranziehung der selbständigen Gewerbetreibenden hiesiger Stadt zum Bürgerrechte von der heutigen Tagesordnung abzusehen, da er von Herrn Lucius bei Begründung dieses Antrags in einer Weise angegriffen worden sei, die ihre Antwort erheische, diese aber ihm abgeschnitten wäre, wenn der Gegenstand in seiner Abwesenheit zur Erledigung gelangte.

Der Herr Vorsitzende glaubt diesem Verlangen stattgeben zu müssen,

womit Herr Lucius für seine Person sich einverstanden erklärt, indem er hinzusetzt, daß Herr Bracke hierin einem gleichen Antrage seinerseits nur zuvorgekommen. Protest aber legt er gegen die Behauptung ein, als sei bei jener Gelegenheit Herr Bracke von ihm angegriffen: mit vollem Rechte dürfte vielmehr er, Redner, sich über eine Beleidigung von Seiten Herrn Brackes beklagen, die dieser Versammlung

nicht würdig sei und seinem Gegner denn auch einen wohlverdienten Ordnungsruf zugezogen habe.

Da auch sonst kein Widerspruch gegen die Vertagung der fraglichen Vorlage laut wird,

folgt

III. die Begründung der am 22. Juni v. J. von Herrn Steinau eingebrachten Interpellation:

Welche Schritte gedenkt die Versammlung zu thun, um die Eigenthums- und Nutzungsrechte der Stadt an dem Kleinen Exercierplatze ihrem Beschlusse vom 21. Mai 1873 gemäß endlich zu wahren, nachdem Herzogliche Landesregierung der darin enthaltenen Forderung bisher keinerlei Folge gegeben hat?

Wie Herr Steinau nach einem Rückblick auf die Vorgeschichte dieser nunmehr schon fast fünfzig Jahr schwebenden Angelegenheit aus den Acten mittheilt, hat allerdings der Magistrat in Folge des erwähnten Beschlusses Herzogliches Staatsministerium nochmals um Beschleunigung des proponirten Ausgleiches ersucht und dabei die bestimmte Erklärung abgegeben, daß die Stadt ihr Eigenthumsrecht an dem fraglichen Platze event. im Wege des Processes zur Anerkennung zu bringen entschlossen sei, auch Bewahrung gegen jede Veränderung der Rechtslage einlegen müsse, die in der Zwischenzeit zum Nachtheil der Stadt durch Handlungen Dritter herbeigeführt werden könnte. Hierauf hat Herzogliches Staatsministerium das Finanzcollegium zur Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen angewiesen, und der Magistrat bei diesem dann nochmals den Nachweis der Berechtigung des diesseitigen Anspruchs geführt, der in der That auch auf ernstlichen Widerspruch nicht zu stoßen scheint. Nach vielfachem Schriftenwechsel aber hat sich auf ein am 31. December v. J. ergangenes Monitorium des Magistrates herausgestellt, daß die Entscheidung noch in weitem Felde liegt. Inzwischen ist die Stadt allen Nachtheilen des factischen Zustandes preisgegeben. Die Militärverwaltung macht ihr Nutzungsrecht in rigorosster Weise geltend; nicht einmal die gewiß sehr mäßige Forderung wird von ihr berücksichtigt, den Platz wenigstens an den Mittwoch- und Sonnabendnachmittagen der Jugend für ihre Spiele einzuräumen: kaum daß diese auch nur Sonnabends unbefchränkten Zutritt dort hat. Dabei geht denn der Platz selber, dessen Grasnarbe fast schon vernichtet ist, mit raschen Schritten seiner gänzlichen Verwüstung entgegen. Noch schlimmer als diese praktischen Schädigungen ist aber das Präjudiz, welches sich nothwendig einstellen muß, wenn man die Stadt um ihr Eigenthumsrecht fort und fort erfolglos disputiren sieht. Hat doch die Meinung, als gehöre der Exercierplatz der Militärbehörde, sogar unter der Bürgerschaft schon derart Wurzel geschlagen, daß man wohl bei jener anstatt beim Magistrate um Erlaubniß einkommt,

wenn der Platz in der einen oder andern Weise zu bürgerlichen Zwecken benutzt werden muß: ein Fall, der Beispiels halber erst vorigen Herbst noch bei Gelegenheit einer Feuerwehrrübung vorgekommen ist. Angesichts all dieser Unzuträglichkeiten wird die Versammlung, wie Herr Steinau hofft, mit ihm der Meinung sein, daß die Angelegenheit so wie bisher nicht länger mehr hingeschleppt werden darf, sondern, falls es nicht anders sein kann, nunmehr auf dem Proceßwege aus der Welt geschafft werden muß. Er stellt demnach den Antrag:

Die Versammlung wolle beschließen, daß Herzoglicher Landesregierung auf Grundlage des Beschlusses vom 21. Mai 1873 ein Ultimatum gestellt, falls aber dieser Schritt wiederum ohne Erfolg bleiben sollte, ein Proceß gegen dieselbe zur Wahrung der städtischen Nutzungsrechte am Kleinen Exercierplatze angestrengt werde.

Seitens der Versammlung genügend unterstützt, wird dieser Antrag zunächst der Statutencommission überwiesen,

nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari angezeigt hat, daß jüngster Mittheilung zufolge der erwartete Bericht des Finanzcollegiums bei Herzoglichem Staatsministerium nunmehr eingegangen ist.

Wie hierauf

IV. namens der vereinigten Commissionen für Schul- und Finanzsachen Herr Schwarzenberg vorträgt, müssen auf Ostern laut eines Magistratschreibens vom 9. Januar in der vierten mittleren Bürgerschule (an der Campestraße) eine dritte Knaben- und eine zweite Mädchenklasse, in der vierten untern (am Damme) drei neue Klassen eingerichtet und zu dem Ende mit einem jährlichen Kostenaufwande von 6000 Mark fünf neue Lehrer angestellt werden. Außerdem sind für erstgedachte Schule ein Zeichenlehrer und eine Industrielehrerin, jener mit 300, diese mit 396 Mark Remuneration, und für beide Schulen zur Anschaffung nöthiger Lehrmittel je 180 Mark erforderlich. Um in der Schule am Damme die nöthigen Unterrichtslocale zu gewinnen, müssen endlich zwei der im Schulhause vermiethteten Wohnungen ebenfalls noch auf Ostern gekündigt werden. Die unabwiesbare Nothwendigkeit dieser Maßnahmen anerkennend, geben beide Commissionen in Gemäßheit des Magistratsantrages die Verwilligung der angeforderten Mittel anheim.

Herr Flagge möchte zur Erwägung verstellen, ob die Benutzung der Localitäten am Damme, deren Kündigung auf einen so nahen Termin wahrscheinlich doch auch ihre Schwierigkeit haben dürfte, bei thunlichster Beschleunigung des neuen Schulbaues im Pflagehausgarten sich nicht gänzlich vermeiden ließe.

Herr Oberbürgermeister Caspari hält dem entgegen, daß einerseits die vorausgesetzte Schwierigkeit nicht besteht, da seitens der Stadt bei Vermietbung jener Wohnungen eine vierwöchige Kündigungsfrist ausbedungen worden, andererseits nach der

bestimmten Erklärung des Stadtbauraths Tappe die Schule im Pflegehausgarten vor Michaelis unmöglich bezogen werden kann, während die neuen Klassen unbedingt schon zu Ostern eröffnet werden müssen, weil mit dem Sommersemester das neue Schuljahr seinen Anfang nimmt, und eben deshalb erfahrungsmäßig gerade Ostern der Zubrang zu den Schulen am stärksten ist.

Herr Flagge verzichtet nach diesen Eröffnungen auf weitere Verfolgung seines Vorschlags,

worauf die beantragten Verwilligungen ausgesprochen werden.

V. Schon unterm 12. Juni v. J. hatte der Magistrat den Antrag gestellt, daß diejenigen 400 Rthlr, welche seitens der Stadt bis dahin dem Gewerbeverein als Zuschuß zu den Kosten seiner Zeichenschule gezahlt worden waren, nach dessen Auflösung zu gleichem Zwecke dem Vereine zur Förderung des Kunstgewerbes bewilligt werden möchten. Diese Frage war am 22. Juni von der Versammlung berathen, aber nicht zum Abschlusse gebracht, da verschiedene Gegenanträge gestellt wurden, über welche man nicht sofort zur Entscheidung kommen konnte. Wie nunmehr der Magistrat in einem Schreiben vom 14. Januar mittheilt, hat Herzogliches Staatsministerium inzwischen Nachricht über die Entschließung der städtischen Behörden eingefordert, und der Verein selbst nochmals um Ueberweisung jenes Zuschusses gebeten, da er die Zeichenschule des früheren Gewerbevereins seit Beginn dieses Jahres völlig übernommen hat. Aus dem beigelegten Organisationsplane erhellt, daß diese Schule die einschlägigen Bedürfnisse der Gewerbetreibenden in allen Richtungen und in großem Umfange befriedigen soll, wie dies denn auch nach Ansicht des Magistrats unumgänglich nöthig ist, um dem unbestreitbaren Verfall mancher Gewerbe wirksam aufzuhelfen. Die städtischen Behörden hält der Magistrat für verpflichtet, diese Bestrebungen, welche voraussichtlich die Aufwendung bedeutender Geldmittel erfordern werden, nach Kräften zu unterstützen; falls es nöthig wäre, würde er seinerseits kein Bedenken tragen, die Verwilligung der doppelten und dreifachen Summe zur Förderung einer so wichtigen Grundlage bürgerlicher Wohlfahrt zu befürworten. Die seiner Zeit in Vorschlag gebrachte Vertheilung der fraglichen Summe dagegen scheint ihm nicht empfehlenswerth, da selbige bei solcher Zersplitterung an keiner Stelle einen wirklichen Nutzen schaffen könnte: treten andere Vereine mit gleichen Zielen und Bedürfnissen auf, so muß ihnen eben durch neue Verwilligungen gleichfalls nach Möglichkeit geholfen werden.

Da auch hierzu die Mittel in der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde vorhanden sind, die neue Zeichenschule aber ihre Aufgabe ohne Mitwirkung des Staats und der Gemeinde nicht wird lösen können, Herzogliches Staatsministerium auch die erbetene Beihilfe aus Landesmitteln von einer entsprechenden Verwilligung seitens der städtischen Behörden abhängig gemacht hat, so glauben Schul- und Finanzcommission,

für welche Herr v. Seckendorff berichtet, den Magistratsantrag dringend empfehlen zu müssen.

Herr Steinau, wie freudig er sonst alle Maßnahmen zur Hebung der gewerblichen Lebens begrüßt und nach Möglichkeit zu fördern geneigt ist, vermag diesem Antrage doch auch jetzt nicht zuzustimmen, und zwar zunächst schon deshalb, weil er eine gedeihliche Wirksamkeit des Kunstgewerbevereins auf das bedenklichste durch die Bestimmung in § 3 der Statuten in Frage gestellt sieht, laut dessen Gewerbegehilfen nur als außerordentliche Mitglieder aufgenommen werden sollen, gerade Denjenigen also, von deren Einsicht und Tüchtigkeit jeder Fortschritt des Kunstgewerbes ausgehen muß, jedes Mitbestimmungsrecht abgeschnitten wird. Unzweckmäßig aber erscheint ihm außerdem der Weg, welchen der Verein eingeschlagen hat, indem er neben den bereits vorhandenen Schulen des Handwerker- und des Baugewerksvereins noch eine dritte zu gründen unternimmt. Alle diese Vereine verfolgen einen wesentlich gleichen Zweck; mehr und Besseres aber würde unfehlbar eine gemeinschaftliche Gewerbeschule leisten, in deren verschiedenen Klassen je dem besonderen Bedürfnis der in jenen Vereinen repräsentirten Berufskreise mit vereinten Kräften Genüge geleistet werden könnte. Zu einem derartigen Unternehmen möchte Redner die drei Vereinsvorstände veranlaßt und auch in dieser Absicht den vorliegenden Antrag nochmals zurückgewiesen sehen.

Herr Wilke würde eine Fusion, wie sie Herrn Steinau vorschwebt, an sich ebenfalls für das wünschenswerthe halten, wenn er nur die Möglichkeit sähe, sie alsbald auch durchzuführen. So lange es aber in hiesiger Stadt kein eigenes Gewerbehaus giebt, werden für eine größere Schule der Art, abgesehen von allem Uebrigen, nicht einmal passende Localitäten zu finden sein. Trägt man aber diesem Umstände Rechnung, so dürfte die angeforderte Verwilligung auf ernste Bedenken vollends nicht wohl stoßen können, da die fragliche Anstalt unzweifelhaft auch ihrer Beschränkung höchst segensreich wirken wird.

Herr Lucius läßt dahin gestellt, welche Organisation den Zwecken derartiger Schulen am Besten entsprechen würde. Fordert Herr Steinau die Centralisirung der Lehrkräfte und Lehrmittel in einer gewerblichen Gesamtschule, so gehen die Wünsche vieler Sachverständigen im Gegentheil gerade auf einzelne Fachschulen mit beschränkter Schülerzahl. Erfahrungsmäßig läßt sich nun eine Verständigung über Vorfragen wie diese nur schwer und langsam erzielen; jedenfalls also würde auf die Ausführung des von Herrn Steinau empfohlenen Planes so bald noch nicht zu rechnen sein. In der Zwischenzeit aber einer an sich unstreitig nützlichen und nothwendigen Anstalt jede Förderung versagen wollen, weil in Zukunft vielleicht eine noch bessere an ihre Stelle treten könnte, dürfte schwerlich das Richtige sein: kommt dereinst eine umfassende Organisation im Sinne Herrn Steinhaus wirklich zu Stande, so werden die städtischen Be-

hörden auch für diese die nothwendigen Mittel flüssig zu machen wissen. Vorerst handelt es sich lediglich darum, einem Unternehmen von anerkannter Wichtigkeit aus bereiten Mitteln schnell zu Hilfe zu kommen, und dieser Forderung gegenüber wird die Versammlung, wie auch Herr Lucius es ansieht, kaum noch schwanken können.

Herr Oberbürgermeister Caspari, diesen Erwägungen zustimmend, führt des weitern noch aus, daß die Vereinigung der erwähnten drei Fachschulen schon äußerlich ein Ding der Unmöglichkeit wäre, da die Frequenz jeder einzelnen bereits größer ist, als man im Interesse des Unterrichts eigentlich wünschen müsse; daß überdies aber ihre Ziele keineswegs, wie Herr Steinau voraussetzt, wesentlich die nämlichen sind, jede einzelne vielmehr eigenartigen Interessen dient, auf deren Verfolgung weder der eine noch der andere Verein verzichten könnte. Andererseits wird auch den Schülern der einen Anstalt, die gleichzeitig etwa von dem Unterrichte der anderen profitieren möchten, keinerlei Hinderniß in den Weg gelegt werden. Dem Handwerkerverein wird eine Unterstützung aus städtischen Mitteln schon zu Theil, und ebenso würden die städtischen Behörden nöthigenfalls für den Baugewerkverein eintreten, der freilich bei der größern Wohlhabenheit seiner Mitglieder dessen nicht zu bedürfen scheint. Von solcher Gunst den Verein zur Förderung des Kunstgewerbes auszuschließen, entspräche der Billigkeit um so weniger, als der beantragte Zuschuß der Stadt eine neue Last nicht einmal auferlegt.

Herr Boffe, welcher sich bei früherer Gelegenheit für die Vertheilung der disponibeln 400 Rthlr unter den Handwerkerverein und den Kunstgewerbeverein ausgesprochen hatte, bekennt, sich inzwischen — mit Rücksicht namentlich auf die bevorstehende Landes-Gewerbeausstellung — von der Nothwendigkeit einer besonderen Zeichenschule des letztern überzeugt zu haben, und empfiehlt nunmehr ebenfalls die Genehmigung des vorliegenden Antrages.

Herr Bewig bestätigt, soweit der Baugewerkverein dabei in Frage kommen könnte, die innere Unmöglichkeit einer Verschmelzung der drei Schulen. Möchten die beiden anderen Vereine sich allenfalls dazu verstehen können — der Baugewerkverein müßte in seiner Absonderung verharren, weil er einmal eine ganz specielle Fachbildung anstrebt, und sodann auch mit einem ungleich spröbern Schülermaterial zu rechnen hat als jene. Die für den Kunstgewerbeverein beantragte Verwilligung ist Redner an seinem Theile zu verwilligen bereit, allerdings nicht ohne die Hoffnung, daß gelegentlich auch sein Verein sich des in Aussicht gestellten Entgegenkommens der städtischen Behörden werde zu erfreuen haben. Denn wenn bisher von Seiten dieses Vereins kein Wunsch der Art zu erkennen gegeben ist, so erklärt sich dies nicht aus der größern Wohlhabenheit, sondern aus der größern Opferwilligkeit seiner Mitglieder, welche die Kosten der Vereinschule auf ein Minimum einzuschränken verstanden haben, indem sie für den Unterricht thunlichst in eigener Person eingetreten sind.

Nachdem Herr v. Seckendorff die Zweckmäßigkeit des Magistratsantrages unter Berufung auf die den Einwendungen Herrn Steinaus von allen übrigen Vordnern entgegengesetzten Gründe nochmals dargelegt hat, beschließt in diesem Sinne auch die Versammlung.

VI. Auf den durch Herrn Heymann erstatteten Bericht der Statutencommission erklärt die Versammlung sich nachträglich damit einverstanden, daß der Magistrat im Auftrage und auf Gefahr Herzoglicher Kreisdirection gegen die Witwe des Pächters Landsmann geb. Meyer eine gerichtliche Klage auf Erstattung der Kosten für Verpflegung der am 1. December 1875 im städtischen Pflegehause verstorbenen und als Landarme anerkannten Witwe des Handarbeiters Fricke geb. Hirschfeld anhängig gemacht hat.

Ferner

VII. trägt namens der Statutencommission Herr Lucius vor, daß laut eines Schreibens vom 18. December v. J. der Magistrat in Folge des Beschlusses vom 26. October zum Hilfsarbeiter bei der Revision und Vervollständigung des Stadterweiterungsplanes den Landesökonomie-Conducteur v. Holwede angenommen und mit diesem seiner Remuneration halber einen Vertrag abgeschlossen hat, der der Versammlung nunmehr zur Ratification vorliegt. Da es nach der Erklärung des Stadtbauraths Tappe unmöglich, die den Bemühungen des Hrn. v. Holwede angemessene Summe im Voraus festzusetzen, so hat der Magistrat zu dem auch von Herzoglicher Landesökonomie-Commission befolgten Modus greifen müssen, nach welchem für die aufgewandten Arbeitstage — in diesem Falle auf Grund eines vom Stadtbaurath Tappe zu führenden Verzeichnisses — nach gewissen für Nivelirungen, Vermessungen, Kartirungen u. vereinbarten Accordsätzen Entschädigung geleistet wird. Zur Normirung dieser Sätze hat auf Ersuchen des Magistrats Herzogliche Landesökonomie-Commission sich bereit finden lassen. Die Statutencommission erkennt damit und durch die übrigen Bestimmungen des Contractes die Interessen der Stadt hinlänglich gewahrt und empfiehlt selbigen daher zur Genehmigung.

Herr Munte vermißt darin den Ansat einer bestimmten Frist für die Vollen- dung der fraglichen Arbeiten: ohne solchen Zwang, fürchtet er, werden diese sich unter den obwaltenden persönlichen und sachlichen Verhältnissen ungewöhnlich lange hinausziehen. Noch weniger kann er sich mit der Bestimmung befreunden, welche die Oberleitung dem Stadtbaurath Tappe beilegt, da einmal diese Arbeiten ihrer Natur nach vielmehr einen Wegebaumeister erfordern, sodann aber auch die übrigen Obliegenheiten des Stadtbauraths schon so umfangreich sind, daß er dieser neuen unmöglich die Sorgfalt wird widmen können, die sie erfordert.

Diesen Bedenken setzen die Herren Vini, Schwarzenberg und Stadtrath Rittmeyer folgende Erwägungen entgegen. Bei der Revision und Ergänzung des Stadtbauplans handelt es sich um die Feststellung neuer Baulinien, um eine Aufgabe also, die nicht in den Ressort des Wegebaumeister fällt, sondern dem Stadtbauamte und in erster Linie dem Stadtbaurath Tappe als dem Verfasser des ursprünglichen Planes obliegt. Eingetragen werden diese Linien dann durch den Geometer, dessen Arbeiten wiederum der Stadtbaurath zu überwachen hat, während die eigentliche Revision von der Landesökonomie-Commission übernommen ist. Die Mitwirkung des Wegebaumeisters kann erst eintreten, wenn die so projectirten Straßen demnächst zur Ausführung kommen. Jene Vorarbeiten nun, soweit sie Sache des Geometers sind, innerhalb eines im voraus streng bemessenen Zeitraums fertig zu stellen, würde sich schwerlich Jemand verpflichten können, weil aller Wahrscheinlichkeit nach die Directiven im Laufe der Arbeit noch manchen Abänderungen unterliegen werden. Gegen unberechtigte Verzögerungen dagegen gewährt der Contract jede wünschenswerthe Handhabe. Dergleichen zu befürchten, liegt übrigens auch kein Grund vor, da Hr. v. Holwebe zur Zeit grade durch anderweitige Arbeiten verhältnißmäßig wenig in Anspruch genommen ist.

Der vorliegende Contract wird demnach beantragter Maßen von der Versammlung genehmigt.

Vor weiterem Fortgange der Verhandlungen

stellt Herr Schwarzenberg den reglementarischen Antrag, die Reihenfolge der Tagesordnung in der Weise abzuändern, daß von deren noch übrigen Gegenständen zunächst jetzt die Schlachtehausfrage zur Erledigung gebracht werde.

Herr v. Seckendorff giebt namens der vereinigten Schul- und Finanzcommission die Erklärung ab, daß der Magistratsantrag auf Erbauung eines zweiten Hauses für die höhere Töchterschule noch eingehenderer Vorberathung bedarf und daher für heute abgesetzt werden muß.

Da indeß Herr Oberbürgermeister Caspari namens des Magistrates vor allem über den Gehalt des Schuldirectors Bestimmung getroffen zu sehen wünscht,

der Herr Vorsitzende auch die nächste Sitzung eventuell schon auf den 1. März anzuberaumen bereit ist,

zieht Herr Schwarzenberg seinen Antrag zurück,
und berichtet daher nunmehr

VII. namens der Statutencommission Herr Heymann was folgt.

Nachdem die Versammlung am 14. December v. J. einen Gehalt für den neu anzustellenden Schuldirector nicht eher zu verwilligen beschloffen hatte, als bis der Magistrat die von ihm auersesehene Persönlichkeit namhaft gemacht, hat dieser, sei-

nerseits bei der Meinung beharrend, daß er zu keiner Wahl schreiten könne so lange nicht feststehe, welchen Gehalt er zu bieten habe, sich für verpflichtet gehalten, gegen jenen Beschluß den Recurs an Herzogliches Staatsministerium zu ergreifen und auf geeignete Maßgaben durch höchste Verfügung anzutragen, wie dies bereits am 23. Januar zur Kenntniß der Versammlung gebracht worden war. Laut Rescripte vom 24. Januar ist Herzogliches Staatsministerium darin vollständig mit dem Magistrate einverstanden, daß der Wahl des Schuldirectors die Feststellung seiner Gehaltsverhältnisse vorausgehen muß; abweichend vom Magistrate aber ist dasselbe der Ansicht, daß der Antrag auf arbiträre Ergänzung des von den Stadtverordneten verweigerten Beschlusses nicht direct vom Magistrate bei der Landesregierung gestellt werden könne, vielmehr durch den Schulvorstand an Herzogliches Consistorium zu richten und durch dieses dann an höchster Stelle einzubringen sei. Diesen Weg einzuschlagen hat sich der Schulvorstand denn auch bereit erklärt. Um jedoch eine Einmischung des Consistoriums in die städtischen Schulangelegenheiten womöglich zu vermeiden, glaubt der Magistrat im Einverständniß mit dem Schulvorstande nochmals den Versuch einer gütlichen Verständigung mit der Versammlung machen zu sollen. Auf diesen Ausweg scheint auch Herzogliches Staatsministerium mit der Aeußerung hinzudeuten, daß die ausstehende Wahl nicht vorgenommen werden könne, bevor »der Consens der städtischen Behörden« oder die höchste Entscheidung über den Betrag des Gehaltes erfolgt sei. Daß andererseits aber Herzogliches Staatsministerium auf die Entscheidung dieses Punctes so oder so jedenfalls bestehen wird, glaubt der Magistrat aus einem Rescripte vom 30. Januar entnehmen zu müssen, wo es heißt:

»Den städtischen Haushalts-Etat wollen wir zwar hierdurch genehmigen, jedoch nur mit dem Vorbehalte, daß dadurch nicht auch zugleich eine Genehmigung des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung, wodurch in dem Etat der Gemeinde-Schulcasse der $\frac{3}{4}$ jährliche Gehalt des Schuldirectors mit 2925 Mark wieder in Absatz gekommen ist, ausgesprochen sein solle.«

Demnach giebt Magistrat der Versammlung in einem Schreiben vom 9. d. M. nochmals anheim,

sich einverstanden zu erklären, daß der Gehalt des neuen Schuldirectors auf 3900 Mark jährlich nebst freier Wohnung oder einer Miethsentschädigung von 900 Mark festgestellt und diese Zahlungen vom 1. April d. J. ab in Ansatz gebracht werden.

Fast einstimmig glaubt nun die Commission zunächst eine der in dem Rescripte Herzoglichen Staatsministeriums aufgestellten Ansichten als irrig bezeichnen zu müssen. Das Wahlrecht des Magistrates, wird dort behauptet, und der Umstand, daß die städtische Gemeinde ihre Schulen zu erhalten hat, verleihe den Schuldienern nicht

die Eigenschaft von Communalbeamten. Da nämlich nach § 25 des Gesetzes vom 8. December 1851 sämtliche Diener der evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen, unbeschadet der Patronats- und Wahlrechte, durch höchstes Rescript ernannt werden, so sei ihr eigentlicher Dienstherr der Landesfürst: nur dieser oder die Landesregierung auf höchsten Specialbefehl habe in Ermangelung rechtsgültiger gesetzlicher oder statutarischer Regulative den Gehalt derselben schließlich zu bestimmen. Daß aber dies alles auch auf den Dirigenten der städtischen Schulen Anwendung finde, ergebe § 17 des Gesetzes. Anders muß die Commission den Sachverhalt ansehen. Denn wenngleich nach § 25 die Ernennung der Lehrer allerdings durch die Landesregierung mittels höchsten Rescripts zu erfolgen hat, so besagt dagegen § 17, nachdem in dessen erstem Absätze ebenfalls als Regel gesetzt ist, daß die Dirigenten der Stadt- und Bürgerschulen auf Vorschlag des Consistoriums vom Landesherrn ernannt werden, im dritten Absätze ausdrücklich: »In der Stadt Braunschweig steht die Wahl des Dirigenten dem Stadtmagistrate zu.« Ohne Zweifel also wird hier rücksichtlich der Stadt Braunschweig eine Ausnahme statuiert, und schon hieraus erhellt, daß der städtische Schuldirector nicht in dem von Herzoglichem Staatsministerium behaupteten Sinne unter den Begriff »Lehrer« fallen kann. Auch die sonstigen Modalitäten der Wahl aber sind nach Maßgabe der Bestimmungen in §§ 17 und 25 für den hiesigen Schuldirector und die Lehrer insgemein principiell verschieden. Hinsichtlich des Schuldirectors bedarf die Wahl des Magistrates der Zustimmung des Consistoriums; gelangen beide Behörden zu keinem Uebereinkommen, so entscheidet die Landesregierung. Die anzustellen den Lehrer hat das Consistorium höchsten Orts in Vorschlag zu bringen, nachdem es selbige dem Schulvorstande bezeichnet und diesen aufgefordert hat, in Gemeinschaft mit dem Gemeinderathe etwaige Bedenken und Einwendungen geltend zu machen, deren Erheblichkeit eventuell zur höchsten Entscheidung zu verstellen ist. Für die Meinung endlich, daß die Gehaltsverhältnisse des Schuldirectors unter Umständen von der Landesregierung festzustellen wären, findet sich nirgend im Gesetze ein Anhalt: was der Art § 35 vorschreibt, bezieht sich wiederum nur auf die Lehrer und kann nach der besondern Stellung, welche das Gesetz dem Director anweist, unmöglich ohne weiteres auch auf diesen Anwendung finden. Nach dem allen dürfte die Versammlung in der Lage sein, gegen jene Anschauungen Herzoglichen Staatsministeriums Verwahrung einlegen zu müssen, was seitens der Commission damit beantragt wird.

Dem vorliegenden Antrage des Magistrates näher tretend, ist die Commission dann in gleicher Einstimmigkeit zu dem Schlusse gelangt, daß die maßgebenden Bestimmungen des Schulgesetzes und der Städteordnung einer Abhilfe dringend bedürfen, weil darin den städtischen Behörden eine dem Princip der Selbstverwaltung angemessene Stellung nicht-eingeräumt ist. Betont ward namentlich, daß, ganz abgesehen von dem durchaus ungenügenden Maße der den Stadtverordneten eingeräumten Mit-

wirkung, auch dem Magistrate das Wahlrecht, welches § 17 des Schulgesetzes ihm zuspricht, eingeschränkt wie es ist durch das Bestätigungsrecht des Consistoriums, entfernt nicht den gebührenden Einfluß sichert. Demzufolge kann die Majorität der Commission, vier Stimmen gegen drei, die Genehmigung des Magistratsantrages nur unter der Voraussetzung und Bedingung zur Annahme empfehlen, daß der Magistrat bereit sein werde, auf die ange deuteten gesetzlichen Aenderungen thätigst hinzuwirken. Die in diesem Votum gezeigte Nachgiebigkeit ist aus der Erwägung hervorgegangen, daß der frühere, rein ablehnende Beschluß, sofern er allerdings darauf hinauslief, dem Magistrate ein ihm gesetzlich unzweifelhaft zustehendes Recht aus der Hand zu winden der Versammlung dagegen eine im Gesetze bisher nicht begründete Befugniß willkürlich beizulegen, nicht gerechtfertigt, eine glückliche Beilegung des eingetretenen Conflictes aber um so wünschenswerther erscheint, als andernfalls der Magistrat, um überhaupt nur eine Erledigung der fraglichen Angelegenheit herbeizuführen, wenn auch sehr gegen eigenen Wunsch und Willen, doch unausweichlich genöthigt sein würde, den in vorliegendem Ministerialrescripte gewiesenen Recursweg zu beschreiten. Die Minorität der Commission, welche wiederum pure für Ablehnung stimmt, hat hierfür geltend gemacht, daß die Versammlung, wie die Dinge einmal liegen, sich so wie so in einer Zwangslage befinde, und es im Grunde keinen Unterschied mache, ob man sich derselben ohne weiteres freiwillig fügt, oder es erst noch auf einen Ausspruch von höchster Stelle ankommen läßt; daß ferner der gleiche Beschluß von der Versammlung selbst schon mit großer Stimmenmehrheit gefaßt sei, und daß endlich die Gründe dieser Entscheidung und namentlich der innere Widerspruch eines Verwilligungsrechtes ohne die Befugniß, gewisse Anforderungen auch zu versagen, nach wie vor zu voller Kraft bestehen.

Die Discussion eröffnend,

führt Herr Reck aus, daß die Versammlung in Anbetracht des hohen Interesses, welches sie dem städtischen Schulwesen zuwendet, und bei den bedeutenden Opfern, die sie ihm fort und fort bringt, sich wohl berechtigt fühlen darf zu dem Wunsche, ein gewichtigeres Wort dabei mitzureden, als ihr bisher zusteht. Denn ihr ganzer Einfluß auf die innere Gestaltung des Schulwesens beschränkt sich bis jetzt auf die Wirksamkeit des einen Mitgliedes, welches sie in den Schulvorstand deputirt; um aber in einem Collegium von sechs Mitgliedern, von denen einige ihm überdies mit fachmännischer Autorität gegenüberstehen, abweichende Meinungen und Wünsche seiner Mandanten zu wirklicher Geltung zu bringen, müßte dieser Deputirte in der That eine ganz eminente Kraft sein. Redner anerkennt, daß der Magistrat sich der Versammlung in einzelnen Fällen dieses Belangs sehr zuvorkommend gezeigt hat, indem er ihr bei Anforderung der Gehalte für die Directoren der höheren Töchter Schule und der Realschule zugleich die ins Auge gefaßten Persönlichkeiten namhaft gemacht;

nicht minder auch, daß Herzogliche Landesregierung den städtischen Behörden hierin wie in manchem andern Betracht freiere Bewegung gegönnt hat, als eine strenge Auslegung des Gesetzes mit sich gebracht hätte. Leider indeß erscheint dem Magistrate eine gleich vertrauensvolle Haltung in der jetzt vorliegenden Frage nicht zulässig oder nicht möglich, und doch wäre sie unstreitig hier mehr als je zu wünschen. Denn nichts kann wichtiger sein als die Wahl des neuen Directors, von dessen Persönlichkeit der ganze Geist abhängt, der das städtische Schulwesen demnächst durchdringen wird. Allerdings, die Thätigkeit seines Vorgängers könnte zu sehr bescheidenen Erwartungen stimmen. Nicht daß man an dessen Fähigkeit oder seinem guten Willen, Höheres zu leisten, zweifeln müsse: was seine Wirksamkeit hauptsächlich gelähmt hat, war die Ueberlast von Arbeit, die sein dreifaches Amt als Director der Gemeindeschulen insgemein, des Lehrerseminars und der höhern Töchter Schule ihm auferlegte. Und vielleicht könnte man sich wie bisher so auch ferner bei der Forderung bescheiden, daß der Director lediglich die äußere Ordnung des Schulwesens aufrecht erhalte, alles Uebrige den Inspectoren überlassen bleibe. Allein das will man erklärter Maßen nicht mehr, ein anderes Wesen soll Platz greifen, dem Schuldirector soll auch die Pflicht auferlegt werden, mit den Fortschritten der Wissenschaft und der pädagogischen Praxis in Fühlung zu bleiben und selbige für unsere Schulen nutzbar zu machen. Dies in der That ist denn auch der Wunsch und die Absicht der Versammlung. Niemand zweifelt, daß damit die Schwierigkeiten der Wahl erheblich wachsen, daß es Mühe kosten wird, sofort eine Persönlichkeit zu finden, die dieser höhern Aufgabe vollständig gewachsen ist. Darum aber von vornherein das weiter gesteckte Ziel aufzugeben, wird Niemand rathen wollen, und am wenigsten wird die Versammlung in Anschlag bringen, daß ein tüchtiger Mann wahrscheinlich einige Hundert Thaler Gehalt mehr beanspruchen würde. Direct freilich kann die Versammlung, wie wir hören, keinen Einfluß auf diese Wahl gewinnen, und so bleibt ihr denn vorläufig nichts übrig, als ihre Gesichtspunkte klar und nachdrücklich hinzustellen: will dem der Magistrat keine Beachtung schenken, so ist dieses sein Recht; er allein aber wird dann auch für die Folgen verantwortlich sein. Redner beantragt demnach folgende Resolution:

»Die Versammlung ist bereit, die für einen städtischen Schuldirector angeforderte Summe, und, wenn es erforderlich, einen noch höhern Gehaltsbetrag für den Fall zu bewilligen, daß für das Amt eines Schuldirectors eine in allen Beziehungen geeignete Persönlichkeit gefunden wird. Sie ist der Meinung, daß die Aufgabe desselben nicht bloß darin besteht, die äußere Ordnung des städtischen Schulwesens aufrecht zu erhalten, sondern daß er, und in erster Linie, das städtische Schulwesen auch dergestalt leiten soll, daß ein zeit- und bedürfnißgemäßer Fortschritt gesichert und ein anregender und fortbildender Einfluß auf die städtischen Lehrer geübt werde. Sie empfiehlt deshalb dem Magistrate bringend, zur Ermittlung einer in diesem Sinne

tüchtigen und geeigneten Persönlichkeit kein Mittel, auch das eines öffentlichen Ausschreibens der Stelle nicht, unversucht zu lassen; falls jedoch die desfallsigen Bemühungen ohne Erfolg bleiben sollten, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht rathlicher, die Aufsichtsgeschäfte bis auf weiteres einem der hiesigen Inspectoren unter Verminderung der ihm obliegenden eigentlichen Unterrichtsstunden und gegen billige Remuneration zu übertragen. Sollte dem Magistrat dieser Vorschlag aus irgend welchem Grunde nicht zusagen, so erwartet die Versammlung, daß den gesetzlichen Bestimmungen gemäß über die Nothwendigkeit der Bestellung eines städtischen Schuldirectors und die Art und Weise der Ausübung des Amtes die Entscheidung der obern Schulbehörde herbeigeführt werde.

Eine Einrichtung, wie sie hier als eventuelles Provisorium in Aussicht genommen wird, besteht zur Zeit in Leipzig und hat factisch auch hier bestanden, so lange dem damaligen Director der höhern Töcherschule die oberste Leitung der anderen Gemeindeschulen übertragen war. Machten derzeit starke Nachtheile dieser Einrichtung sich fühlbar, so war, wie gesagt, die Schuld zum großen Theile der Ueberlastung des Directors zuzuschreiben, die sich fernerhin auf die angegebene Weise vermeiden ließe. Und nicht unmöglich wäre auch, daß es unseren Schulen in manchem Betracht zu statten kommen könnte, wenn an ihrer Spitze ein Mann stände, der als Inspector zugleich unmittelbar der Praxis angehörte.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist zunächst den von dem Vorredner wiederholten Vorwurf zurück, als weigere sich der Magistrat, den designirten Director zu nennen. Wie schon zum Öftern hervorgehoben ist, liegt die Sache in Wahrheit vielmehr so, daß der Magistrat selbst für dieses Amt keine bestimmte Person ins Auge fassen kann, so lange er nicht weiß, ob die Versammlung den angeforderten Gehalt genehmigen wird. Sobald die Versammlung sich zustimmend ausgesprochen und somit den Magistrat in die Lage gesetzt hat, seine Wahl zu treffen, wird er nicht zögern, ihr den Gewählten auch namhaft zu machen; einstweilen aber ließe sich höchstens sagen, Wen er, Redner, für seine Person etwa vorschlagen möchte, und auf diese rein persönliche Meinung könnte es der Versammlung unmöglich ankommen, da dieselbe eine Bedeutung erst durch das Einverständnis des Magistrates und des Schulvorstandes erlangen kann, die wiederum nicht eher sich zu entscheiden im Stande sind, als bis die Gehaltsfrage ihre Erledigung gefunden hat. Uebrigens würde man, nach den vielfachen Besprechungen, denen der Fall in weiteren Kreisen der Bürgerschaft bereits unterzogen ist, aus solcher Mittheilung kaum etwas Neues erfahren. Daß der Magistrat ohne zwingende Gründe, rein aus principieller Abneigung oder sonst einem geheimen Motive die Versammlung von der Mitwissenschaft ausschließe — gegen diese Verkennung sollte ihn füglich die rückhaltlose Offenheit sicherstellen, mit der er in ähnlichen Fällen, wo die Verhältnisse es zuließen, verfahren ist. Aber

wie man es sonst auch ansehen möge: das stellen selbst die Gegner nicht in Abrede, daß der Magistrat mit seiner Weigerung streng auf dem Boden des Gesetzes steht. Wenn er die Sache daher an dieser Stelle nochmals zur Sprache gebracht hat, so ist dies lediglich im beiderseitigen Interesse geschehen, um sie wo möglich unter den städtischen Behörden allein zum Austrag zu bringen, die Einmischung der Oberbehörde abzuwenden, und hierzu ersucht Redner die Versammlung nochmals, durch Genehmigung des vorliegenden Antrages die Hand zu bieten. Auf die Gegenvorschläge Herrn Reck wird der Magistrat sich schwerlich einlassen können. Sich zeitweilig ohne einen besondern Schuldirector zu behelfen, würden die städtischen Behörden nicht berechtigt sein, da solcher in §§ 8 und 10 des Schulgesetzes ausdrücklich vorgeschrieben ist. Im Uebrigen aber erhebt sich gegen diese Resolution auch ein ernstes praktisches Bedenken. Einen Director zu finden, der allen Anforderungen möglichst genügt, wird der Magistrat natürlich keine Mühe sparen. Wie aber könnte er dafür einstehen, daß der Gewählte in sich alle die Eigenschaften vereinigen wird, welche Herr Reck als unerlässlich bezeichnet? Wie wenig Gewähr fremde Empfehlungen bieten, hat sich grade bei diesem Anlaß bereits gezeigt: nachdem eine Anzahl hiesiger Lehrer mit wahrer Begeisterung ihre Stimmen für einen renommirten auswärtigen Schulmann erhoben hatten, sind sie hinterher aus freien Stücken mit der Erklärung hervorgetreten, daß der Gepriesene sich aus diesen und jenen Gründen für den ihm zugedachten Posten doch nicht eignen dürfte. Auf Probe würde natürlich Niemand, und namentlich kein Fremder sich zur Annahme des Amtes entschließen, und so wird denn der Magistrat seine Wahl immer nur nach bestem Ermessen treffen können. Fehlgriffe dabei sind unter keinen Umständen gänzlich ausgeschlossen; mit doppelter Schwere aber würde seine Verantwortlichkeit auf ihm lasten, wenn er auf eine so bestimmte Directive, wie Herr Reck sie formulirt hat, sich gewissermaßen verpflichtete. — Auch gegen die im Commissionsberichte vorgetragene Auffassung der gesetzlichen Sachlage dürfte manches einzuwenden sein. Ziemlich zweifelhaft erscheint namentlich, ob Herzogliches Staatsministerium die ihm ertheilte Zurechtweisung als begründet anerkennen und sich zu Herzen nehmen wird. Ferner dürfte der Werth des dem Magistrate zustehenden Wahlrechts schwerlich doch so gering anzuschlagen sein, wie der Herr Referent meint: Redner hat darin im Gegentheil von jeher einen erheblichen Vorzug erkannt, wie denn die bezügliche Bestimmung in § 17 auch nur auf sein Betreiben und mit Rücksicht darauf dem Schulgesetze eingefügt ist, daß der Magistrat Patron der Stadtschulen. Und gesetzt, es wäre wirklich so werthlos — daran zu rütteln ist vorläufig ein Ding der Unmöglichkeit. Will die Versammlung ihr Entgegenkommen in der vorliegenden Frage an die Bedingung knüpfen, daß der Versuch gemacht werde, eine ihren Wünschen entsprechende Abänderung des Gesetzes herbeizuführen, so wird der Magistrat sich dem nicht widersetzen. Wohl aber dürfte zu bedenken sein, ob es nicht rathlicher, diejenigen Punkte, auf die es ankommt,

wenigstens bestimmter zu formuliren, da ein Antrag von solcher Allgemeinheit möglicher Weise die Folge haben könnte, daß die Regierung ein neues Gesetz vorschläge, mit dem der Stadt vollends schlecht gedient wäre. Sodann bittet Redner, nicht außer Acht zu lassen, daß jene Bedingung nur für den Magistrat, nicht aber für Herzogliches Staatsministerium bindend sein, erstern also wohl zu dem beabsichtigten Versuche verpflichten, nicht aber für den Erfolg verantwortlich machen könnte: auf den Fall, daß dieser den Erwartungen etwa nicht entsprechen sollte, möchte der Magistrat dem Verdachte wenigstens nicht ausgesetzt sein, als hätte er etwa die Sache nicht eifrig genug betrieben.

Herr Reck constatirt, daß die Commissionen bei ihrem Antrage in der That nicht sowohl eine durchgreifende Revision als ganz bestimmte und aus dem Zusammenhange leicht erkennbare Modificationen des Schulgesetzes im Auge gehabt haben, deren Formulirung Aufgabe der Statutencommission wäre. Ob der Herr Oberbürgermeister richtig interpretirt, wenn er das von ihm, dem Redner, in Aussicht genommene Provisorium für gesetzlich unzulässig hält, erscheint ihm vor der Hand mindestens noch zweifelhaft. Nur ganz allgemein einen Schuldirector fordert das Gesetz, nähere Bestimmung über dessen Art und Eigenschaft trifft es nicht, und genau dasselbe was Redner eventuell für die nächste Folgezeit vorschlägt, hat hier factisch ohne Anstand Jahre lang stattgefunden, da Director Friedrichs nebenher ja zu der höhern Töcherschule in dem nämlichen nähern Verhältniß stand wie die Inspectoren zu den Bürgerschulen. An die Unmöglichkeit, die Wahl des neuen Directors vor Erledigung der Gehaltsfrage vorzunehmen, wie dies §. 3. bei Anstellung der Directoren der höhern Töcherschule und der Realschule geschehen, vermag Herr Reck nicht zu glauben, und ebensowenig versteht er die Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters gegen die hinsichtlich der Qualification des Candidaten ausgesprochenen Wünsche. Mag es schwer sein, den rechten Mann zu finden — von vornherein darf man darauf doch nicht verzichten, und dies um so weniger, als in nächster Nähe, an dem frühern Seminardirector Hirsche in Wolfenbüttel und seinem jetzigen Nachfolger Matthias zwei Beispiele gegeben sind, daß Männer von der bezeichneten Begabung und Tüchtigkeit auch in unserm Lande nicht so gar selten. Natürlich, sie wollen gesucht sein, und dazu gehört Zeit. Zeit aber könnte eben durch jenes Provisorium gewonnen werden, während dessen es um die Leitung unseres Schulwesens, wie gesagt, ungefähr ebenso und keinesfalls schlechter bestellt sein würde als bisher.

Herr Schwarzenberg beharrt bei seiner schon früher ausgesprochenen Meinung, daß von der noch ausstehenden Wahl kein Grund und kein Recht kann hergenommen werden, den als angemessen anerkannten Gehalt zu verweigern. Wenn der Magistrat §. 3. den Director Krumme gleich anfangs genannt hat, so geschah dies, weil es unter den obwaltenden besonderen Verhältnissen möglich, und zugleich auch, weil es nöthig war, um die nicht gewöhnliche Höhe der Gehaltsforderung zu motiviren. Ein

Recht darauf aber hatte die Versammlung damals so wenig wie in diesem Falle. So hält Redner denn nach Maßgabe des bestehenden Gesetzes die Genehmigung des Magistratsantrages für den einzig richtigen Ausweg. Will die Versammlung bei dieser Gelegenheit in Form der Bedingung eine anderweitige Normirung ihrer Mitbestimmungsrechte in Anregung bringen, so wird er keineswegs dem nicht widersprechen, bestimmte Anträge aber hinsichtlich der etwa wünschenswerthen Aenderungen des Schulgesetzes würden seines Erachtens am besten der Initiative des Magistrats überlassen bleiben. Nicht am Platze erscheinen ihm die Vorschläge Herrn Recks: da dieselben in Organisationsfragen eingreifen, so hätten sie nicht hier, sondern im Schulvorstande zur Sprache gebracht werden müssen.

Herr Steinau kann die commissionsseitig empfohlene Clausel nach Absicht und Endziel nur billigen; für unzweckmäßig aber muß er sie halten, sofern sie hier mit einer Frage in Verbindung gebracht ist, die unabhängig von ihr erledigt sein will. In dieser Frage nun hat Redner schon bei den Commissionsberathungen auf Seiten der Minorität gestanden, und ebenso, für Verwerfung der Vorlage, wird er sich auch jetzt wieder entscheiden. Nicht, wie der Herr Vorredner es auffaßt, schlechthin und von vornherein hatte die Versammlung den geforderten Gehalt als angemessen anerkannt, sondern nur bedingungsweise, sofern sie selbst sich von der Tüchtigkeit des Mannes, um den es sich handelt, überzeugen würde. Dazu aber müßte sie zuvor doch in der Lage sein, sich wenigstens ein ungefähres Bild von dessen Qualitäten zu machen, und hierzu könnte ihr nur der Magistrat verhelfen. Zwar der Herr Oberbürgermeister verweist auf das Stadtgespräch: aus dieser Quelle werde die Versammlung bereits wissen, Wen man als künftigen Director ins Auge gefaßt habe. Möglich, daß Andere ihre Abstimmung von dergleichen Gerüchten beeinflussen lassen — Redner giebt grundsätzlich nichts darauf, für ihn würde von Werth nur eine officiële Mittheilung sein. Kann oder will der Magistrat solche der Versammlung nicht gewähren, so mag er sich dabei auf ein Recht stützen, welches die Versammlung nicht antasten darf. Ebenso unbestreitbar aber ist das Recht der Versammlung, alsdann den geforderten Gehalt zu verweigern: dürfte sie dieses nicht, so würde das ihr durch die Städteordnung beigelegte Verwilligungsrecht in Wahrheit vielmehr ein Verwilligungszwang sein. Auf diesem ihrem Rechtsboden also muß auch die Versammlung mit aller Entschiedenheit beharren. Was ihr weiter bevorsteht, weiß sie: Herzogliches Staatsministerium wird den Gehalt ohne ihre Mitwirkung nach Antrag des Magistrates festsetzen. Wenigstens aber wird man an höchster Stelle aus diesem Conflictssalle doch ein Momento der Unzulänglichkeit unserer jetzigen Städteordnung entnehmen können, und der Versammlung bleibt jedenfalls das Bewußtsein, daß sie an dem was aus der Leitung unseres Schulwesens ferner noch werden mag, keinen Theil mehr hat, die Verantwortung dafür dem Magistrate allein zufällt.

Herr Solmitz bedauert, daß im Eifer der Discussion so manches gesprochen

wird was streng genommen nicht hieher gehört. Seines Erachtens liegt der Fall so: die städtischen Schulen bedürfen eines Directors, diesen zu wählen ist Recht des Magistrates, während die Versammlung seinen Gehalt zu bestimmen hat. Daß der Magistrat dieses Amt nur einem Manne übertragen wird, den er nach bester Uezeugung für tauglich dazu hält, zweifelt Niemand; andrerseits ist vorauszusetzen, daß auch der Beste nicht Allen gleich recht sein wird. Wenn angesichts dieser einfachen Sachlage die Versammlung dennoch sich weigert, an ihrem Theile zur befriedigenden Erledigung der Angelegenheit mitzuwirken, so kann Herr Solmiz dies nur als Eigensinn bezeichnen.

Die angebliche Unmöglichkeit, vor definitiver Feststellung des Gehalts mit einer bestimmten Person wegen Uebernahme des Amtes eine vorläufige Uebereinkunft zu treffen, bekennet Herr Steinacker ebenfalls nicht einsehen zu können: muß doch häufig in ähnlichen Fällen die Zustimmung einer andern Behörde einstweilen vorbehalten bleiben. Auch den Bedenken gegen eine Erörterung der Qualification des Gewählten vermag er kein entscheidendes Gewicht beizulegen, da sich ohne Zweifel doch Vorkehrung treffen ließe, damit für dessen Autorität dem Publicum und seinen künftigen Untergebenen gegenüber daraus kein Schaden erwüchse. Wenn trotzdem der Magistrat sich hartnäckig weigert, der Versammlung in diesem Punkte ein Zugeständniß zu machen, so wird man mit Nothwendigkeit zu der Annahme gedrängt, daß andere, nicht ausgesprochene Gründe dabei obwalten. Ein Recht freilich auf solches Zugeständniß steht der Versammlung nicht zur Seite: ganz unstreitig ist die Wahl des Directors dem Buchstaben des Gesetzes nach ausschließlich Sache des Magistrates. Redner beklagt diese Sachlage ebenso lebhaft wie Herr Steinau; abweichend von diesem aber hält er es für geboten, grade bei der hier eintretenden Gelegenheit den Versuch zu machen, ein größeres Maß von Einfluß für die Versammlung zu gewinnen. Da ferner die nackte Ablehnung des vorliegenden Antrages keine andere Wirkung haben könnte, als die Einmischung fremder Behörden herein zu ziehen, so hält er den von der Majorität der Commission empfohlenen Beschluß auch sonst für den einzig sachgemäßen. Hinsichtlich der Vorschläge Herr Reck's theilt er die Meinung, daß selbige ihrer Natur nach an anderer Stelle ventilirt werden müßten.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist nochmals die Annahme zurück, als entschlage der Magistrat sich eigenwillig und aus irgend welchem uneingestandenem Grunde einer Rücksicht, welche die Versammlung billiger Weise fordern dürfte: in Wahrheit ist seine Haltung in diesem Falle nur in der Rechtslage begründet, die auch ihn bindet. Empfindet die Versammlung dieses als eine unerträgliche Einschränkung ihrer Wirksamkeit, so wird sie darüber mit gleichem Rechte noch bei manchem andern Anlaß Klage erheben können, denn ohne jede Mitwirkung ihrerseits werden, nachdem das Gehaltsreglement einmal festgestellt ist, auch die Directoren der Real- und der höhern Töchterschule, die Inspectoren der Bürgerschulen und sämmtliche Lehrer ge-

wählt: nur wenn neue Stellen zu schaffen oder schon bewilligte Gehalte zu erhöhen sind, fragt der Magistrat bei ihr an, wie dies in den angezogenen Fällen geschehen ist, wo eben eine Gehaltsbestimmung noch nicht vorlag und die angeforderte Summe über das gewöhnliche Maß hinausging. Und eben so, abgesehen von den Magistratswahlen, bei Besetzung jedes anderen etatmäßigen Communalamtes — nicht weil darauf etwa weniger ankäme, sondern nur, weil nach den bestehenden Gesetzen keine Veranlassung vorhanden ist, die Versammlung mitwirken zu lassen. Als mißglückt muß Redner die Deduction Herrn Heymanns ansehen, nach welcher, der Auffassung Herzoglichen Staatsministerium entgegen, das Gesetz zwischen den Lehrerwahlen insgemein und der Wahl des hiesigen Schuldirectors insbesondere einen Unterschied ergeben soll: offenbar ist dabei die Bestimmung über das Patronatsrecht des Magistrates übersehen, demzufolge dieser auch die Lehrer auf Vorschlag des Directors wählt und dem Consistorium präsentiert.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem die Verhandlung über den Platz des Schlachtehauses definitiv von der Tagesordnung abgesetzt ist, mit der Maßgabe zurückgezogen, daß nur noch die bis jetzt eingeschriebenen sechs Redner zum Worte gelassen werden sollen.

Herr Heymann, der mit seiner persönlichen Ansicht auf Seiten der Minorität der Commission steht, weiß nicht anders, als daß der Magistrat dem Verlangen, die Personenfrage vor der Gehaltsfrage entschieden zu sehen, ursprünglich eine unumwundene Weigerung entgegengesetzt, der jetzt vorgewandten Unmöglichkeit mit keiner Silbe gedacht hat. In Wahrheit kann von solcher denn auch nur insofern die Rede sein, als vor Feststellung des Gehaltes ein Dienstvertrag mit dem neuen Director endgültig nicht abgeschlossen werden könnte. Die Bestimmung in § 26 des Schulgesetzes, das Patronatsrecht betreffend, welche nach Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters die Beweisführung des Commissionsberichtes hinfällig machen soll, hat Redner keineswegs übersehen, wohl aber hält er sie für irrelevant, da selbige sich seines Erachtens nur auf die Lehrer, nicht auch auf den hiesigen Director bezieht, der ja, wie aus § 17 nachgewiesen ist, eine Ausnahmestellung einnimmt. Wenn ferner der Herr Oberbürgermeister zweifelt, ob Herzogliches Staatsministerium sich die »Zurechtweisung« der Versammlung zu Herzen nehmen werde, so muß Redner bemerken, einmal daß diese Bezeichnung auf das was die Commission beantragt: Verwahrung gegen die in dem Ministerialrescripte vorliegende falsche Interpretation des Gesetzes einzulegen, ganz und gar nicht paßt; und sodann, daß es der Versammlung schlimmsten Falls ganz gleichgültig sein könnte und sein müßte, welchen Eindruck diese Verwahrung bei Herzoglichem Staatsministerium machen wird. Die gewünschte Revision des Schulgesetzes anlangend, hält Herr Heymann es materiell für einerlei, ob man solche in Form einer Bedingung oder Voraussetzung des hier in Frage stehenden Beschlusses fordern, oder aber zu dem Ende einen selbständigen Antrag stellen will. Die erforderlichen Abän-

derungen in Vorschlag zu bringen, wird Sache des Magistrats sein, dem es allerdings freistehen wird, sich dieserhalb mit der Statutencommission ins Vernehmen zu setzen. Daß der Magistrat in diesem Punkte die Wünsche der Versammlung theilen würde, hat Redner keinen Zweifel gehabt: um so mehr überrascht ihn die kühle Reserve, mit der der Herr Oberbürgermeister die Anregung aufgenommen. Gegen den Rederschen Antrag stimmt er schon deshalb, weil auch dieser, trotz aller Cautele, im Grunde doch darauf hinausläuft, zu bewilligen bevor man weiß für Wen.

Denen gegenüber, die ihn mit seinen Vorschlägen lediglich an den Schulvorstand verweisen, den Recurs an die Versammlung ihm abschneiden wollen, giebt Herr Redf zu bedenken, daß dies bei dem äußerst geringen Maße seines Einflusses in diesem Collegium nichts anderes hieße, als dieselben einfach beseitigen und überhaupt auf jede wirkfame Vertretung im Schulvorstande verzichten.

Für unbedingte Ablehnung der Vorlage Herr Pini, indem er außer den übrigen schon von andrer Seite entwickelten Gründen noch die Erwägung geltend macht, daß der Magistrat, wenn er wirklich noch keine bestimmte Persönlichkeit ins Auge gefaßt, auch keinerlei Sicherheit hat, ob für den heute angeforderten Gehalt ein geeigneter Mann wirklich zu haben ist, und demnächst nicht vielmehr eine Nachverwilligung beantragt werden müßte.

Herr Kybiz wird sich der Verwahrung, welche die Commission gegen die ergangene Ministerialverfügung eingelegt wissen will, nicht anschließen, weil er dieselbe — abgesehen davon, daß sie auf Beschwerde des Magistrates an diesen erlassen ist — für richtig erachtet und jedenfalls hier acceptirt. Der Magistrat ist in der Lage, von dem ihm zustehenden Präsentationsrechte Gebrauch und die Sache mit der Oberschulbehörde abzumachen; der Versammlung bleibt, falls auf diese Weise ein städtischer Schuldirector mit bestimmtem Gehalte höchsten Orts ernannt werden sollte, thatsächlich nur die formelle Bewilligung des Gehaltsbetrages, die, ihrerseits verweigert, von der Aufsichtsbehörde supplirt werden könnte. Ob die maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen revisionsbedürftig, gehört nicht unmittelbar zur Sache. Der Magistrat hat bisher in ähnlichen Fällen vorgezogen, sich mit der Versammlung zu verständigen, dann aber, wie z. B. bei Berufung des Directors Krumme, sein gesamntes Vorgehen unumwunden dargelegt. Will er gegenwärtig sich auf Anforderung eines Gehaltsbetrages beschränken, so wird die Versammlung wohl thun, solchen Antrag zunächst abzulehnen, weil die bloße Verwilligung ihr immer noch übrig bleibt. Der Redersche Antrag empfiehlt sich, weil er möglichst sichere Garantien in Aussicht stellt, daß eine geeignete Persönlichkeit gefunden werde; weshalb der Magistrat dem Wege öffentlicher Ausschreibung widerstrebt, ist nicht abzusehen. Hat er Gründe, anders zu verfahren, so liegt für die Versammlung kein Anlaß vor, durch ihre Zustimmung die ihn treffende Verantwortlichkeit decken zu helfen.

Herr Mühe zweifelt nicht, daß Jedermann die von Herrn Redf formulirten

Ansprüche hinsichtlich der Qualifikation des neuen Schuldirectors unterschreiben muß. Andererseits jedoch ist er überzeugt, daß der Magistrat keine Mühe sparen wird, um einen genügenden Mann zu finden. Und jedenfalls glaubt Redner Verwahrung gegen die Annahme einlegen zu müssen, als werde der neue Director in unserm Schulwesen etwas wie einen Augiasstall vorfinden. Denn welches auch die Mängel der bisherigen Oberleitung gewesen sind — die Thätigkeit der Einzelschulvorsteher war dabei keineswegs etwa lahm gelegt, und sie dürfen das Zeugniß für sich in Anspruch nehmen, daß sie ihre Pflicht in vollem Maße und nicht ohne lohnenden Erfolg gethan haben, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß ein Director, der unbelastet von anderen Aufgaben, in der Lage ist, sich ausschließlich seinem eigentlichen Berufe zu widmen, und namentlich allen Fortschritten der Pädagogik seine ununterbrochene Aufmerksamkeit zuzuwenden, nicht in hohem Grade anregend und fördernd wirken werde. Mit aller Entschiedenheit aber muß Redner sich gegen das von Herrn Red in Aussicht genommene Provisorium aussprechen. Eine rechte Wirksamkeit würde ein dergestalt auf Rücktritt nach kürzerer oder längerer Zeit angestellter Director unmöglich entfalten können; und was sollte nachher mit ihm werden? In der Hauptfrage entscheidet Herr Mühe sich für den Commissionsantrag, da die Versammlung gesetzlich kein Mittel hat, ihren Willen durchzusetzen, und unter diesen Umständen es würdiger erscheint, sich mit dem Magistrate zu verständigen, als in einer so eminent städtischen Angelegenheit die Einmischung Herzoglichen Consistoriums hereinzuziehen.

In gleichem Sinne spricht sich mit Berufung auf sein früheres Votum Herr Reuter aus. Die Hauptsache ist, daß die städtischen Behörden, der Magistrat sowohl wie die Stadtverordneten, für die Zukunft einen größern Einfluß als bisher auf die Besetzung ihrer Schulstellen zu erlangen suchen, und dazu weist der Beschluß den Weg, welchen auf seinen Antrag die Statutencommission empfohlen hat.

Zu einer persönlichen Bemerkung das Wort nehmend, constatirt Herr Steinacker gegenüber einer Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters, daß er nicht über eine Beeinträchtigung des Rechtes der Versammlung geklagt, sondern nur das geringe Entgegenkommen des Magistrates in einer Angelegenheit bedauert hat, bei welcher beide Körperschaften gleiche Verantwortlichkeit tragen sollten.

Herr Oberbürgermeister Caspary erklärt, daß er seinerseits die fragliche Ausführung ohne jede Absicht eines Tadel's nur zurückgewiesen hat. An dem Standpunkte Herrn Kybik: einerseits die gegebene Rechtslage anzuerkennen und andererseits doch die darauf gegründete Forderung des Magistrates zu versagen, vermißt er rechte Consequenz,

wogegen Herr Kybik seine Meinung nochmals dahin präcisirt, daß der Versammlung allerdings nur ein nacktes Bewilligungsrecht zustehe, demnach aber auch, falls der Magistrat ihr in dem gegenwärtigen Stadium der Vorverhandlungen nicht mehr als dies ihr immer noch bleibende gesetzliche Maß von Mitwirkung einräumen und

namentlich keinen Einfluß bei der Ausfindigmachung einer geeigneten Persönlichkeit zugestehen will, es sicherlich nur in der Ordnung sei, wenn die Versammlung vorläufig jede Betheiligung verweigert und die Verantwortlichkeit dem Magistrate allein überläßt. Letzterer kann sich dann mit dem Consistorium verständigen, so erwünscht es sonst auch sein mag, daß die städtischen Behörden dergleichen Angelegenheiten wesentlich unter sich erledigen. Zur Motivirung dieses ablehnenden Beschlusses dient eventuell eben der Red'sche Antrag.

Damit wird die Discussion geschlossen.

Auf die persönliche Bemerkung Herrn Munte's, daß es kaum als statthaft gelten dürfte, wenn Herr Solmiz gegen die von der seinigen abweichenden Meinungen den Vorwurf des Eigensinns erhebe,

erklärt Herr Solmiz, daß er diesen Ausdruck alsdann zurückziehen müßte, aber nicht verhehlen könnte, daß derselbe seiner aufrichtigen Ansicht entspreche.

In mündlicher Abstimmung wird zunächst der Magistratsantrag von den Herren Bewig, Boffe, Ding, Flagge, Heymann, Kloss, Krampe, Kybik, Lucius, Munte, Pini, Red, Reuter, Steinacker, Steinau, Wilke, Winter

gegen die Herren

Jasper, Mühe, Otto, Schwarzenberg, v. Seckendorff, Solmiz, also mit siebenzehn Stimmen gegen sechs abgelehnt.

Desgleichen ferner von den Herren

Bewig, Boffe, Ding, Flagge, Heymann, Kloss, Krampe, Kybik, Lucius, Munte, Pini, Red, Steinacker, Steinau, Wilke, Winter

gegen die Herren

Jasper, Mühe, Otto, Reuter, Schwarzenberg, v. Seckendorff, Solmiz,

also mit sechszehn Stimmen gegen sieben, der Antrag der Commission.

Gegen die Abstimmung über den Red'schen Antrag erhebt Herr Steinau das Bedenken, ob derselbe nicht als selbständiger anzusehen und demgemäß erst der Statutencommission zur Vorprüfung zu überweisen sei.

Nachdem jedoch

der Herr Vorsitzende auf die auch von Herrn Reuter bestätigten Präcedenzfälle hingewiesen, in denen Abänderungsanträge im Rahmen der Debatte ohne weiteres zugelassen worden,

Herr Schwarzenberg als entscheidend die Thatsache angeführt, daß der fragliche Antrag bereits mit debattirt ist,

und Herr Red die von Herrn Steinau gewünschte Zurückziehung desselben verweigert hat,

wird darüber ebenfalls sofort abgestimmt.

Dafür sind die Herren

Kloß, Kybik, Pini, Red,

dagegen die Herren

Bewig, Boffe, Ding, Flagge, Heymann, Jasper, Krampe, Lucius, Mühe, Munte, Otto, Reuter, Schwarzenberg, v. Seckendorff, Solmiz, Steinacker, Steinau, Wilke, Winter.

Mit neunzehn gegen vier Stimmen ist somit auch der Red'sche Antrag abgelehnt.

Schließlich

IX. trägt namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff vor, daß einer Erklärung Herzoglicher Polizeidirection zufolge die gewöhnliche Revision der nach dem neuen Statute vom 21. December v. J. zu führenden Fleischbücher zwar nach wie vor von den Polizeisergeanten besorgt wird, diese aber nicht im Stande sind, die Controle über den Zu- und Abgang der hier geschlachteten Schweine auszuüben, hierfür also besondere Kräfte in den Personen früherer Polizeisergeanten verwendet werden müssen, und zur Gratification derselben monatlich der Betrag von 50 Mark erforderlich ist. In Anbetracht, daß die Zahl Derer, die das Schlachten von Schweinen in hiesiger Stadt nicht gewerbsmäßig betreiben, im vorigen Jahre 777 betragen hat und augenblicklich 557 beträgt, daß selbige zum Theil weit vor den Thoren wohnen, und daher die gedachte Controle viel Zeit in Anspruch nimmt, halten Magistrat und Commission jene Anforderung nicht für zu hoch, und geben beide demnach, der Magistrat in einem Schreiben vom 10. d. M., deren Verwilligung aus städtischen Mitteln anheim,

welche ohne weiteres dann auch von der Versammlung ausgesprochen wird.

Wegen vorgerückter Zeit wird die Motivirung

der bei Beginn der Sitzung eingebrachten Interpellationen Herrn Krampe's, sowie

des inzwischen von Herrn Red gestellten Antrages:

den Magistrat um die Anlage geeigneter Ventilationsvorrichtungen im Sitzungssaale der Versammlung zu ersuchen,

auf die nächste Sitzung verschoben.

In einer kurzen vertraulichen Sitzung werden die Beisitzer der Steuereinschätzungscommissionen gewählt.

Nachtrag.

§. 5 wäre unter den mit Entschuldigung Abwesenden auch Herr Kunze anzuführen gewesen.

Berichtigung.

§. 240 der vorjährigen Protocolle ist statt „Zeit“ zu lesen „Ziel.“

1877.

(Fortsetzung der Beilage zum 68. Stücke des 1877
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 3.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 1. März 1877.

Öffentlich:

Mittheilungen des Herrn Vorsitzenden.

Beschlußnahme über die Sperrung der Wallgasse zwischen der Auguststraße und dem Monumentsplatze.

Desgl. über den Platz des städtischen Schlachthauses.

Entschuldigt die Herren Bewig, Nieß und v. Seckendorff. Am Magistrats-tische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Die Sitzung eröffnend, läßt der Herr Vorsitzende die von dem Vorstande des Vereins zur Förderung des Kunstgewerbes zu diesem Zwecke eingesandten Abdrücke des Berichts über die Thätigkeit gedachten Vereins während des vorigen Jahres unter die Mitglieder der Versammlung austheilen.

An die Vorsitzenden der Commissionen richtet er das Ersuchen, ihm baldigst Mittheilung zu machen, falls Vorlagen aus dem verflossenen Jahre etwa noch unerledigt geblieben wären.

Der Tagesordnung gemäß

1. trägt namens der Statutencommission Herr Steinau vor, daß laut eines Magistratschreibens vom 2. v. Mts. die Anwohner der Wallgasse zwischen der Auguststraße und dem Monumentsplatze in Anbetracht des dort herrschenden lebhaften Verkehrs von Fußgängern und namentlich von Schulkindern, sowie mit Rücksicht auf die große Enge und die starke Abschlüffigkeit dieser Gasse deren Sperrung für Fuhr-

werk und Pferde beantragt haben. Nach den Ermittlungen Herzoglicher Polizeidirection wird die Wallgasse täglich viermal von 280 bis 300 Schulkindern und von 600 bis 1000 Erwachsenen, im Laufe des Tages von 80 bis 90 Wagen, und an den Wochentagen stündlich von 20 bis 25 Husarenpferden passirt. Da unter diesen Umständen große Gefahren für Leben und Gesundheit namentlich der Kinder unvermeidlich sind, hat Herzogliche Baudirection sich zu der Uebernahme der aus gedachter Maßnahme erwachsenden Kosten bereit erklärt. Zu ihrer Ausführung bedarf es daher nur noch des Einverständnisses der städtischen Behörden, welches der Magistrat theilweis auszusprechen kein Bedenken trägt. Gleiche Beschlußfassung giebt auf dessen Antrag die Commission auch der Versammlung anheim.

welchem Antrage diese dann ohne weiteres entspricht.

Hierauf

II. erstattet Herr Neuter den Bericht der zur Ermittlung eines geeigneten Platzes für das städtische Schlachthaus eingesetzten Specialcommission. Bezug nehmend auf das gedruckt vorliegende Magistratsschreiben vom 28. Januar und auf den in Circulation gesetzten Stadtplan, in welchem die Wohnungen der bei dieser Frage in erster Linie interessirten Gewerbetreibenden markirt sind, giebt Referent zunächst einen kurzen Ueberblick der Hauptphasen, welche die Schlachthausangelegenheit bisher hat durchlaufen müssen.

Fast genau vor vier Jahren, am 27. Februar 1870, wurde auf Antrag des Herrn Lucius von der Versammlung beschlossen, eine Commission von sieben Mitgliedern zu wählen, um die Zweckmäßigkeit der Anlage eines städtischen Schlachthauses zu prüfen und demnächst geeignete Vorschläge zu einer dahin zielenden Eingabe an den Magistrat zu machen. In Folge des Berichtes dieser am 20. März desselben Jahres eingesetzten Commission beschloß die Versammlung 1. anzuerkennen, daß die Anlage eines ausschließlich zu benutzenden Schlachthauses schon zur Ueberwachung der Beschaffenheit des in den Kleinhandel gebrachten Schlachtviehes durchaus nothwendig und angesichts der Unmöglichkeit, die Untersuchung auf Trichinen nach Abschaffung der Thoracicse genügend zu controliren, sehr dringlich sei, daß vor allem aber der Stadt durch ein Landesgesetz die Befugniß beigelegt werden müsse, eine Zwangspflicht zur Benutzung desselben auszusprechen; wonach denn 2. der Magistrat ersucht werden sollte, auf baldigen Erlaß eines solchen Gesetzes bei Herzoglicher Landesregierung nach Kräften hinzuwirken. Zugleich wurde bei dieser Gelegenheit ein Zusatzantrag dahin angenommen, daß der Magistrat ferner ersucht werde, inzwischen die Vorbereitungen zum Bau eines Schlachthauses so zu beschleunigen, daß damit sofort nach Erlaß des betreffenden Gesetzes könne begonnen werden. Die im Verfolg dieser Beschlüsse vom Magistrate eingeleiteten Schritte waren zunächst insofern von dem gewünschten Erfolge, als Herzogliches Staatsministerium der Landesver-

sammlung bereits unterm 16. December 1875 den Entwurf eines Schlachtezwangsgesetzes zugehen ließ. Den Bericht der zu dessen Prüfung eingesetzten Commission, welcher gedruckt vorliegt, stellt Referent der Versammlung in einer Anzahl Exemplaren zur Verfügung.

Bei den hiesigen Schlachtern stieß dieses Gesetz alsbald auf heftigen Widerspruch. Schon am 13. und 30. Januar 1876 brachte das hiesige Tageblatt, indem es seinerseits zwar einen andern Standpunct einzunehmen, gleichwohl aber den entgegengesetzten Meinungen das Wort nicht abschneiden zu wollen erklärte, zwei Artikel, in welchen die Bedenken jener Kreise zum Ausdruck gelangten. Dann, unterm 3. Februar, richtete ein Ausschuß der hiesigen Schlachter an Herzogliches Staatsministerium direct das Gesuch, den betreffenden Gesetzentwurf nicht vorzulegen, oder falls dies bereits geschehen, denselben wieder zurückzuziehen. Am 13. März endlich wandten sich Carl Reinecke, Ed. Demmer und Ernst Wulfert für sich und im Namen ihrer Gewerbsgenossen auch an die Landesversammlung mit einer Eingabe, in welcher die aus der Entfernung des öffentlichen Schlachtehauses von den Wohnungen der meisten von ihnen voraussichtlich entstehenden Nachtheile — erschwerte Beaufsichtigung der Gehilfen, weiter Transport und in Folge hiervon häufiger Verderb des geschlachteten Fleisches, Schädigung, ja gänzliche Vernichtung des Wurstexportgeschäftes hiesiger Stadt — möglichst grell ins Licht gestellt und eine Reihe von Erbietungen gemacht wurden, die nach Meinung der Petenten geeignet, die Schlachtehauseinrichtungen übersichtlich zu machen. Sie erbieten sich, zu Behuf des Viehtransports vorschriftsmäßige Wagen anzuschaffen und im Stande zu erhalten, die festen Schlachteabfälle wöchentlich zu mehreren Malen abfahren und für die flüssigen allgemeine Abzugsanäle anlegen zu lassen. Zum Zweck der Controle des Schweinefleisches brachten sie die Einrichtung eines Meldeamtes in Vorschlag, wie solches jetzt provisorisch eingerichtet ist, erklärten sich zur Uebernahme aller daraus erwachsenden Kosten bereit und baten schließlich, auf Grund dieser Erbietungen und Vorschläge das fragliche Gesetz abzulehnen. Beide Gesuche blieben indes unberücksichtigt, die gesetzliche Grundlage der neuen Einrichtung fortan unangefochten.

Nachdem hierauf, am 26. April 1876, der Gesundheitsrath einstimmig an den Magistrat das dringende Ersuchen gerichtet hatte, die Verhandlungen wegen Errichtung des Schlachtehauses thunlichst zu beschleunigen, trat die Platzfrage in den Vordergrund der Erwägungen. Unterm 2. Mai stellte der Fabrikant A. Wilke 3, resp. 4—4½ und event. alle 7 Morgen seines vor dem Wilhelmithore belegenen Grundstückes sammt den darauf befindlichen Gebäuden als vorzüglich für das projektierte Schlachtehaus geeignet, dem Magistrat zum Kauf an. Da indessen Herzogliche Polizeidirection die Anlage an der Südseite der Stadt wegen der Unmöglichkeit einer zweckmäßigen Canalisation nicht zulassen zu können erklärt, und in gleichem Sinne die Commission sich ausgesprochen hatte, weil hiesiger Stadt das

meiste Schlachtvieh von Norden und Osten zugeführt werde und auf der Nordseite überdies der Baugrund sehr viel billiger sei, der Magistrat auch die fraglichen Gebäude für die besonderen Zwecke eines Schlachtehauses nicht geeignet fand, wurde dieser Antrag abgelehnt. Nachdem alsdann die Commission in Gemeinschaft mit einigen Mitgliedern des Magistrats verschiedene Plätze im Norden und Osten der Stadt in Augenschein genommen hatte, entschied sie sich am 3. Mai für das bekannte Terrain an der Hamburger Straße, worauf der Magistrat hiervon am 13. das Stadtbauamt in Kenntniß setzte und unter Darlegung seiner Ansichten zur Aufstellung eines Bauprogramms aufforderte, welches dann vom Stadtbaumeister Winter entworfen und der Commission in der Zeit vom 16.—20. Juli mitgetheilt wurde. Gegenüber der von gewisser Seite in Umlauf gesetzten Behauptung, als sei die Anlage an der Hamburger Straße sein Project, constatirt Referent, daß diese Entscheidung von der Commission getroffen und sein Votum dabei um nichts mehr als das anderer ihrer Mitglieder maßgebend gewesen ist.

Unterm 13. August erging an Hrn. E. Demmer als Vorstand der Knochenhauergilde die Einladung, acht Mitglieder derselben, jedoch nicht bloß Gegner sondern auch Befürworter der neuen Einrichtung zu bezeichnen, von denen vier bei Berathung jenes Programms zugezogen werden sollten. Da gleichwohl sämmtliche am 20. August vorgeschlagene Deputirte sich bei der stattgehabten Abstimmung ausdrücklich als Gegner zu erkennen gaben, wurden am 15. September von Seiten des Magistrates auch die Herren Witte, Demmer, Blumenberg und Schrott zur Theilnahme an den betreffenden Verhandlungen herangezogen und jedem derselben das Bauprogramm zugestellt.

Hinsichtlich der Platzfrage machten sich bei den Interessenten seitdem zwei entgegengesetzte Strömungen geltend. Für die Gegend vor dem Wilhelmi- oder Hohenthore plädirte eine mit 60 Unterschriften versehene Eingabe vom 18. November 1876 mit dem Vorgeben, daß jede andere Wahl erhebliche Nachtheile namentlich für die Schweineschlachter im Gefolge haben müßte. Bei den Commissionsberathungen hatten deren Vertreter schließlich im Gegentheil grade für den Platz vor dem Wendenthore gestimmt, und für diesen sprachen sich denn auch in einem andern Gesuche vom 25. November 50 Schlachter aus, darunter 25, die allerdings auch jenes frühere unterzeichnet hatten, ihre dortigen Unterschriften nunmehr aber mit der Erklärung widerriefen, daß der Inhalt jener frühern Eingabe ihnen unbekannt gewesen. Weiteres Material zur Entscheidung der obwaltenden Frage suchten die Resolutionen der Gewerblichen Schutzgemeinschaft vom 11. und des Bürgervereins vom 14. December 1876 herbeizuschaffen. Referent theilt deren Inhalt mit und bemerkt zu ersterer, daß auf einem Irrthum die Annahme beruhe, als solle im Schlachtehause selbst die Fabrication von Fleischwaaren betrieben werden; zu letzterer, daß die Vortheile einer Bahnverbindung des Schlachtehauses allseits anerkannt werden, und es lediglich darum sich handle, ob dieselbe in so hohem Grade wünschenswerth erscheine, daß alle übrigen

Rücksichten dagegen in den Hintergrund treten müßten. Am 14. December wurde in der Versammlung dann auch über eine Petition der Wilhelmi- und Hohethor-Districtsvereine verhandelt, welche u. a. dahin lautete: bei Beschlußfassung über die Schlachthausanlage — in Erwägung, daß die Motive des betreffenden Landesgesetzes die Anlage eines Schlachthauses an der Eisenbahn und in Verbindung mit einem Viehmarkte als geeignetes Mittel anerkennen, dem fortwährenden Steigen der Fleischpreise entgegenzuwirken — jedem Projecte das diesem Motive nicht entspricht, die Genehmigung zu versagen. Die Versammlung ging über dieses Gesuch zur Tagesordnung über; daß jene Erwägung einfach auf einem Mißverständniß des Thatbestandes beruhte, wurde bei den bezüglichlichen Verhandlungen nachgewiesen. Unterm 27. December erfolgte dann die Vorstellung der Wenden- und Petriethor-Districtsvereine, welche in autographischer Vervielfältigung vorliegt und für den Platz an der Hamburger-Straße wesentlich aus den nämlichen Gründen eintritt, von denen die Majorität der Commission sich hatte leiten lassen. Inzwischen hatte der Magistrat auch den Ingenieur Mitgau zum Berichte aufgefordert. Der wesentliche Inhalt des von diesem unterm 2. Januar d. J. abgestatteten Gutachtens, welches durchaus dem Votum der Commission beipflichtet, ist in das nunmehr vorliegende Magistratschreiben übergegangen.

Sodann ist unterm 16. Februar d. J. noch eine zweite Eingabe der Wilhelmi- und Hohethor-Districtsvereine erfolgt, welches ebenfalls autographirt vorliegt. Auf den ersten Theil derselben, der wesentlich von den zwischen einzelnen Vereinen obschwebenden Meinungsverschiedenheiten handelt, glaubt Referent des nähern nicht eingehen zu müssen; einer Berichtigung aber bedürfen gewisse im weiteren Verlauf dieser Darlegung vorgetragene, in manchen Punkten gegen die Vorlage des Magistrats gerichtete Anschauungen hinsichtlich der hier in Betracht kommenden Frage. Wenn hervorgehoben wird, daß vor dem Wilhelmithore 9 Morgen Brunschescher Länderei zu dem verhältnißmäßig sehr billigen Preise von 24,000 Mk. zur Verfügung stehen, so ist dabei offenbar außer Acht gelassen, daß dieses Terrain, wie aus den Acten zu ersehen ist, an die Frankfurter Straße nur mit einer Front von 128' grenzt, also einen schmalen, sehr langen und schlecht nutzbaren Streifen bildet, und sonach dessen vermeintliche Billigkeit sehr illusorisch ist. Wie theuer überdies Grund und Boden vor dem Wilhelmithore bei einer etwa nöthigen Erweiterung des Etablissements sich stellen würde, dafür giebt die Erfahrung des Gaswerks einen Anhalt, welches schon vor drei Jahren den Quadratmeter Feldland mit 3 Mark hat bezahlen müssen. Wenn ferner von einer vor dem Wendenthore erst noch herzurichtenden Chaussee gesprochen ist, so beweist dies nur, daß die Bittsteller über den dort ins Auge gefaßten Platz gar nicht orientirt sind, da dieser im Westen an die Hamburger Straße, im Osten an den sogenannten Mittelweg grenzt, der Zugang dahin also überall keiner besonderen Wegeanlage bedarf. Wenn drittens geltend gemacht wird, der Bau werde vor dem Wilhelmithore nicht theurer zu stehen kommen als vor dem Wendenthore, so hat man augen-

scheinlich die Thatsache übersehen, daß man an ersterer Stelle überall bald auf mächtiges Grundwasser stößt, — eine Thatsache, welche die Herstellung und den Betrieb von Eis- und anderen Kelleranlagen, wie sie mit dem Schlachtehause aller Wahrscheinlichkeit nach doch verbunden werden müssen, ganz erheblich vertheuern würde. Wenn viertens die Petenten dem Hinweis auf die Enge und Ueberlastung der südwestlichen Zugänge mit dem Ausspruche begegnet zu haben glauben: die Frankfurter Straße sei eben so breit wie die Hamburger, so liegt auf der Hand, daß es nicht auf die Heerstraßen vor der Stadt, sondern eben auf Zugänge in die Stadt, dort beim Gieseler und durch die Südstraße, hier beim Wendenthore und durch die Wendestraße, in Betracht kommen. Endlich wird gesagt, die flüssigen Abgänge könnten auch vor dem Wilhelmithore mittels einer Canalisation beseitigt werden. Allein an einer frühern Stelle haben die Petenten selbst dargethan, daß dazu die Einrichtung einer Pumpstation, also eines fortdauernd sehr kostspieligen Betriebes erforderlich wäre. Auf eine Widerlegung der übrigen Behauptungen dieses Schriftstücks verzichtet Redner, um die Versammlung nicht zu ermüden, indem er abwarten zu wollen erklärt, ob darauf etwa noch ein Mitglied der Versammlung zurückkommen werde.

Eine ganz eigenthümliche Bewandniß hat es mit dem Proteste mehrer Schlachter, der, vom 22. Februar datirt, unmittelbar vor der Sitzung eingegangen ist, welche zu der heutigen Verhandlung ursprünglich angefeht war. Context und Unterschriften füllen zwei Bogen von verschiedener Größe und zweierlei Papier; über letzterem liest man eine Bemerkung, welche dem Inhalte des ersteren gar nicht conform ist, vielmehr nur das Desiderium einer sofortigen Bahnverbindung zum Schlachtehause ausdrückt, und in der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, daß acht von den 61 Unterzeichnern nur diesen zweiten Bogen gesehen, also nur für dieses Desiderium zu stimmen geglaubt, von dem nunmehr vorgehefteten Proteste absolut nichts gewußt haben; einer von ihnen hat sogar ausgesagt, daß auch auf diesem Bogen, als er seine Unterschrift abgegeben, die jetzigen Schlussworte der Kopfbemerkung, welche in der That augenscheinlich erst nachträglich hinzugefügt sind, noch nicht vorhanden gewesen. Auf den Fall, daß eine genauere Untersuchung dieses Zwischenfalls beliebt werden sollte, ist Referent autorisirt, die Namen seiner Gewährleute zu nennen. Haben die Urheber desselben, wie es allerdings stark den Anschein hat, eine Täuschung ihrer Mandanten und der städtischen Behörden beabsichtigt, so ist dieselbe dank dem achttägigen Aufschube der Verhandlung vereitelt worden. Denn daß außer jenen acht, wenn man weiter nachforschte, auch noch eine Anzahl der übrigen Unterzeichner des Schriftstücks die Verantwortlichkeit für dessen vollen Inhalt ablehnen würden, dieser Annahme dürfte die Versammlung sich schwerlich entziehen können.

Endlich finden sich bei den Acten noch verschiedene Zuschriften, welche den Plak an der Hamburger Straße empfehlen. Ohne Unterschrift wie sie sind, wird man ihnen ein besonderes Gewicht nicht beilegen können. Völlends unberücksichtigt wird

die in der gestrigen Nummer des Tageblatts veröffentlichte von »H. Brackebusch« unterzeichnete Auslassung bleiben müssen, welche die Nothwendigkeit eines Schlachthauses überhaupt in Frage stellt, die ganze Angelegenheit also in das Stadium der Zeit vor vier Jahren zurückzuschrauben gemeint ist, und hierauf läuft auch die jüngste Petition hinaus, indem sie eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit durch eine neue Commission herbeizuführen beabsichtigt.

Daß etwa der historische Verlauf der Angelegenheit, wie er sich nach den Acten darstellt.

Der vorliegenden Frage selbst näher tretend, kommt der Herr Referent nochmals auf die bezüglichen Gesuche der Interessenten zurück. Für Erbauung des Schlachthauses vor dem Wilhelmthore sind ursprünglich, wie schon angeführt wurde, 60 der hiesigen Schlachter eingetreten, von denen jedoch 25 ihre Unterschriften nachträglich widerriefen, so daß die Zahl der erklärten Anhänger dieses Projectes sich auf 35 reducirt. Für den Platz an der Hamburger Straße haben sich 50 erklärt, darunter allerdings die 25, die auch jenes erste Gesuch unterzeichnet hatten. Demnach stehen beide Gruppen einander in dem Verhältniß von 35 : 50 gegenüber. Da die Gesamtzahl der interessirten Gewerbetreibenden 104 ist, so läßt sich aus diesen Stimmenzahlen eine ganz sichere Schlussfolgerung nicht gewinnen; nur Eins scheint festzustehen, daß nämlich für die Richtung der so zum Ausdruck gelangten Wünsche die Lage der Geschäftshäuser, ihre Entfernung von der für das öffentliche Schlachthaus in Aussicht genommenen Stelle maßgebend gewesen ist. Unter diesen Umständen hat der Herr Referent sich für verpflichtet gehalten, zu prüfen, nach welcher Seite hin sich das natürliche Interesse der einzelnen Gewerbetreibenden dieser Maßgabe nach wirklich neigen muß. Zu dem Ende scheinen folgende Ermittlungen dienlich. Im Jahre 1875 sind nach den vorliegenden officiellen Acciselisten von hiesigen Schlachtern überhaupt geschlachtet

5419 Stück Rindvieh,

9757 » Kälber,

8729 » Schafe,

21232 » Schweine.

Das Geschäft befindet sich in sehr viel Händen: 49 unter den hiesigen Knochenhauern schlachten Großvieh und fast alle auch Kälber und Schafe, zum Theil auch Schweine, 95 vorzugsweise Schweine, zum Theil aber auch Groß- und Kleinvieh. Der Herr Referent theilt des genaueren mit, wie viele unter jeder dieser beiden Kategorien bis zu 50, 100, 150, 200, 250 u. Stück der einzelnen Viehgartungen verarbeiten. Es ergibt sich daraus, daß 11 Knochenhauernermeister zusammen 2602 Stück Großvieh, also ungefähr die Hälfte alles hier consumirten Großviehes, und in Gemeinschaft mit noch 11 anderen 10279 Schweine, die Hälfte aller hier consumirten Schweine, geschlachtet haben. Diese 22 Geschäfte nun — Referent macht hier wie bei den weiterhin

folgenden Angaben die betreffenden einzelnen Gewerbetreibenden noch Firma, Straße und Hausnummer namhaft — sind derart in der Stadt vertheilt, daß 14 derselben das Schlachtehaus vor dem Wendenthore, 4 vor dem Wilhelmithore erbaut zu sehen wünschen müssen, während es für die übrigen 4 gleichgültig ist, welche von beiden Stellen gewählt wird.

Ließe sich gegen diese Aufstellung vielleicht einwenden, daß die große Mehrzahl derjenigen, auf welche die andere Hälfte der geschlachteten Thiere entfällt, ein anderes Interesse haben könnten, so stellt Referent dem noch eine zweite Berechnung entgegen, welche die in Betracht kommenden Gewerbetreibenden insgesammt umfaßt. Um die verschiedenen Thiergattungen auf eine Einheit zu reduciren, hat er angenommen, daß nach dem Gewichte des lebenden Thieres je 7 Kälber, 10 Schafe, 3 Schweine gleich einem Stück Großvieh. Diese annähernd jedenfalls richtigen Verhältnißzahlen zu Grunde gelegt, ergaben sich sämmtliche im Jahre 1875 veraccisten Thiere aller Art gleich 14763 Stück Großvieh, und deren lebendes Gewicht — das Stück im Durchschnitt zu 10 Centner berechnet — zu 147630 Centner. Hiervon kamen

je 2000—5170 Centner, insgesammt 82220 Centner, auf 26 Gewerbetreibende

je 1000—1999 » » 44510 » » 30 »

je 30—999 » » 20800 » » 48 »

Fragt man nun, wohin das Interesse dieser drei Gruppen nach Maßgabe der Wohnung ihrer einzelnen Angehörigen naturgemäß neigen muß, so stellt sich heraus, daß

13 Inhaber größerer Geschäfte mit 42210 Ctr. geschlachteten Viehes

16 » mittlerer » » 24890 » » »

28 » kleinerer » » 13300 » » »

insgesammt also 57 Gewerbetreibende mit 80400 Centner das Wendenthor,

7 Inhaber größerer Geschäfte mit 21200 Ctr. geschlachteten Viehes

5 » mittlerer » » 7070 » » »

5 » kleinerer » » 1740 » » »

insgesammt 17 Gewerbetreibende mit 30010 Ctr. das Wilhelmithor vorziehen müssen, während — abgesehen von der leichtern Passage aus dem Wendenthore und nur die Entfernung in Anschlag gebracht —

6 Inhaber größerer Geschäfte mit 18810 Ctr. geschlachteten Viehes,

9 » mittlerer » » 12550 » » »

15 » kleinerer » » 5760 » » »

insgesammt also 30 Gewerbetreibende mit 37120 Ctr. der obsehwebenden Frage gleichgültig gegenüber stehen können. (Ref. erläutert diesen Sachverhalt mittels des umgehenden Stadtplanes, auf welchem die für das Schlachtehaus ins Auge gefaßten Plätze bezeichnet, die Wohnungen der von 30—499, 500—999, 1000—1999 u. bis zum Maximum von 5170 Centner schlachtenden Geschäftsinhaber durch Nadeln mit verschiedenfarbigen Knöpfen markirt sind.) Ohne Zweifel also spricht für das Wendenthor die Rücksicht nicht nur auf die meisten sondern auch auf die bedeutendsten Ge-

schäfte. Wenn aber dies bisher noch nicht stärker zu Tage getreten ist, so liegt der Grund lediglich darin, daß man für das Wilhelmithor früher und energischer agitirt hat, und daß Diejenigen welchen die Lage des künftigen Schlachthauses hier wie dort gleich bequem oder unbequem wäre, sich offenbar mehr oder weniger der Hoffnung hingeben, durch Verstärkung der Opposition gegen den Platz vor dem Wendenthore die Anlage überhaupt hintertreiben zu können, wie aus dem nämlichen Grunde denn auch einzelne von Denen die man ihrem natürlichen Interesse nach auf der andern Seite zu finden erwarten mußte, sich ebenfalls dieser Opposition angeschlossen haben.

Fragt man nun nach den Gründen, welche dieselbe ins Feld führt, so stößt man immer wieder auf die Behauptung, bei Berathung des bezüglichen Landesgesetzes sei die Voraussetzung maßgebend gewesen und zu wiederholten Malen ausgesprochen, daß ein Schlachthaus für hiesige Stadt nur in der Nähe des Bahnhofes erbaut werden könne, weil nur bei solcher Lage die wünschenswerthe Ermäßigung der Fleischpreise zu erzielen stände. Die völlige Grundlosigkeit dieser Behauptung hat Referent an dieser Stelle schon vor einigen Monaten dargethan; trotzdem aber kommt man von betheiligter Seite immer wieder darauf zurück — Beweis genug, daß bessere Gründe nicht aufzubringen sind. Dabei suchen die Bittsteller sich den Anschein zu geben, als sei ihr Streben alles Ernstes darauf gerichtet, den allerdings sehr berechtigten Beschwerden der Consumenten über die unverhältnißmäßige Theuerung des Fleisches abzuhelpen. Wie es sich mit dieser guten Absicht in Wirklichkeit verhält, ergiebt zur Genüge die dem jüngsten Proteste angehängte Drohung, ein zweites, privates Schlachthaus erbauen zu wollen; denn natürlich würde dessen Kosten das Publicum auszubaden haben. Daß ein Sinken der Fleischpreise überhaupt nicht durch die geforderte Bahnverbindung des künftigen Schlachthauses, sondern nur durch die Concurrenz einer starken Zufuhr von außen herbeigeführt werden kann, liegt auf der Hand. Ueberdies aber steht außer Zweifel, daß eine lediglich auf die Frequenz des Schlachthauses fundirte Zweigbahn unmöglich lebensfähig sein könnte. Von dem 1875 hier eingeführten Schlachtvieh, dessen Gesamtgewicht vorhin zu 147630 Centner nachgewiesen ist, wurden etwa $\frac{2}{15}$ der Stückzahl, dem Gewichte nach ungefähr 20000 Centner oder — wenn man annimmt, es seien dies vorzugsweise Thiere von besonders schwerem Gewicht gewesen — höchstens 25000 Centner, mittels der Bahn transportirt. Da diese Thiere sicherlich bei weitem nicht alle in ganzen Wagenladungen eingegangen sind, ein Wagen aber, der neben anderen Waaren einzelne Thiere enthält, nicht unmittelbar nach dem Schlachthause übergeführt werden kann, so wird man die Zahl der Wagen, die auf der beanspruchten Zweigbahn beladen hin- und leer zurückgehen würden, mit 200 im Jahre, 4 in jeder Woche, schwerlich zu niedrig veranschlagen. Erwägt man ferner, daß vier große Etablissements an der Nordseite unserer Stadt: die Eichorienfabriken von L. D. Bleibtreu und F. G. Hauswald, die Actien-Zuckersiederei und die Fabrik für Tute- und Flachsindustrie, jährlich

über 600000 Centner Güter vom Bahnhofe beziehen, daß außerdem aber in dieser Gegend noch die Sichorien- und Chocoladenfabrik von C. G. Schmidt, die Actien-Zuckerfabrik Eichthal und andere bedeutende Etablissements belegen sind, hier sich also bereits ein Verkehr mit dem Bahnhofe entwickelt hat, der mindestens vierzigmal stärker ist als der des Schlachtehauses sein würde, und daß dennoch dieser Verkehr bisher keine Eisenbahnverbindung hervorzurufen vermocht hat, so wird man sich unmöglich noch der Täuschung hingeben können, als sei dazu ein Schlachthaus für sich allein im Stande, wenn solches isolirt vor dem Wilhelmi- oder gar, wohin die vorliegende Petition zielt, vor dem Hohenthore erbaut würde. Wohl aber wird den angeführten Thatsachen zufolge eine Bahnverbindung nach der Nordseite der Stadt nur noch eine Frage der Zeit und sonach mit einiger Sicherheit darauf zu rechnen sein, daß dieser Vortheil über kurz oder lang auch einem dort erbauten Schlachthause nicht entgehen wird. Nimmt man hinzu, daß bis zu dessen Vollendung jedenfalls noch geraume Zeit vergehen wird, und daß die bestehenden Verhältnisse, gesetzt auch, das Schlachthaus bliebe dann noch eine Weile ohne Bahnverbindung, keinerlei Aenderung erleiden werden, indem auch jetzt ja weder die Häuser der Schlachter noch die Stallungen der Viehhändler in andrer Lage sind, so ergiebt sich, wie künstlich diese Forderung zu einer Cardinalbedingung aufgebauscht ist.

Die Commission ist ihrerseits nun einstimmig dahin schlüssig geworden, daß bei vollständig sicherer Aussicht auf sofortige Eisenbahnverbindung der Bauplatz vor dem Wendenthore unbedingt würde vorzuziehen sein. Da aber Niemand im Stande ist, solche auf einen bestimmten Zeitpunkt zu garantiren, so hat bei der Abstimmung dies Moment müssen beiseit gesetzt werden. Demnach haben sich denn neun Stimmen für die Anlage vor dem Wendenthore, vier in abweichendem Sinne ausgesprochen, wobei aber wohl zu berücksichtigen ist, daß unter ersteren auch zwei der zugezogenen Sachverständigen und zwar diejenigen waren, deren Geschäfte hauptsächlich auf den Wursterport begründet sind, während grade die vermeintliche Benachtheiligung dieser Industrie in allen gegen jenes Votum aufgebrachten Petitionen die Hauptrolle spielt. Wenn die Gegner nun in der jüngsten Petition mit Berufung darauf, daß die anderen beiden Sachverständigen im entgegengesetzten Sinne gestimmt haben, die ganze Verhandlung unter Zuziehung neuer Sachverständigen von vorn möchten beginnen sehen, so giebt sich dies offenbar nicht nur als ein durchaus unbilliges Verlangen, sondern augenfällig auch als einen Kunstgriff zu erkennen, darauf berechnet, die Angelegenheit abermals zu verschleppen.

Grade der gegenwärtige Zeitpunkt aber erscheint wie kein anderer geeignet, die seit vier Jahren verhandelte Angelegenheit endlich zum Abschluß zu bringen. Erst in der letzten Sitzung der Versammlung sind 600 Mark für eine Controle des Schweinefleisches zur Sicherung des Publicums gegen die Gefahr einer Trichineninfection verwilligt worden, eine Controle, die rücksichtlich ihres eigentlichen Zweckes

immerhin doch nur höchst mangelhaft bleiben, dafür aber, daß das Fleisch von Groß- und Kleinvieh bei der Höhe der Fleischpreise wenigstens auch von gesunden Thieren entnommen werde, vollends keinerlei Gewähr bieten kann. Der Landesversammlung gegenüber haben freilich die Schlächter sich zur Uebernahme der Kosten aller für nöthig befundenen Controlemassregeln bereit erklärt; thatsächlich aber trägt selbige jetzt die Stadt, ohne daß bisher, obwohl gleichzeitig auch die Schlachtesteuer hinweggefallen ist, das Fleisch auch nur um einen Pfennig billiger geworden wäre. Schon am 3. Mai 1876, vor elf Monaten also, ist die Commission über den Platz einig geworden, und gleichwohl muß darüber noch heute verhandelt werden: in solchem Maße hat das Bestreben, die ganze Angelegenheit zu verschleppen, sich inzwischen geltend zu machen verstanden. Grade augenblicklich aber baut man so billig, wie dies früher nicht zu erwarten gewesen; die Preise der Baumaterialien sind beispiellos gefallen, auch in unserer Stadt sind bereits zahlreiche Arbeitskräfte verurtheilt zu feiern. Aus all diesen Gründen erscheint es im höchsten Grade wünschenswerth, die Sache nunmehr zu dem gewünschten Ende zu bringen. Mit der Suche nach anderen geeigneten Bauplätzen wenigstens glaubt die Commission bitten zu dürfen sie nicht mehr zu beauftragen. Im Einverständniß mit dem Magistrate empfiehlt sie vielmehr den Beschluß:

daß das projectirte Schlachthaus möglichst nahe vor dem Wendenthore erbaut und zu dem Ende von der Länderei der Katharinenkirche bis zu 5 Hektar angekauft werde.

Herr Kraupe verhehlt sich nicht, daß er gegenüber der auf eine solche Fülle acten- und zahlenmäßiger Angaben gegründeten Darstellung Herrn Reuters einen schweren Stand haben wird, da er mit dergleichen nicht aufwarten und ebensowenig einen fertigen Concurrenzplan vorlegen kann, sich vielmehr lediglich darauf beschränken muß, seine abweichenden Ansichten ganz im allgemeinen zu entwickeln. Ist es einerseits gewiß erfreulich, daß die Controverse in Sachen des Schlachthauses sich nunmehr auf die einfache Platzfrage zugespitzt hat, so dürfte es andererseits allerdings doch hoch an der Zeit sein, auch diese Frage, deren Discussion schon so viel böses Blut gemacht hat, endlich zu begraben, und Keiner kann dies lebhafter wünschen als Redner. Denn wie in diesem Falle die Parteien sich gruppiren, läuft der von beiden Seiten mit einem so ungewöhnlichen Aufwande von Erbitterung geführte Streit wesentlich auf eine Rivalität zweier Stadtdistricte hinaus, was in der That denn kein sehr erbauliches Schauspiel abgiebt. Daß die Wilhelmi- und Hohethor-Districtsvereine diese Frage gelegentlich der Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in ihr Wahlmanifest hereingezogen haben, war ohne Zweifel ein Fehler, und nicht ohne Grund haben sie sich deshalb eines »nackten Appells an die Sonderinteressen« müssen anklagen hören. Aber ist man auf Seiten der Gegner nicht in den nämlichen Fehler verfallen? Hat Herr Reuter, der unstreitig die Seele dieser Partei ist, sich nicht auch des Rechtes be-

dient, alle diejenigen Hebel in Bewegung zu setzen, die man auf jener Seite zur Anwendung gebracht? Seit langer Zeit zeigt er sich bemüht, seinen Wendenthor-District als Stiefkind der Stadt, als leidenden und abgetrennten Bruderstamm hinzustellen, darzuthun, daß dessen wirthschaftliches Gedeihen an dem Mangel einer bequemen Verbindung mit der Eisenbahn auf das allerschwerste krankt. Redner hat von diesen angeblich so trüben Zuständen eine eigene Anschauung zu gewinnen versucht, und zu dem Ende den Wendenthor-District zu verschiedenen Zeiten begangen. Was er dort gesehen — jene Anzahl lebhafter Ausspannwirthschaften und flotter Material- und Schnittwaarengeschäfte, welche diesem Stadttheile seinen eigenthümlichen Charakter verleihen — mag die Sehnsucht nach einem neuen Aufschwunge und die Hoffnung, daß eine directe Eisenbahnverbindung diesem Districte bald ein anderes Aussehen geben würde, immerhin rechtfertigen. Allein ist es eine Folge von Unterdrückung oder Vernachlässigung seitens der städtischen Behörden, daß solche noch fehlt? Hat der Wendenthor-District in Wahrheit Ursache, über stiefmütterliche Behandlung zu klagen? Wirft man einen Blick auf die vortreffliche Neupflasterung, durch die seine Hauptstraßen vor so vielen andern bevorzugt sind, sieht man den prächtigen Platz an, welcher dort in neuerer Zeit geschaffen ist, bedenkt man, daß zu Gunsten des Verkehrs auf dem Hagenmarke eine ganze Häuserreihe von dem Erdboden hat verschwinden müssen, dann wird man für jene Klage jedenfalls nur ein Achselzucken haben und sich des Eindrucks nicht verwehren können, daß die Art und Weise, wie die gegenwärtige Fehde auch von dieser Seite geführt wird, sich in keiner Weise rechtfertigen läßt. Wenn einzelne Gewerbetreibende in solcher Weise ihr Privatinteresse gegen einander vertreten, wenn im Privatleben Concurrenten sich jeder mit seinem Sonderinteresse rücksichtslos in den Vordergrund zu drängen sucht, so wird dies, wenn auch nicht grade schön, vielleicht doch natur- und sachgemäß sein. In Fragen des Gemeinwohls aber sollte ein derartiges Verfahren nicht platzgreifen, und keinesfalls würde es in dem vorliegenden Falle der Versammlung geziemen, demselben irgend welchen Einfluß auf ihre Entscheidung einzuräumen. Hier sind vielmehr nur die beiden Fragen zu stellen: wobei wird die Stadt sich am besten stehen? was wird das vortheilhafteste für das gesammte Schlachtereigewerk sein? Denn allerdings darf auch letzteres der Versammlung nicht gleichgültig sein, da Mißgriffe, die dieses Gewerbe schädigten, in letzter Instanz natürlich doch auch auf die Gesammtheit der Stadt zurückfallen würden.

Im Begriff, diesen Fragen näher zu treten, bittet Redner zunächst um das Vertrauen, daß er denselben persönlich völlig uninteressirt und objectiv gegenübersteht. Zur Sache selbst übergehend, beginnt er mit einer Prüfung der Gründe, mit welchen der Magistrat für den Platz am Galgenkampe eintritt.

Ihr erster ist der Erwägung entnommen, daß das Schlachtehaus thunlichst nahe der Stadt und an möglichst sparsam bebauter Stelle angelegt werden müsse. Ersteres

wird Jedermann als richtig anerkennen, obgleich nach einer andern Stelle des Magistratsberichtes selbst die Dringlichkeit dieses Erfordernisses einer gewissen Einschränkung zu unterliegen scheint. Nicht ganz so unbedingt dürfte dem zweiten beizupflichten sein. Denn obgleich das Schlachtehaus ohne Zweifel derart wird eingerichtet werden, daß es für die Umgebung nicht grade ein Ort des Schreckens oder des Abscheus zu sein braucht, so wird seine Nachbarschaft doch unter keinen Umständen für eine Annehmlichkeit gelten können, und richtiger daher nicht nur eine bis jetzt nur spärlich bewohnte Gegend, sondern auch solche zu wählen sein, wo die Bebauung schon zu einem gewissen Abschlusse gelangt, ein Näherrücken von Wohnhäusern nicht mehr möglich oder doch nicht zu erwarten ist. Unter diesem Gesichtspunkte wurde gleich anfangs das Areal des vormaligen Walzwerks empfohlen; hat man davon aus praktischen Rücksichten anderer Art mit gutem Grunde Abstand genommen, so wird es sich immerhin doch als zweckmäßig empfehlen, bis dahin, daß ein in dem angedeuteten Betracht zweckmäßigeres Grundstück ausfindig gemacht ist, wenigstens jene Gegend im Auge zu behalten, wo die Eventualität, welche man vermieden zu sehen wünschen muß, mit ziemlicher Sicherheit ausgeschlossen erscheint, und wo überdies ein Grundstück — das Gothesche — bereits zur Verfügung steht, das auch den sonstigen Anforderungen ziemlich entsprechen dürfte.

Wenn der Magistrat weiter dann für die in Vorschlag gebrachte Stelle geltend macht, daß erfahrungsmäßig von Norden und Nordwesten her das meiste Schlachtvieh in hiesige Stadt eingeführt wird, so kann Redner zwar nicht leugnen, daß in den dieser Annahme zu Grunde liegenden Verzeichnissen namentlich das Petriithor mit imposanten Zahlen figurirt. Von vornherein jedoch drängt sich die Erwägung auf, daß bei der vorliegenden Frage die Stückzahl allein unmöglich entscheiden kann, hier vielmehr auch die Gattung des eingeführten Viehes in Betracht zu ziehen ist. In jener Zahl nun sind 4000 Kälber und 1722 Hammel einbegriffen, und da diese in den überwiegend meisten Fällen auf Wagen transportirt werden, so würde nichts einfacher sein, als damit mittels der Goslarischen Straße, also gänzlich außerhalb der Umflutgräben, vor das Wilhelmithor zu gelangen, während sie vor das Wendenthor nur auf weiten und zum Theil sehr engen Umwegen durch die innere Stadt — ins Neue Petriithor herein, über den Neuen Weg und den Wollmarkt, durch die Kaiser- und die Wendenstraße — gefahren werden müssen.

Zwar wird dem mit der Behauptung widersprochen, diese Zufuhr könnte ihren Weg füglich über eine der Okerbrücken außerhalb der Stadt direct nach dem »Galgenkampe« nehmen. Allein zwischen hier und Schwülper ist die Oker nur noch bei Beltenhof überbrückt; die dortige Brücke aber stand, als Redner sie lezthin besichtigte, unter Wasser, und alle Ortskundigen, die er befragt, haben ihm bestätigt, daß die Passage dort neun Monat im Jahre nicht gangbar ist. So würde man denn mit Nothwendigkeit auf ein anderes Lieblingsproject Herrn Reuters, die Ueberbrückung

der Langen Tiefe auf der Masch angewiesen sein. Herr Reuter hat auch bereits einen Kostenanschlag aufstellen lassen, laut dessen eine solche Anlage für 67000 Mark zu beschaffen wäre. Das würde in der That keine unerschwingliche Aufwendung sein — wenn nur auch völlig gewiß, daß es damit wirklich gethan wäre. Allein vergegenwärtige man sich den Fall. Zunächst müßte die Amalienstraße mittels eines Durchbruchs über das Tollesche Grundstück bis auf die Schützenwiese verlängert werden. Der muthmaßliche Preis dieses Grundstücks ist merkwürdiger Weise bei gedachtem Anschlage überall nicht in Ansatz gebracht, denn nach ausdrücklicher Versicherung des Besitzers hat ihn bisher noch Niemand nach seiner eventuellen Forderung befragt. Aber gesetzt, der Kauf wäre perfect, dann müßte zweitens eine Chaussee vom Ende der verlängerten Amalienstraße bis zu dem beabsichtigten Uferübergange gebaut werden. Hier nun stößt man auf das unanfechtbare Eigenthumsrecht der Schützen-schafferei an der Schützenwiese, und Redner müßte sehr irren, wenn es nicht sehr schwer halten und große Opfer erheischen sollte, sich mit diesem Rechte abzufinden. Aber auch dies Hinderniß sei überwunden, und man stehe endlich vor dem Brückenbau selbst. Nach Herrn Reuters Project handelt es sich natürlich um keine einfache Kaufbrücke; ausdrücklich vielmehr wird darauf gerechnet, daß sie auch die Gleise der Zukunftsbahn hinüberführen kann. Was ein solcher Bau an dieser Stelle sagen will, hat sich bei Gelegenheit der vor einigen Jahren ausgeführten Uferbauten gezeigt: um in dem morastigen Flußbette überhaupt nur Grund zu finden, haben erst ganze Ladungen von Steinen versenkt werden müssen. Jenseits aber folgt dann eine weite Strecke feuchter Wiesengründe, über die eine Chaussee bis zur Hamburger Straße gelegt werden müßte. Und alles dies soll mit 67000 Mark zu bestreiten sein! Herr Reuter zwar behauptet, sein Anschlag sei nach den Ansätzen des Baukalenders und von einem Fachmann aufgestellt. Andere Sachverständige aber sind der Meinung, eine solche Anlage würde sich kaum für das Dreifache ins Werk richten lassen. Unter diesen Umständen wird es dem Redner nicht zu verdenken sein, wenn er seine bescheidenen Zweifel an der Richtigkeit jenes Anschlages nicht zu unterdrücken vermag; auf alle Fälle aber fühlt er sich gedrungen, an dieser Stelle zu wiederholen, was er bereits bei den Commissionsberatungen ausgesprochen hat: kennt Herr Reuter einen Techniker, der besagte Anlage für diesen Preis herzustellen weiß, dann möge er ihn nennen, und der Magistrat wird sich keinen Augenblick befassen dürfen, diesen Mann um jeden Preis für den städtischen Dienst zu gewinnen.

Dergestalt also steht es um den Viehtransport von Nordwesten her. Wie aber liegt die Sache hinsichtlich des durch das August- und Steinthor einkommenden? Dort hatte man es, wie gesagt, vorzugsweise mit Kleinvieh zu thun; hier, von Süden und Osten her, wird der Stadt meistens Großvieh zugeführt. Welche Unbequemlichkeiten und Gefahren für das Publicum damit verbunden sind, ist zur Genüge bekannt. Während dasselbe nun nach der Frankfurter Straße wiederum auf kürzestem Wege

und ohne die Stadt zu berühren über Eisenbüttel geführt werden könnte, müßte damit zum Galgenkampe vom Steinthor her durch die halbe, vom Augustthore durch die ganze Stadt gezogen werden. Diesem Uebelstande zu begegnen, war in dem ursprünglichen Projekte des Oberbauraths Scheffler eine Eisenbahnverbindung zwischen St. Leonhard und der Nordseite der Stadt ins Auge gefaßt, und ihre Kosten derzeit zu 178000 Mark veranschlagt. Ob diese Summe auch heute noch ausreichen würde, nachdem mittlerweile das in Betracht kommende Terrain soviel stärker bebaut ist als damals, und da natürlich auch da, wo es noch unbebaut geblieben, jetzt bei wirklich eingetretenem Bedürfniß ganz andere Preise würden zu zahlen sein, als wenn man auf die noch in der Ferne liegende Aussicht hin schon vor Jahren gekauft hätte -- das ist eine Frage, die man schwerlich wird bejahen wollen.

Wie dem aber auch sei: jedenfalls würde eine derartige Bahnanlage das Schlachthaus auf dem »Galgenkampe« kaum weniger vertheuern als jener Brückenbau. Und diese Erwägung dürfte um so weniger abzuweisen sein, als es an sich schon sehr fraglich, ob die Anlage des Schlachthauses auf dem »Galgenkampe« wirklich so gewiß die billigste sein wird, wie man unbedenklich annimmt. Denn wenn dort vorläufig auch 12 Morgen Areal zu verhältnißmäßig billigem Preise zur Verfügung stehen, so würde doch jede in Zukunft etwa nöthige Erweiterung nur mit desto größeren Opfern zu erreichen sein, da alle ringsher belegene Länderei zur Spargelcultur benutzt wird, die bekannter Maßen den Werth des Grund und Bodens erheblich steigert.

Redner will gleich hier noch bemerken, daß seines Erachtens ebenso fragwürdig wie die vermeintliche Billigkeit des empfohlenen Platzes noch ein anderer von dessen angeblichen Vorzügen ist. Wenn nämlich angeführt wird, der »Galgenkamp« sei nicht in dem Maße wie die in Frage gekommenen Grundstücke vor dem Wilhelmithore dem Rauch und Staube der Fabriken ausgesetzt, so kann er seines Theils nicht denken, daß Staubmassen, wie jeder Wind sie von der Hamburger Straße und den angrenzenden Sandfeldern aufwirbelt, für die Fleischproducte des Schlachthauses so viel weniger verderblich sein sollten als jene anderen Schädlichkeiten.

Aber, so lautet der dritte Einwand, wo sollte man vor dem Wilhelmithore mit den Abwässern des Schlachthauses bleiben? Redner bekennt sich zu der Ansicht, daß dieser Frage ein Gewicht beigelegt wird, das dem Sachverhalte nicht ganz entspricht. Allerdings, wenn das öffentliche Schlachthaus eine Cumulation aller mit Privatschlachtereien verknüpften Unzuträglichkeiten wäre, dann würde es eine Abdeckerei in Folio, sein rechter Platz möglichst weitab von menschlichen Wohnstätten in über Haide sein. Allein von solcher Beschaffenheit sind Anstalten der Art doch eben nicht. Redner hat Gelegenheit gehabt, das Stuttgarter Schlachthaus in Augenschein zu nehmen, und ist überrascht gewesen, wie wenig dieses der abschreckenden Vorstellung entsprach, mit der er herangetreten war. Namentlich im Punkte der Reinlichkeit.

Luftdicht verschlossene Wagen nehmen die Eingeweide und andere Abfälle zu sofortiger Abfuhr auf, von dem beim Schlachten fließenden Blute gelangt kein Tropfen in die Abzugskanäle, ein feuchter Fleck auf dem Boden ist eine halbe Stunde nach jeder Proceßur deren einziges Merkmal, von übeln Gerüchen nirgends die mindeste Spur. Allein das Blutwasser, sagt man, wohin damit? Dieses allerdings wird nach wie vor abfließen, aber in größerer Masse nicht von dem Schlachthause, sondern von den Geschäftsräumen der Fleischer; denn nur hier wird das Auswaschen des Fleisches besorgt, von dem es herrührt. Direct vom Schlachthause wird nur das bei den Reinigungen verwandte Spülwasser abfließen, dessen Gehalt an organischen Bestandtheilen man aber nicht nach seiner Färbung beurtheilen darf, da schon minimale Beimischungen von Blut genügen, um dem Wasser eine intensiv rothe Farbe mitzutheilen. Diese Rückstände in den Umflutgraben beim Wilhelmithore zu leiten, würde Redner daher für völlig unbedenklich halten. Glaubt aber Herzogliche Polizeidirection dies gleichwohl nicht zulassen zu dürfen, warum dann sträubt man sich gegen den Entschluß, einen Plattenkanal bis an die Oker unterhalb der Stadt anzulegen? Daß die Abwässer des Schlachthauses in diesem Canale selbst stagniren oder sich zersetzen könnten, ist bei einem Gefälle von 1:2000 kaum ernstlich zu befürchten. Wohl aber spricht für eine solche Anlage, ganz abgesehen vom Schlachthause, nicht weniger als alles. In welchen Zustand der Umflutgraben auf der Strecke zwischen dem Wilhelmi- und dem Petri- und Wendenthore gerathen ist, weiß der Magistrat und die Versammlung nur zu gut; wenn die Klagen darüber seit einiger Zeit scheinen zur Ruhe gekommen zu sein, so ist das jedenfalls nur eine zeitweilige Unterbrechung, und ohne Zweifel werden sie von neuem anheben, sobald nur beim Eintritt der heißen Jahreszeit die bekannten Gerüche sich wieder fühlbar machen. Mit einem Schlage dagegen wäre diesem Uebelstande durch den erwähnten Canal abgeholfen, und dem Schlachthause müßte derselbe dann nur um so besser zu statten kommen, als die Fabrikabwässer darin schwerlich eine Ratte würden aufkommen lassen.

Daß das Schlachthaus nothwendig mit einem Viehmarkte verbunden sein müßte, wird in der Petition der Petri- und Wendenthore-Districtsvereine ausdrücklich hervorgehoben, und der Magistrat ist ebenfalls dieser Ansicht. In der That auch, welche Wichtigkeit eine derartige Einrichtung gewinnen kann, bezeugt unter anderm jeder Jahresbericht der Schlachthausverwaltung in Stuttgart. In gedachter Petition zwar wird an einer anderen Stelle Gewicht auf den Umstand gelegt, daß das Vieh meist von den Schlachtern selbst in der Umgegend aufgekauft werde. Das mag vielleicht auch fernerhin so bleiben, allein das Interesse des Publikums sowohl als auch der hiesigen Fleischindustrie fordert eine Concurrenz der Producenten aus weiteren Kreisen, und dazu eben soll ein ständiger Viehmarkt Mittel und Gelegenheit bieten. Vorbedingung eines Viehmarktes aber ist eine bequeme Eisenbahnverbindung, die Erwartung, daß jener ohne diese sich entwickeln werde, völlig illusorisch. Vor dem Wil-

helmithore erbaut, würde das Schlachthaus die Eisenbahn so zu sagen vor der Thür haben; ob dagegen die vereinigten Privatinteressen der Schlachter und der im Norden der Stadt belegenen Fabriketablissemments stark genug sein würden, eine Zweigbahn nach dieser Seite ins Leben zu rufen, erscheint trotz allem was Herr Reuter für diese Aussicht anzuführen weiß, doch sehr problematisch. So müßte denn, falls der Viehmarkt demnächst als unerläßlich angesehen würde, auch dafür wohl oder übel die Stadt eintreten. Ist dazu nun die finanzielle Lage der Stadt wohl angethan? Die Perspective der der Stadt für die allernächste Zeit obliegenden sehr bedeutenden Ausgaben für Schulbauten, Straßenprojecte, Erwerbung des vormaligen Alexi-Pflegehauses, Bau eines Spritzenhauses u. ist keine ganz kurze; blickt man aber weiter hinaus, so drängt sich unabweislich die Verpflichtung heran, den unglücklichen Bewohnern jener durch eine gewissenlose Speculation hervorgerufenen Straßen der Außenstadt beizuspringen, deren Beschaffenheit allen Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege nicht minder als des öffentlichen Anstandes Hohn spricht. Angesichts dieser Verhältnisse die Stadt in die Nothwendigkeit versetzen, einen unverhältnißmäßigen Aufwand zu Behuf des Schlachthauses über sich nehmen zu müssen, einen Aufwand zumal, der sich durch eine anderweitige Wahl des Platzes vermindern ließe, das zu verantworten würde Redner jedenfalls Anderen überlassen.

Zum Schlusse verstellt Herr Krampe kurz noch einige Punkte von untergeordnetem Belang zur Erwägung. Zunächst den Umstand, daß das Schlachthaus auf dem »Galgenkampe« in nächste Nähe des Centralfriedhofes und des Kirchhofes der jüdischen Gemeinde gerückt sein würde. Von dem geräuschvollen und zum Theil wilden Treiben, welches eine derartige Anstalt mit sich bringt, würden an dieser Stelle sicherlich viele Leidtragende, und nicht bloß sentimentale Leute, vor allen aber unsere israelitischen Mitbürger, sich in hohem Grade peinlich berührt fühlen. Dazu dann ferner der Umstand, daß viele Rohmaterialien, welche der Betrieb des Schlachthauses erfordert, und namentlich die Kohlen, durch den weiten Transport vom Bahnhofe unfehlbar erheblich vertheuert werden müßten, daß bei solcher Entfernung vom Wasserwerke die Versorgung des Schlachthauses mit dem nöthigen Wasser ihre großen Schwierigkeiten haben und wahrscheinlich nur auf Kosten anderer Consumenten zu ermöglichen sein dürfte, wie dergleichen leidige Erfahrungen in Folge zu großer Ausdehnungen des Röhrennetzes an anderen Stellen bekanntlich schon vorliegen. Denn daß der Betrieb des Schlachthauses sich vorzugsweise auf die Nachtstunden beschränken sollte, wird schon deswegen kaum zu erwarten sein, weil dabei seine Kosten sich durch den Gasverbrauch unverhältnißmäßig steigern würden. Gegenüber der Berufung auf die Enge der Südstraße weist Redner darauf hin, daß diese nach Erschließung des Durchbruches über den Johannis Hof doch nicht der einzige Zugang sein wird, welcher vom Wilhelmithore her in die Stadt führt. Die Form des leßthin eingegangenen Protestes hiesiger Schlachter hat auch ihn unange-

nehm berührt; ihr, wie Herr Reuter will, überall keine Bedeutung beizulegen, kann er sich dessenungeachtet nicht entschließen. Ob der fragliche Zusatz erst nach den Unterschriften hinzugefügt ist, wird sich schwerlich mit voller Sicherheit feststellen lassen. Wäre dies aber der Fall, dann würde man es hier allerdings mit einer groben Fälschung zu thun haben, und einen solchen Vorwurf auszusprechen, will dem Redner immerhin doch einigermaßen bedenklich erscheinen.

Auf Grund aller dieser Erwägungen stellt Herr Krampe schließlich den Antrag: daß die Versammlung den Vorschlag des Magistrates aus sachlichen und ethischen Gründen ablehne, ihrerseits aber denselben erseuche, auf Erwerbung eines an der Eisenbahn belegenen, zur Erbauung des Schlachthauses geeigneten Terrains Bedacht nehmen und hierbei in erster Linie den in dem Magistratschreiben vom 28. Januar als »Gothesisches Grundstück« aufgeführten Ländereicomplex ins Auge fassen zu wollen.

Herr Wilke wendet sich zunächst gegen die Argumentation, zu welcher Herr Reuter das Zahlenverhältniß der Unterschriften jener widerstreitenden beiden Petitionen anwendet. Die 25, welche zuerst für Erbauung des Schlachthauses vor dem Wilhelmithore, dann für den Platz auf dem Galgenkampe gestimmt, haben damit einen so bedenklichen Mangel an selbständigem Urtheil verrathen, daß ihre Stimmenfüglich überhaupt nicht mitgezählt werden können. Hält man sich demnach aber lediglich an Die welche für ihre Meinung so oder so in bestimmter und correcter Weise eingetreten sind, so steht den 25 Anhängern des magistratsseitig empfohlenen Projectes die Opposition mit 35 Stimmen gegenüber. Auch den Thatsachen die Herr Reuter durch seine Punctirungen auf dem Stadtplane zur Anschauung gebracht hat, vermag Redner kein erhebliches Gewicht beizumessen: sie in den Vordergrund rücken, hieße einem Sonderinteresse ungebührliche Rücksicht angedeihen lassen, da es für die Gesamtheit der Stadt offenbar doch völlig gleichgültig, ob dieser oder jener Schlachter einige hundert Schritte weiter von dem künftigen Schlachthause entfernt wohnt oder nicht. Für die Stadt kann es nur darauf ankommen, daß derjenige Platz ermittelt werde, wo das Schlachthaus zweckmäßig und mit möglichst geringem Kostenaufwande herzustellen ist. Führt nun Herr Reuter gegen den Platz vor dem Wilhelmithore an, daß der hohe Stand des Grundwassers dort die Kelleranlagen erschweren und demnach vertheuern würde, so drängen sich die Fragen auf, erstlich, ob jener Uebelstand wirklich in dem vorausgesetzten Maße vorhanden, und sodann, ob Kelleranlagen für das Schlachthaus unbedingtes Erforderniß sind. Beides glaubt Redner verneinen zu müssen, letzteres, weil doch schwerlich anzunehmen, daß die geschlachteten Thiere im Schlachthause selbst für längere Zeit werden aufbewahrt werden. So stehen einander denn bei übrigens gleichen Verhältnissen die beiden Modalitäten gegenüber: vor dem Wendenthore ein Schlachthaus mit der Nothwendigkeit einer Zweigbahn und einer Brücke über die Lange Tiefse; vor dem Wilhelmithore ein Schlachthaus

mit der Nothwendigkeit einer Canalanlage. Letztere wird über kurz oder lang so wie so ausgeführt werden müssen. Trägt man des geringen Gefälles halber Bedenken, sie für das Schlachthaus nutzbar zu machen, so bietet sich die naheliegende Auskunft einer an geeigneter Stelle vorzurichtenden Pumpstation dar; werden dadurch die Kosten der Anlage und des Betriebes etwas erhöht, so steht dem die Aussicht auf beträchtliche Beiträge seitens der Regierung und der mitinteressirten Fabriken gegenüber. Hinsichtlich der Brücken- und Bahnanlagen dagegen, welche das Schlachthaus vor dem Wendenthor nach sich ziehen würde, theilt Redner all die Bedenken, welche vor ihm schon Herr Krampe entwickelt hat. Gerade diese Anlagen aber sind seiner Ueberzeugung nach der eigentliche Zielpunct der von den Angehörigen des Wendens- und Pettrithordistrictes ins Werk gesetzten Agitation, das Schlachthaus nur Vorwand und Mittel zum Zweck. Unter diesen Umständen würde er seinerseits für den Platz am Galgenkampe nur unter der Bedingung stimmen können, daß die Interessenten sich in bündigster Form anheischig machten, für die Kosten sowohl der Ringbahn als der Pferdebrücke aus eigenen Mitteln aufzukommen. Die Stadt wird für dergleichen immerhin vielleicht wünschenswerthe, einstweilen aber doch entbehrliche und zu umgehende Anlagen erst eintreten können, wenn sie künftig einmal in der Lage ist, allen anderen dringlicheren Bedürfnissen des Gemeinwohls gerecht geworden zu sein.

Im Allgemeinen auf die Motive der Vorlage Bezug nehmend, die der Magistrat nach reiflicher Ueberlegung als zutreffend erkannt und sich angeeignet hat, will Herr Stadtrath Rittmeyer sich begnügen, einige Einwendungen der Vorredner zu beleuchten. Auf die Ringbahn wird in dem Magistratschreiben nur insofern Rücksicht genommen, als selbige von den Gegnern des empfohlenen Projectes in die Discussion hereingezogen ist: ausdrücklich hat der Magistrat sich nur dahin ausgesprochen, daß eine Bahnverbindung, wenn solche überhaupt nöthig sein sollte, den obwaltenden Umständen nach am ehesten noch in der Richtung des Wendenthores Aussicht auf Verwirklichung hätte. Auch auf den Viehhof legt der Magistrat kein großes Gewicht, da solcher einen bedeutenden Viehmarkt voraussetzt, der sich in einer Stadt wie Braunschweig, bei mäßigem Eigenbedarf und ohne erheblichen Export, um so weniger improvisiren läßt, als in der Umgegend keine erhebliche Viehzucht betrieben wird, die vorhandenen Absatzwege derselben von langer Zeit her schon in der Weise geregelt ist, daß die hiesigen Schlachter ihren Bedarf von den Producenten hereinholen. Und in diesen Verhältnissen würde, entgegen den von Herrn Krampe angedeuteten Erwartungen, eine Bahnverbindung des Schlachthauses ebensowenig eine wesentliche Aenderung herbeiführen, wie dies die vortrefflichen Chaussees unseres Landes, ja die vorhandenen Eisenbahnen vermocht haben. Ganz unrichtig ist es, wenn man für diese Thatsache nur die Mangelhaftigkeit der für den Viehtransport auf unserm Bahnhofe getroffenen Einrichtungen verantwortlich machen will: Verladungsrampen sind dort vorhanden, und sieht man genauer zu, so ergiebt sich, daß die gegen deren Lage und Beschaffen-

heit erhobenen Vorwürfe zum größten Theile unbegründet sind. Man führt an, daß in Dresden das Schlachthaus in unmittelbarer Nähe der Bahn gelegen ist, daß das Mannheimer abgerissen und an ähnlicher Stelle neu aufgebaut werden soll. Ob dies aber um der Lage willen geschieht, und nicht vielmehr deshalb, weil sein bisheriger Umfang nicht mehr ausreicht, wie man aus diesem Grunde neuerdings denn auch in Cöln auf einen Neubau hat denken müssen, das würde doch erst zu ermitteln sein. In Cöln legt man auf die Bahnverbindung des Schlachthauses viel weniger Werth als auf die Nachbarschaft des Wassers. Und jedenfalls würde hier in Braunschweig die Gegend bei der Eisenbahn, in nächster Nähe der Hauptfabrikanlagen und der größten Kohlenniederlage hiesiger Stadt, die denkbar unzweckmäßigste Stelle für das Schlachthaus sein. Denn daß Rauch und Kohlenstaub hier in ganz anderm Maße als aus den fünf vom Galgenkampe ungleich weiter entfernten Fabriken vor dem Wendenthore aufsteigen, und daß Rauch und Kohlenstaub für frische Fleischwaaren viel verderblicher sind als aller Sand- und Chausseestaub, wird keinem Kundigen zweifelhaft sein können. Seineestheils ist Herr Stadtrath Rittmeyer überzeugt, daß jene Schädlichkeiten, wenn man es daraufhin wagte das Schlachthaus vor das Wilhelmithor zu legen, nach nicht allzulanger Zeit die Nothwendigkeit hereinführen würden, dasselbe wieder abzureißen und an anderer Stelle von neuem aufzuführen. Von einer Brücke über die Lange Tiefe steht in dem Magistratschreiben kein Wort, wie solche der Magistrat denn auch noch zur Zeit für entbehrlich hält. Gelangte aber diese Anlage demnächst einmal zur Ausführung, so würde es unstreitig doch grundfalsch sein zu sagen, sie komme nur den Insassen des Wendenthordistrictes zu statten. Natürlich wird für einen derartigen Beschluß das Interesse eines Districtes nie maßgebend sein dürfen; ebenso wenig aber werden die städtischen Behörden sich gegen eine im Gesamtinteresse wünschenswerthe Maßregel deswegen einnehmen lassen, weil diese oder jene einzelnen Kreise etwa größern Vortheil davon haben könnten als andere. Unanfechtbar dürfte ferner ebensowohl die Forderung sein, das Schlachthaus auf der Seite der Stadt zu bauen, von der das meiste Vieh eingeführt wird, wie der Nachweis, daß diese Bedingung auf der Nordseite der Stadt zutrifft, und daß wiederum auch das von hier eingebrachte Vieh dem größten Theile nach zum Schlachthause gelangen kann, ohne die Stadt zu berühren. Durch die Stadt brauchen eben nur die auf der Hildesheimer Straße herankommenden Transporte zu gehen, und dies ist ohne erhebliche Belästigung möglich, da ihr Weg durch eine Enge nur einmal, auf der Hagenbrücke, führt. Daß dagegen Viehtransporte von der Leipziger und Magdeburger Heerstraße ab zum Wilhelmithore bei dem Bahnübergange hinter Eisenbüttel mit mancherlei Gefahr verbunden seien, ist die übereinstimmende Meinung aller Sachverständigen. Ebenso steht fest, daß die Abwässer des Schlachthauses sehr erhebliche Blutbestandtheile enthalten; in den Umflutgraben geleitet, würden sie nach den Aussagen sowohl des Dr. Reck als auch der Professoren Otto und Knapp noch in viel höhern Grade

gesundheitsgefährlich wirken wie die Fabrikabwässer. So bliebe denn, wenn das Schlachthaus vor dem Wilhelmithore gebaut würde, nichts übrig, als sie mittels eines Canales in die Oker unterhalb der Stadt abzuführen. Auch dies aber halten die Sachverständigen bei dem geringen Gefälle, welches für solche Anlage zu Gebote stände, für höchst bedenklich, da an eine Spülung bei der Beschaffenheit des Wassers der Umfluthgräben und den theuren Preisen des Leitungswassers nicht zu denken wäre; und eben so unthunlich würde aus finanziellen Rücksichten die Aufstellung eines Pumpwerkes sein. Die Betrachtung endlich, zu der Herr Krampe sich in Hinblick auf die Nachbarschaft der Friedhöfe vor dem Wendenthore angeregt fühlt, mag an sich vielleicht nicht ganz unberechtigt sein; hinter den großen Interessen des Gemeinwesens aber muß eine persönliche Empfindsamkeit dieser Art wie in sehr vielen so auch in diesem Falle unbedingt zurücktreten. Und nur diese Interessen, das gesundheitliche der Stadt im allgemeinen und das wohlverstandene geschäftliche der theilhaftigen Gewerbetreibenden und des Publicums, sind für die Entscheidung des Magistrats maßgebend gewesen. Könnten diese Erwägungen beiseite gesetzt werden, so würde der Magistrat ebenso gern die Wahl eines Platzes vor dem Wilhelmithore gutheißen; eine aus irgend welchen anderen Gründen entspringende Vorliebe, auf welche Herr Krampe die Vorschläge des Magistrats zurückzuführen geneigt scheint, hat daran in Wahrheit nicht den mindesten Antheil.

Herr Winter erinnert daran, daß von den hiesigen Schlachtern unter andern auch ein Platz unterhalb des Streitberges in Vorschlag gebracht war. Da auf diesen Platz das Magistratsschreiben keinerlei Rücksicht nimmt, so muß er annehmen, daß seiner Wahl unübersteigliche Hindernisse entgegenstehen würden. Er beklagt dies um so mehr, als ihm eine Bahnverbindung, wie sie dahin von dem Rangirbahnhofe bei St. Leonhard aus mit größter Leichtigkeit herzustellen wäre, für das Schlachthaus höchst wünschenswerth, ja nothwendig erscheint, und dies dürfte seiner Meinung nach auch die Ansicht derjenigen Schlachter sein, die für den Galgenkamp in erster Linie in der That wohl nur deshalb gestimmt haben, weil dieser ihrer Wohnung am nächsten belegen ist. Auf die Eingabe der Gewerblichen Schutzgemeinschaft Bezug nehmend, präcisiert Redner eine der darin vorkommenden Ausführungen durch die Erklärung, daß der Ausdruck »sofortiger Fleischerport vom Schlachthause ab« nicht von bearbeiteter oder fabriquirter Waare, sondern von ganzen, halben oder gewiertheilten großen Kälbern zu verstehen sei, die von gewissen Schlachtern namentlich zur Sommerszeit in ansehnlichen Posten nach Berlin, Magdeburg, Leipzig und Dresden abgesetzt werden. Gegenüber der Annahme Herrn Reuters, als sei die per Bahn bewerkstelligte Einfuhr von Mastvieh von ganz untergeordnetem Belang, constatirt er, daß ansehnliche Mengen schwerer Fetteschweine namentlich von Hamburg'schen und Holstein'schen Viehhändlern hierher gebracht werden, und viele große Schweineschlachter ihren Bedarf nur noch auf diesem Wege beziehen, die Einkaufsfahrten über Land aber gänzlich auf-

gegeben haben. Daß bei vorsorglicher Einrichtung von Stallungen und Schuppen sich ein Viehmarkt in unmittelbarer Nähe des Schlachthauses entwickeln wird, bezweifelt Redner nicht; freilich aber müßten dann auch auf hiesigem Bahnhofe Aus- und Einladestellen von anderer Beschaffenheit als die jetzigen geschaffen werden, welche dergestalt inmitten von Schienensträngen liegen, daß es eine Quälerei ist, fettes Vieh darüber hinwegzubringen.

Herr Lucius. Ein offener Mangel aller bisherigen Verhandlungen ist der, daß sie sich zu ausschließlich auf dem Boden der Vergangenheit und der Gegenwart bewegen, nur nach den Thatfachen urtheilen, welche sind und waren, die Frage nach der künftigen Gestaltung der Dinge gar nicht oder doch zu wenig in Betracht ziehen. Als es sich vor einiger Zeit um die Aufhebung der Mahl- und Schlachtesteuer handelte, hat diese Maßregel wohl Jedermann in der Voraussetzung gebilligt, daß eine größere Zufuhr durch auswärtige Concurrenten der hiesigen Bäcker und Fleischer billigere Mehl- und Fleischpreise zuwege bringen würde. Diese Zuversicht hat sich bisher bekanntlich nur in sehr ungenügendem Maße erfüllt; aber darf man deswegen jede Hoffnung der Art ohne weiteres aufgeben? darf man sie namentlich in dem Augenblicke aufgeben, wo sich in dem Schlachthause die Handhabe zu einer Veranstaltung bietet, welche der Concurrenz fremder Fleischproducenten erst recht die Wege ebnet? Drängt sich nicht vielmehr nur um so unabweislicher die Nothigung heran, das Schlachthaus als Verkehrsanstalt nutzbar zu machen? Zwar bei den Praktikern stoßen jene Hoffnungen von vornherein auf starke Zweifel. Aber daß auch die Empirie einmal Unrecht behalten kann, beweist das Beispiel der Eisenbahnen. Als vor vierzig Jahren die Frage auftauchte, ob eine Bahnverbindung zwischen hier und Wolfenbüttel rentabel sein würde, stellten die Empiriker sich an das Augustthor und zählten die Passanten; da sich im Laufe des Tages nur 35 Passanten und 3 Botenfrauen einstellten, die nach Wolfenbüttel gingen, war natürlich sonnenklar, daß die Frage verneint werden mußte. Bekanntlich aber hat die Erfahrung hinterher diese Methode der Ermittlung einigermaßen in Mißcredit gebracht. Wir lächeln über solches Verfahren; aber machen wir es in dem hier vorliegenden Falle anders und besser? Auch diesmal legt man sich aufs Auszählen: hier das meiste Vieh, hierher also gehört das Schlachthaus; so und so viel Stück wurden bisher in unsere Stadt mittels der Bahn eingeführt, also kann eine Bahnverbindung zum Schlachthause unmöglich auf ihre Kosten kommen. So leicht aber kann die Frage doch keinesfalls entschieden werden, und Redner seines Theils ist überzeugt, daß bei genauerer Erwägung aller in Betracht kommenden Momente ganz andere Wahrscheinlichkeiten sich herausstellen werden. Verabsäumt ist nämlich bei allen bisherigen Betrachtungen ein näheres Eingehen auf die Export- und Importverhältnisse: hätte man diese genügend ins Auge gefaßt, so würde man entdeckt haben, daß nicht alles was dafür gilt, in Wirklichkeit nothwendiges und unabänderliches Ergebniß der natürlichen Bedingungen ist. Thatsache

ist nämlich einmal, daß wir mehr Groß- und Kleinvieh produciren als wir selber brauchen, den Ueberschuß also exportiren; eingeführt werden hier in der Regel nur fette Schweine. Auf was für Transportmittel aber sehen wir zunächst diesen Import angewiesen? Seine Hauptverkehrsstellen hat er im Amte Meinersen: dort werden alljährlich große Massen fetter Schweine aufgekauft und von den Käufern an bestimmten Bahnstationen abgeliefert, um dann von Fuhrleuten, die ein Gewerbe daraus machen, per Achse weiter nach Braunschweig gebracht zu werden. Nur hieraus, nicht etwa aus der Belegenheit der Productionsgebiete, erklärt sich, daß das meiste Vieh von Norden hereinkommt. Wie aber hat diese primitive, für das Vieh qualvolle, für die Schlächter in jeder Hinsicht unbequeme und unvortheilhafte Transportweise sich bis auf den heutigen Tag behaupten können? warum ziehen die Interessenten nicht vor, das Vieh auf dem natürlichsten Wege, direct mit der Bahn, nach Braunschweig zu befördern? Die richtige Antwort hierauf lautet: weil die für solche Zwecke auf dem hiesigen Bahnhofe getroffenen Vorkehrungen unglaublich mangelhaft, mangelhafter als irgendwo in Deutschland sind, die Expedition ungeheuer langweilig, die Verladungsrampe von solcher Lage und Beschaffenheit, daß das Vieh nur mit Lebensgefahr hinübergebracht werden kann. Versehe man das Schlachthaus mit einer Bahnverbindung die dem Bedürfnis entspricht, und jener Achsentransport wird aufhören, der Eingangsverkehr an den einzelnen Thoren ganz andere Zahlen ausweisen als bisher. Diese Ueberzeugung spricht denn auch aus allen Petitionen und Resolutionen zu Gunsten eines Platzes vor dem Wilhelmithore. Wenn dabei leidenschaftliche Aeußerungen gegen Herrn Reuter gefallen sind, so war das gewiß bedauerlich und ungerecht, da Herr Reuter für den Galgenkamp ohne allen Zweifel nicht im Interesse des Wendenthor-Districtes, sondern lediglich aus sachlichen Erwägungen eingetreten ist. Daß er in dieser Sache aber die Meinung des überwiegenden Theils der hiesigen Einwohnerschaft gegen sich hat, darf nach allem was vorliegt ebenfalls als sicher angenommen werden. Dies die eine Seite der Betrachtung. Gleich wichtig aber wie der Import von Fleisch ist für unsere Stadt auch der Export, und auch dieser würde durch die in Frage stehende Bahnverbindung voraussichtlich einen bedeutenden Aufschwung nehmen. Seiner centralen Lage nach ist Braunschweig in vorzüglicher Weise geeignet, ein Sammelplatz des in näherem und weiterem Umkreise gezüchteten Rindviehes zu werden, welches in großen Massen nach Westfalen und den Rheinlanden ausgeführt wird. Wie kommt es nun, daß die Händler auch das in der nächsten Umgebung aufgekaufte Vieh bisher lieber nach Hannover bringen und dort Käufer erwarten? Sicherlich doch nur daher, daß sie dort diejenigen Einrichtungen vorfinden, welche zur Ansammlung größerer Viehmengen erforderlich sind, hier aber noch fehlen. Eine Schlachthaus mit Viehhof und bequemer Bahnverbindung würde diese Industrie unfehlbar nach unserer Stadt ziehen. Einst war Braunschweig ein ansehnliches Handelsemporium, Hannover nichts als eine kleine Residenz.

Daß wir von unseren Nachbarn jetzt auch in merkantiler Hinsicht weit überflügelt sind, hat lediglich der Unverstand und die Kurzsichtigkeit unserer früheren Eisenbahnpolitik verschuldet. Jetzt bietet sich eine Gelegenheit, wenigstens etwas von dem wieder zu gewinnen, was wir uns haben aus den Händen winden lassen. Sorgen wir also, daß wir diese Gelegenheit nicht abermals durch allzuängstliches Abwägen versäumen. Der Kostenpunkt kann und darf so schwerwiegenden Interessen gegenüber keinesfalls entscheiden: wollte man aus übel angebrachter Sparsamkeit unterlassen, was sich in diesem Falle so unverkennbar als nützlich und nothwendig darstellt, so würden unfehlbar nach kurzer Zeit Nachtheile fühlbar werden, die nur eine Quelle bitterer Reue sein könnten. Alles andere aber was gegen die Anlage vor dem Wilhelmithore anggeführt wird, ist von untergeordneter Bedeutung. Auch die vermeintlichen Schwierigkeiten einer rationellen Beseitigung der Abflüsse des Schlachtehauses. Denn einen Canal vom Wilhelmi- und Hohenthore zur Oker unterhalb der Stadt müssen wir unter allen Umständen haben. Daß die Fabriken dort den Umslutgraben nun schon Jahre lang haben vergiften dürfen, ohne daß die Behörden sich ernstlich dagegen gerührt, ist unverzeihlich; wollen die beteiligten Industriellen sich zu hinlänglichen Beisteuern für jenes einzig mögliche Abhilfsmittel freiwillig nicht herbeilassen, so wird man sie im Wege des Processus dazu zwingen können. Wenn man dieser Forderung aber die ungünstigen Gefällverhältnisse des fraglichen Tractus entgegenhält, so schlägt diesen Einwand schon der Bericht des Ingenieurs Mitgau, der den fraglichen Canal geradezu in Vorschlag gebracht hat. Nach dem allen könnte Redner sich für den Plaz am Galgenkampe nur unter der Voraussetzung erklären, daß dort neben dem Schlachtehause zugleich ein Viehhof mit Bahnverbindung hergestellt würde; andernfalls wird er für den Krampeschen Antrag stimmen müssen. Seinestheils beantragt er schließlich mündliche Abstimmung.

Zur Canalfrage bemerkt Herr Reck: Allerdings handelt es sich dabei gar nicht um die Abführung der Excremente oder anderer fester Abfälle, und auch vom Blute werden nur verhältnißmäßig sehr geringe Theile in das Spülwasser gelangen. Wenn aber einerseits nicht viel dazu gehört, um selbiges roth zu färben, so genügt andererseits auch diese minimale Beimischung, um Luft und Boden zu verpesten. Sie in den Umslutgraben abzuführen, wird daher unter keiner Bedingung zulässig sein. Und ebensowenig wird man sie mittels eines Canals von so schwachem Gefälle ableiten dürfen, wie es zwischen dem Wilhelmithore und der Langen Tiefe zu ermöglichen wäre, da in solchen immerhin doch auch Luft genug eintreten würde, um organische Stoffe zur Zersetzung und Fäulniß zu bringen, zumal wenn sie sich noch mit den fast immer in hoher Temperatur ausströmenden Fabrikabwässern verbinden sollten. Diejenigen Bedingungen, auf welche man aus gesundheitlichen Rücksichten für die fragliche Anlage bestehen muß, sieht auch Redner nur im Norden der Stadt gegeben.

Eine Zweigbahn zur Nordseite der Stadt hält nicht minder wie Herr Lucius auch Herr Pini für sehr wünschenswerth, und zwar nicht nur und nicht einmal in erster Linie im Interesse des Schlachthauses, sondern weit mehr noch mit Rücksicht auf die künftige Vergrößerung der Stadt; wie denn Niemand verkennen werde, daß es gerade in diesem Betracht von allergrößtem Vortheil gewesen wäre, wenn wir eine Ringbahn schon seit zehn Jahren besessen hätten. Daß solche Anlage eine finanzielle Unmöglichkeit, vermag Redner nicht anzuerkennen: würde sie doch aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Zeit noch manche andere industrielle Etablissements anlocken und so eine angemessene Rente gleichsam von selbst mit sich bringen. Der Berichtigung scheinen ihm die über die Beschaffenheit der Verladungsrampe auf hiesigem Bahnhofe umgehenden Anschauungen zu bedürfen. Von Anfang an liegt diese an ihrer jetzigen Stelle vor dem Locomotivschuppen. Allerdings ist sie vorzugsweise zur Verladung von Fuhrwerk, weniger für den Viehtransport angelegt; der Schienenstränge aber, welche man zu überschreiten hat, um dahin zu gelangen, sind nur drei, und zwar sind es die, welche eben in den Locomotivschuppen führen: Züge bewegen sich darauf überhaupt nicht her- und hin, und so lange die Rampe gebraucht wird, kann ihre Benutzung leicht völlig ausgefakt werden. Wenn die betreffenden Verhältnisse in der That so unerträglich wären wie namentlich Herr Lucius es darstellt, so würde die Bahnverwaltung davon durch unmittelbare Eingaben oder durch die öffentlichen Blätter ohne Zweifel längst verständigt sein und Abhilfe geschafft haben.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt zunächst, daß er den eingegangenen Petitionen in Anbetracht der Motive aus denen sie hervorgegangen und der Art und Weise wie sie zu Stande gebracht sind, überhaupt keinen Werth beizulegen vermag. Für die eigentlichen Macher ist, wie immer bei solcher Gelegenheit, nicht das Allgemeine sondern ihr Privatinteresse maßgebend gewesen; daß aber sehr viele von den Unterzeichnern über das eigentliche Ziel der Agitationen mehr oder weniger im Unklaren sind und ihre Namen lediglich auf freundschaftliches Zureden oder weil so und soviel Ihresgleichen es vor ihnen gethan, dazu hergeliehen haben, beweisen zur Genüge jene zahlreichen Fälle, in denen die nämlichen Unterschriften sich unter zwei einander widersprechenden Eingaben gefunden haben, die früheren zu Gunsten der späteren ausdrücklich widerrufen wurden. Wenn es immerhin aber natürlich ist, daß eine Frage wie die hier vorliegende einen Wettstreit der Districte anregt, so können die städtischen Behörden sich von den hüben und drüben bewegenden Interessen natürlich ebenso wenig leiten lassen, wie die Stadt im Stande ist, statt eines etwa drei oder vier Schlachthäuser an verschiedenen Stellen zu bauen. Sehr viel dagegen giebt der Magistrat auf das Urtheil sachverständiger Gewerbetreibenden, und aus diesem Grunde wurde denn auch die Veranstaltung getroffen, solche bei den Commissionsverhandlungen zuzuziehen. Leider nur nicht mit dem gewünschten Erfolge. Nicht bei der Maßfrage sollten sie zu Rathe gezogen werden, weil vorauszusehen war, daß hierbei vorzugsweise und

ganz unvermeidlich persönliche Interessen ins Spiel kommen mußten; ihre Aufgabe war vielmehr, die für oder wider das Schlachthaus sprechenden Gründe prüfen und demnächst die Erfordernisse zweckmäßiger Einrichtung eines solchen berathen zu helfen. Ausdrücklich wurden daher die Vorsteher der Knochenhauerinnung ersucht, bei der Wahl ihrer Deputirten nicht nur die Gegner des Projectes, sondern auch Solche zu berücksichtigen die dasselbe billigten. Wie dies Experiment abgelaufen ist, hat bereits im Commissionsberichte Erwähnung gefunden. Erklärt und rechtfertigt diese Erfahrung zur Genüge, daß der Magistrat demnächst nach eigener Wahl andere Vertreter des Schlachtegewerbes herangezogen hat, so kann sie auch den Zweifel an der Fähigkeit der Interessenten, mit Hintansetzung persönlicher Wünsche lediglich das allgemeine Beste zur Richtschnur zu nehmen, nur noch bestärken. Soweit es sich nun um die Wahl eines Platzes für das künftige Schlachthaus handelt, drängen sich zwei Fragen auf, die sanitätische und die gewerbliche. Jene anlangend bezieht der Herr Oberbürgermeister sich auf die Darlegung Herrn Reck's, aus der hervorgeht, daß an eine Abführung der flüssigen Rückstände des Schlachthauses in den Umflutgraben nicht zu denken ist. Der Canal aber, welchen man desfalls in Aussicht nimmt, ist noch nicht da, die Frage, ob, wann und wie er hergestellt werden kann, sobald nicht zu entscheiden, und angesichts der Thatsache, daß Anträge auf neue Einrichtungen zum Kostenbelaufe von 5—6 Millionen Mark vorliegen, dürfte es sicherlich doch wohlgethan sein, bei Erwägung dieser Frage nicht sowohl die Möglichkeiten der Zukunft als die Forderungen der Gegenwart ins Auge zu fassen. Wie jetzt die Dinge liegen, wird man also zu dem Schlusse kommen müssen, daß das Schlachthaus nicht vor dem Wilhelmi- oder dem Hohenthore erbaut werden kann. Dazu dann noch der Umstand, daß ein derartiges Etablissement eine Umgebung mit möglichst reiner Luft erfordert. Daß die Gegend im Westen der Stadt dieser Forderung nicht entspricht, wird trotz allem was dagegen eingewandt wird, ebenso wenig zu bestreiten sein, wie die Thatsache, daß den dort herrschenden Uebelständen die Nordseite gar nicht oder doch nur in verschwindend geringem Maße unterworfen ist. Ob deren Gegner aus eigenen Mitteln ein zweites Schlachthaus an anderer Stelle bauen werden, bleibt abzuwarten; gewiß aber ist, daß eben jene Schädlichkeiten die Stadt dazu nöthigen würden, wenn man sich bestimmen ließe, das städtische Schlachthaus jetzt vor das Wilhelmithor zu verlegen. Sprechen sonach alle gesundheitlichen Rücksichten für den Platz vor dem Wendenthore, so kann hiergegen auch das was insbesondere Herr Lucius aus dem Gesichtspuncte der gewerblichen Interessen ausgeführt hat, so scheinbar es sein mag, bei genauerer Betrachtung doch nicht aufkommen. Daß ein Viehhof allein keinen großen Viehhandel hervorrufen kann, ist die übereinstimmende Meinung aller Sachverständigen. Immerhin mag man also einverstanden sein, daß Vorbereitungen getroffen werden, um nöthigenfalls eine solche Anlage herrichten zu können, und daß zu dem Ende der Ankauf nicht

auf 12 Morgen beschränkt werde. Mit der Ausführung aber wird vernünftiger Weise zu warten sein, bis das Bedürfniß sich wirklich herausstellt. Wollte man auf alles was vielleicht in Zukunft einmal das allgemeine Interesse erfordern könnte, von vornherein bestehen, so würde der Magistrat wiederum die Frage entgegenhalten müssen: woher das Geld nehmen? Allerdings, ein gewisses Risiko darf man bei Bemessung öffentlicher Einrichtungen nicht scheuen, und auch der Magistrat würde eventuell keineswegs abgeneigt sein, in einen Beitrag zu den Kosten der gewünschten Bahnanlage zu willigen. Nicht eher jedoch, als bis die Nothwendigkeit einer solchen überzeugender nachgewiesen ist als dies bisher geschehen: müßte eine unnütze Bahnanlage natürlich doch auch die Betriebskosten des Schlachthauses erhöhen und somit zum Schaden des Publicums auf die Fleischpreise zurückfallen. Seinerseits also wird der Magistrat vorläufig nur den nächstliegenden Zweck ins Auge fassen: eine Fleischcontrolle zu schaffen, wie sie nach Aufhebung der Thoraccise unerläßlich geworden ist. Dazu genügt das vorliegende Project, und aus diesem Gesichtspunkte, unter Berücksichtigung der vorhin berührten Bedingungen seiner Ausführbarkeit, bittet Redner auch die Versammlung, dasselbe beurtheilen zu wollen.

Gegenüber einem Antrage auf Schluß der Debatte

trägt Herr Steinau darauf an, die fernere Discussion wegen Erschöpfung der Versammlung und da mit dem Bau des Schlachthauses bei dem herrschenden Frostwetter doch nicht begonnen werden kann, nochmals zu vertagen.

Dieser Antrag findet Unterstützung, wird dann aber von der Mehrheit der Versammlung abgelehnt, der Schlußantrag dagegen angenommen,

wonach denn nur noch zwei Redner und der Herr Referent zum Worte zugelassen sind.

Herr Krampe beleuchtet einige der gegen seine früheren Ausführungen erhobenen Einwände. Daß man in Köln und Düsseldorf die Schlachthäuser nicht an der Bahn erbaut hat, ergiebt für ihn noch keinen Beweis, daß solche Lage bei den besonderen Verhältnissen Braunschweigs nicht dazu beitragen könnte, hier einen lebhafteren Viehmarkt hervorzurufen. Ebenso beharrt er bei der Ueberzeugung, daß gesundheitswidrige Abflüsse aus dem Schlachthause durch angemessene Vorkehrungen verhütet werden können und müssen. Wäre die von den Rückständen drohende Gefahr wirklich so groß wie von der andern Seite behauptet wird, dann müßte man mit Rücksicht auf die flußabwärts belegenen Ortschaften billigerweise auch Bedenken tragen, sie in die Oker unterhalb der Stadt zu leiten. Daß der Zustand des Umflutgrabens zwischen dem Wilhelmi- und dem Petriithore Abhilfe erheischt, daß man damit nicht warten darf, bis das große Canalisationsproject zur Ausführung gebracht wird, und daß diesem Bedürfniß am leichtesten mittels des für das Schlachthaus

erforderlichen Canals zu genügen wäre: diese Erwägung erhält Redner, nach wie vor aufrecht. Was dann der Herr Overbürgermeister über die Bedeutungslosigkeit der vorliegenden oppositionellen Petitionen bemerkt hat, das würde, falls es richtig wäre, in erster Linie doch die der Petri- und Wendenthors-Districtvereine treffen. Wenn endlich Herr Pini das Schlachtehaus zwar mit einer Bahnverbindung ausgestattet sehen möchte, den Platz vor dem Wendenthore aber deswegen für geeigneter hält, weil im Osten und Norden der Stadt noch Platz für neue Fabrikanlagen, die, wie er hofft und worin er den Hauptvorthiel einer Ringbahn sieht, längs dieser entstehen werden, so glaubt Herr Krampe darauf hinweisen zu müssen, daß es einmal auch vor dem Wilhelmithore, die Hauptbahn entlang, an Raum für dergleichen Etablissements noch langehin nicht mangeln wird, daß sodann aber auch von anderer Seite grade die Nähe von Fabriken als eins von denjenigen Momenten angeführt wird, welche gegen den Platz vor dem Wilhelmithore sprechen. Schließlich prophezeit Redner, daß ein Schlachtehaus vor dem Wendenthore sich sehr bald als ein Schmerzenskind der Stadt herausstellen werde, gegen dessen Pathenschaft er sich damit ausdrücklich verwahren wolle.

Herr Lucius constatirt, daß der Herr Overbürgermeister sich bei seinen Ausführungen wesentlich auf dem gesundheitspolizeilichen Standpunkte gehalten, den gewerblichen dagegen nur flüchtig berührt hat. Seinerseits weist er nochmals auf die Thatsache hin, daß in Folge der mangelhaften Verkehrseinrichtungen in unserer Stadt der Viehimport hieher per Achse erfolgt, der Export Braunschweig umgeht. Diesem unnatürlichen Zustande kann nur ein Ende gemacht werden, indem man eben jene Einrichtungen in der vom ihm angedeuteten Weise verbessert. Die finanziellen Bedenken, welche man hiergegen erhebt, vermag er nicht anzuerkennen, da für eine Einrichtung von so unermessliche Folgeschwere die erforderlichen Geldmittel unter allen Umständen gefunden werden müssen.

Herr Reuter sieht sich durch die vorgerückte Zeit genöthigt, auf eine Beurtheilung der von der Gegenseite vorgebrachten Gründe zu verzichten, zumal er sich etwas ausführlicher noch über die Behandlung des Fleisches nach dem Schlachten äußern müsse. Das Wurst-Exportgeschäft bringt es allerdings mit sich, daß mit dem Schlachten der Schweine bereits gegen Morgen begonnen wird. Nachdem die geschlachteten Schweine von allem Schmutz gereinigt sind, müssen sie baldigst nach der Behausung der Schlachter geschafft und weiter verarbeitet werden; die frische Wurst wird erst am folgenden Tage fertig und geht dann mit der Eisenbahn fort, in großen Mengen namentlich nach Berlin. Ganz anders verhält es sich mit dem Rind- und Kleinvieh. Dieses muß, nachdem Haut und Eingeweide entfernt sind, längere Zeit — in München sind dafür 48 Stunden vorgeschrieben — der Luft ausgesetzt werden: jede Hausfrau weiß, daß frisch geschlachtetes Fleisch ungenießbar ist; Geflügel, Wild u. hängt man

Tage, im Winter Wochen lang an die Luft, bevor es verwandt wird. Eben deswegen werden denn auch die Schlachthallen verhältnißmäßig hoch gebaut und unten mit zwei Reihen Saloufie-Fenstern versehen. In dem von einigen Herren so dringend empfohlenen Fabrikviertel ist dies nun aber unmöglich, wovon die dort wohnenden Hausfrauen zu sagen wissen. Die zugezogenen Gewerbetreibenden haben selbst erklärt, daß frisch geschlachtetes Fleisch namentlich gegen Kohlenstaub noch empfindlicher ist als frisch gewaschene Wäsche, und daß es kein Mittel giebt, davon befallenes Fleisch wieder zu reinigen. Wie sorgfältig das Fleisch behandelt werden muß, geht daraus hervor, daß man in vielen Städten hermetisch verschlossene Wagen zu dessen Transport verwendet. Aus dem Allen erhellt, daß das s. g. Fabrikviertel sich zur Erbauung eines Schlachthauses nicht eignet. Daß die Thiere vom Norden oft in unbarmherziger Weise auf Pferdefuhrwerken hereingebracht werden, daran trägt nicht die Mangelhaftigkeit der Rampen auf dem Bahnhofe, sondern lediglich der Mangel einer Eisenbahnverbindung der betreffenden Ortschaften die Schuld. Unbegründet sind die Zweifel an der Richtigkeit der Zahlenangaben über die in die einzelnen Thore eingeführten Thiere und an der Unzulänglichkeit des Gefälles eines eventuell westlich um die Stadt zu führenden Canals: jene gründen sich auf die officiellen Angaben der herzoglichen Behörden, diese ist durch sorgfältige Nivellements ermittelt. Wenn von anderer Seite vorgeschlagen ist, dies Gefälle durch eine Pumpstation zu verbessern, so ist hiergegen einzuwenden, daß ein solches in der Anlage und beim Betriebe gleich kostspielige Werk allerdings in Städten von so colossaler Ausdehnung wie London am Platze ist, daß aber jeder Techniker den Kopf dazu schütteln würde, wenn man dergleichen lediglich des Schlachthauses wegen hier nachahmen wollte. Wenn die Art und Weise, wie man seiner Zeit — nach der Mittheilung Herrn Lucius' — der Frequenz unserer Bahnen ein Prognosticon gestellt hat, zu unrichtigen Resultaten führen mußte, so ist damit noch nichts gegen die Zuverlässigkeit der für den vorliegenden Fall angestellten Ermittlungen bewiesen. Denn einmal hat unsere Bahn sich zeitweilig eines, jetzt leider längst wieder verschwundenen Weltverkehrs zu erfreuen gehabt, welchen natürlich Niemand vorhersehen konnte, und sodann handelt es sich bei der Bahnverbindung zu einem Schlachthause für die Stadt Braunschweig eben gar nicht um Zukunftsrechnungen, sondern Vergangenheit und Gegenwart liefern dafür unumstößliche Anhaltspunkte. Seit den letzten 10 Jahren ist genau nach Verhältniß der steigenden Einwohnerzahl ein Mehrverbrauch von durchschnittlich 1000 Stück Schlachtvieh eingetreten, und einen größeren Consum wird auch die fragliche Verbindungsbahn herbeizuführen nicht im Stande sein. Auf die von Herrn Winter ergangene Anfrage wegen des Platzes bei St. Leonhard erwidert Redner, daß dieser Platz deshalb nicht weiter berücksichtigt werden konnte, weil von dort ab die Entwässerung nur mit den allergrößten Schwierigkeiten und Kosten zu ermöglichen wäre. Die von den Herren Wilke und Krampe in die Discussion gezogenen Eventualitäten einer Pier-

brücke nach der Masch, einer Gürtelbahn und einer Canalisirung außerhalb des westlichen Umfluthgrabens haben mit der Schlachtehausfrage an sich nichts zu thun. Jedenfalls aber würde doch hinsichtlich der Brückenanlage entschieden größeres Gewicht auf die von Technikern mit Zahlen nachgewiesenen Kostenanschläge gelegt werden müssen, als auf Annahmen, wie Herr Krampe sie — ohne Zweifel in gutem Glauben, immerhin aber nur mit oberflächlichem Griffe — zu Tage gefördert hat. Um die Herstellung dieser Brücke ist übrigens schon seit 1875, lange bevor man daran gedacht das öffentliche Schlachtehaus vor dem Wendenthore zu erbauen, petitionirt worden, und auf die Dauer wird die Stadt, mit Beihilfe der Regierung, sich diesem Verlangen nicht entziehen können. Für eine Gürtel- oder Ringbahn wird man wohl den moralischen Einfluß der Stadt, nicht aber deren finanzielle Kräfte in Anspruch nehmen dürfen. Hinsichtlich der Canalisation der Westseite der Stadt sind die Bewohner der nördlichen Districte nicht nur mit den zum Ausdruck gelangten Wünschen, auch ganz abgesehen wiederum vom Schlachtehause, völlig einverstanden, sondern noch weitergehend verlangen sie eine Canalisation für alle Theile der Stadt. Denn wenn öffentlich allerdings am meisten über den nur mit Willenbauten umgebenen westlichen Umfluthgraben geklagt wird, so sind doch die Wasserzüge innerhalb der Stadt, so beispielsweise der frühere Burgmühlen-Graben, an welchem auf der Hagenbrücke, dem Nickelnkuff und dem Werder 2500 Menschen dicht zusammen gedrängt wohnen, notorisch noch viel stärker verunreinigt. Daß eine lediglich für ein Schlachtehaus bestimmte Zweigbahn lebensfähig sei, wird man trotz der aufgestellten sanguinischen Behauptungen so lange entschieden bezweifeln müssen, bis erwiesen ist, daß eine Bahn, auf welcher wöchentlich höchstens 4 Wagen her- und hingehen, bestehen könne. Es wird behauptet, ohne Kelleranlagen sei der Bau eines Schlachtehauses vor dem Wilhelmithore eben so billig wie vor dem Wendenthore herzustellen. Allein grade über die Kelleranlagen ist die Commission noch keineswegs schlüssig, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird man sich für solche Anlagen in Verbindung mit einem Eiskeller entscheiden müssen. Ferner wird gesagt, auf etwas mehr oder weniger Entfernung des Schlachtehauses von den Wohnungen der einzelnen Schlachter komme es nicht an. Dem aber steht entgegen, daß in den vorliegenden Gesuchen offenbar grade diese Entfernung den Ausschlag für oder wider gegeben hat. Wie viel Unterschriften man der Süd- oder der Nordseite gutschreiben will, ist nach den vorgelegten detaillirten Nachweisungen über die Lage der Wohnungen und der in Betracht gezogenen Baupläne ohne Bedeutung. Fest steht danach, daß nicht nur die meisten der betreffenden Gewerbetreibenden, sondern darunter auch die bedeutendsten ein Interesse daran haben, daß das Schlachtehaus vor dem Wendenthore erbaut werde; und dies Ergebniß läßt sich mit bloßen Behauptungen nicht wegstreiten. Herr Krampe hat sich sehr ausführlich über die Differenzen ausgelassen, welche in den Gesuchen einerseits der Wilhelmi- und Hohethor-, andererseits der Wenden- und Petritthor-Districts-

vereine hervortreten. Das aber sind sämmtlich Meinungsverschiedenheiten, welche diese Vereine unter sich auszumachen haben; vor diese Versammlung gehören sie nicht. Und das wenigstens verdient hervorgehoben zu werden, daß die letztgenannten beiden Vereine erst dann mit einem Gesuche an die städtischen Behörden herantreten sind, nachdem die Gewerbliche Schutzgemeinschaft, der Bürgerverein und die Wilhelmi- und Hohethor-Districtsvereine mit ihren Gesuchen vorangegangen waren. Herr Krampe schiebt sodann die Person des Referenten in den Vordergrund, indem er von dessen ferneren Plänen spricht und die Behauptung aufstellt, er, Referent, habe nur solche Baupläge besichtigen lassen, welche unfehlbar zur Wahl des Galgenkampfes führen mußten, andere günstigere aber nicht. In Wahrheit hat die Thätigkeit des Referenten in dieser Beziehung sich lediglich darauf erstreckt, daß er, nachdem man die bis dahin für passend gehaltenen Plätze an Ort und Stelle in Augenschein zu nehmen beschloß, einen Feuerwehrrwagen requirirt und die Commissionsmitglieder überall dahin hat fahren lassen wohin sie wollten. Das ist geschehen am 3. Mai 1876, zu einer Zeit also, wo wirklich noch Niemand ahnen konnte, daß Herr Krampe im November desselben Jahres einen andern Bauplag in Vorschlag bringen würde. Wenn selbst der Name »Galgenkampf«, wie es fast den Anschein hat, zu Bedenken Veranlassung giebt, so darf man dieserhalb sich vollständig beruhigen, denn diese in dem gedruckten Berichte des Magistrats angewandte Bezeichnung beruht lediglich auf einem Irrthum, indem jene Länderei in Wirklichkeit den ansprechenden Namen »Unter den Tuchmacher-Reben« trägt. Herr Krampe hat dann versucht, den von der Enge des Eingangs am Wilhelmi-thore hergenommenen Einwurf zu entkräften. Jeder indeß, der die Beschaffenheit der lebhaften Passage von der Brücke am Gieseler bis durch die Südstraße kennt, wird einräumen müssen, daß dieselbe eine Steigerung des Verkehrs, wie sie dort nach Errichtung des Schlachthauses vor dem Wilhelmi-thore eintreten würde, ohne Unzuträglichkeiten der schlimmsten Art nicht mehr ertragen könnte. — Bausteine, Platten, Kohlen, alles soll vor dem Wendenthore, ganz abgesehen davon, woher diese Gegenstände bezogen werden, theurer als an andrer Stelle sein. Den Beweis dafür bleibt man freilich schuldig. Ja, das erforderliche Wasser soll nicht dorthin zu schaffen sein, obgleich notorisch unter den gegenwärtigen Verhältnissen vor das Wendenthor das meiste Wasser geliefert werden kann, und der Wasserbedarf des Schlachthauses gegenüber dem Gesamtverbrauche keineswegs von irgend erheblicher Bedeutung ist, sich auch zumeist auf die Nacht- und die frühen Morgenstunden beschränkt, wo anderweitig der Consum sehr gering. Die umliegenden Spargelfelder und was sonst noch irgend möglich ist, wird heran gezogen, um eine Unzweckmäßigkeit darzuthun, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. So tritt denn auch hier der Fall ein, daß gar nichts bewiesen wird, indem man zu viel zu beweisen sucht. Wie wenig sich.

haltig alle diese Gründe sind, geht am besten daraus hervor, daß selbst der neue Friedhof, welcher etwa 1400 Meter nördlich von der für das Schlachthaus in Aussicht genommenen Stelle belegen sein wird, als ein Hinderniß herhalten muß, während von der durch Herrn Krampe so warm empfohlenen Baustelle der Friedhof der Michaelis-Gemeinde nur durch eine Straße von 8 Meter Breite entfernt sein würde. Endlich hat Herr Krampe viel von seiner Besichtigung des Stuttgarter Schlachthauses geredet. Wahr ist, es herrscht dort eine ganz musterhafte Ordnung; aber das ist auch ganz außerordentlich nothwendig, denn das Etablissement liegt innerhalb der Stadt, entwässert in den Nesebach, welcher nahe oberhalb des Wasserwerkes in den Neckar mündet, und ist auf einen Raum von kaum einem Morgen beschränkt. Aus einem Privatschlachthause hervorgegangen und an der alten Stelle vor länger als zehn Jahren neu aufgebaut, kann dasselbe für eine heute unternommene Anlage der Art nur noch hinsichtlich der Sparsamkeit als Muster dienen. Wenn aber, wie Herr Krampe meint, beim Stuttgarter Schlachthause auch ein großer Viehhandel sich entwickelt hat, so liefert gerade diese Thatsache den vollständigsten Gegenbeweis gegen die Behauptung, daß ein Viehhof und namentlich eine Eisenbahnverbindung für ein Schlachthaus absolut erforderlich seien; denn das gerühmte Stuttgarter Schlachthaus besitzt so wenig Eins wie das Andre. Redner glaubt damit genügend dargelegt zu haben von welcher Stichhaltigkeit die vorgebrachten Gegengründe sind, und ersucht demnach nochmals die Versammlung, den Antrag der Majorität ihrer Commission anzunehmen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Commissionsantrag mit sechs-
zehn gegen vier Stimmen angenommen.

Da für die Herren Bosse, Bracke, Flagge, Heymann, Jasper, Kloss, Kybiz, Munte, Otto, Pini, Reck, Reuter, Schwarzenberg, Solmiz, Steinacker, Winter;

dagegen die Herren Krampe, Lucius, Mühe, Winter.

Nachdem damit die öffentliche Sitzung geschlossen ist,
schreitet die Versammlung in vertraulicher Sitzung zur Wahl eines Beigeordneten der Einschüßungscommissionen.

1877.

(Fortsetzung der Beilage zum 123. Stücke des 1877
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 4.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 8. März 1877.

Öffentlich:

Beschlußfassung über die Sanalisation der Maschstraße.

Desgl. über den Antrag Herrn Steinaus auf Wahrung des Eigenthumsrechtes der Stadt am Kleinen Exercierplatze.

Verwilligung zu Behuf einer Erwerbung für das Städtische Museum.

Anfragen Herrn Krampe 1. das Eingehen der Feuer-Telegraphenstationen am Augustthore, 2. die Bodenbeschaffenheit des künftigen Friedhofes vor dem Wendenthore betreffend.

Antrag Herrn Recks auf Einrichtung einer Ventilation im Sitzungs-Saale der Versammlung. Desgl. der Herren Bracke und Steinau auf Maßnahmen zur Verbesserung des Zustandes der Umflutgräben zwischen dem Wilhelm- und dem Petrihore.

Wahl der Deputirten zur Aushebungscommission.

Vertraulich:

Beschlußfassung über eine Gehaltszulage für die Gehilfen des Stadtbaumeisters.

Desgl. über ein Extraordinarium für einen Lehrer.

Erledigung von Steuerfachen.

Entschuldigt die Herren Bracke, Lucius und Pini. Am Magistrats-Schreiben Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Gebhard, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Ein neu eingegangenes Magistrats-Schreiben, den Ankauf des vormaligen Alexi-Pflegehauses betreffend, wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen, die in einem andern Schreiben vom 2. d. Mts. angeregte Wahl zweier Deputirten der Versammlung zur Ersatzcommission des Aushebungsbezirkes Braunschweig nachträglich zur Tagesordnung zugelassen;

dagegen aber deren erster Gegenstand, Vorschläge wegen des Baues einer zweiten höhern Töchter Schule auf Antrag des Magistrates von der Tagesordnung abgesetzt, da Director Sommer inzwischen noch gewisse Momente zur Sprache gebracht hat, die einer nähern Prüfung bedürfen.

Die hiernächst zur Verhandlung stehenden Magistratsanträge auf Gehaltserhöhungen für die Gehilfen des Stadtbaumeisters

möchte Herr Munte in vertraulicher Sitzung berathen sehen, wogegen Herr Steinau Einspruch erhebt, weil kein Grund vorliege, Fragen die der Deffentlichkeit angehören, im Geheimen zu erledigen.

Nachdem indessen Herr Heymann unter Berufung auf § 59 der revidirten Städteordnung dargethan hat, daß in diesem Falle, dessen vorwiegend persönlicher Natur nach, der Ausschluß der Deffentlichkeit gerathen sein dürfte,

beschließt die Versammlung vertraulich zunächst die somit aufgeworfene Vorfrage zur Entscheidung zu bringen, und wird demnach der Gegenstand einstweilen zurückgestellt.

Wie alsdann

I. namens der Finanzcommission Herr Kybik vorträgt, haben die Anwohner der Maschstraße wiederholt um deren Canalisation gebeten und zur Motivirung dieses Gesuches auf die Uebelstände hingewiesen, welche aus dem Mangel eines unterirdischen Canales nicht nur für sie selbst sondern auch für die Stadt erwachsen, indem bei dem starken Gefälle der Straße nach der Masch hin jeder starke oder anhaltende Regen das Planum stark beschädigt. Die Gutachten der Sachverständigen bestätigen dies; auch ist festgestellt, daß der beantragte Canal, dessen Kosten auf 7460 Mark veranschlagt sind, gegen das umfassende Canalisationsproject nicht verstoßen würde. Da nun bis zu dessen Ausführung noch geraume Zeit vergehen wird, die Dringlichkeit des hier vorliegenden Bedürfnisses aber nicht zu verkennen ist, die Interessenten sich auch verpflichtet haben, die Hälfte der Kosten zu 3730 Mk. sofort an die städtische Wegebaukasse einzuzahlen, und für den Fall, daß den hiesigen Einwohnern durch demnächst zu erlassende statutarische Bestimmungen höhere Beiträge auferlegt werden sollten, den auf sie noch entfallenden Restbetrag nachzusteuern, vorausgesetzt allerdings, daß alsdann sämtliche Anwohner der Maschstraße zur Aufbringung des Gesammbetrages herangezogen werden — so glaubt der Magistrat ausnahmsweise dem Gesuche stattgeben zu können, und ersucht er demnach die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären und die andere Hälfte der Kosten aus der städtischen Wegebaukasse zu verwilligen.

Die Finanzcommission empfiehlt diesen Antrag zur Genehmigung, macht jedoch aufmerksam, daß bei dem im Magistratschreiben angezogenen Kostenanschlage, wie aus

den übrigen Acten hervorgeht, nur der Haupttröhrenstrang in der Maschstraße selbst, nicht auch das erforderliche Ausgangsrohr über die Maschwiese berücksichtigt ist, wonach denn die wirklichen Gesamtkosten sich nicht auf 7460 sondern auf 10400 Mark belaufen, seitens der Stadt also 5200 Mark beizutragen sein werden —

was gegenüber den von Herrn Reuter geäußerten Zweifeln

Herr Stadtrath Rittmeyer bestätigt und daraus erklärt, daß der erste Anschlag des städtischen Wegebaucommissars sich lediglich an das nächste Erforderniß, den Canal in der Maschstraße, gehalten, und später erst der Ingenieur Mitgau auch das Ausgangsrohr mit in Betracht gezogen hat.

Herr Munte nimmt von diesem Vorgange Anlaß, darauf hinzuweisen, wie nöthig eine einheitliche Behandlung derartiger Anlagen ist. Diese Forderung aber dürfte seiner Meinung nach am besten gewährleistet sein, wenn auch Canal- und Wegebauten der Leitung der Direction der Gas- und Wasserwerke unterstellt würden.

Herr Rieß bittet, unter allen Umständen zunächst den vorliegenden Antrag zu genehmigen, da der von den Interessenten angebotene Zuschuß immerhin ein sehr beträchtlicher, der beregte Nothstand in der That unerträglich ist, und, falls man ihm nicht vorgeschlagener Maßen ein Ende machte, der künftige Aufwand für Unterhaltung der Straße die Ersparniß, um die es sich hier allenfalls handeln kann, mehr als aufwiegen würde. Der Direction der Gas- und Wasserwerke auch noch Canal- und Wegebauten aufzubürden, hält Redner nicht für zweckmäßig; richtiger scheint ihm, das Stadtbauamt in der Weise zu reorganisiren, daß für Hoch-, Canal- und Wegebauten je eine besondere Deputation bestellt würde.

Herr Oberbürgermeister Caspari theilt mit, daß der Magistrat sich mit einem Entwurfe der Art schon beschäftigt hat und mit bestimmten Vorschlägen dieserhalb vor die Versammlung treten wird, sobald eine von der Stadt Köln erbetene Auskunft eingegangen ist.

Herr Reuter findet es nicht am Platze, auf diesen Gegenstand zur Stunde näher einzugehen, glaubt vorab aber bemerken zu müssen, daß die Direction der Gas- und Wasserwerke wohl die Canalbauten übernehmen, sich mit Wegebauten aber nicht befassen könnte. Hinsichtlich der hier vorliegenden Frage übrigens mit Herrn Rieß einverstanden, giebt er anheim, die beantragte Verwilligung bis zu dem Betrage von 5200 Mark auszusprechen,

was seitens der Versammlung hierauf geschieht.

Ferner

III. berichtet namens der Statutencommission Herr Otto über den am 22. Februar von Herrn Steinau eingebrachten Antrag,

daß Herzoglicher Landesregierung auf Grundlage des Beschlusses vom

21. Mai 1873 ein Ultimatum gestellt, falls aber dieser Schritt wiederum ohne Erfolg bleiben sollte, ein Proceß gegen dieselbe zur Wahrung der städtischen Eigenthumsrechte am Kleinen Exercierplatze angestrengt werde.

Nach reiflicher Ermägung der Sachlage, welche der Herr Referent durch einen ausführlichen Bericht über die seit 1873 in dieser Angelegenheit gepflogenen Verhandlungen des nähern dargelegt, hat die Commission sich der Erkenntniß nicht entziehen können, daß alles geschehen muß, um einen Abschluß nunmehr endlich herbeizuführen. Sie ist demnach mit dem Antragsteller dahin einverstanden, daß es zweckmäßig sein wird, direct an Herzogliches Staatsministerium zu gehen, trägt aber Bedenken gegen die Form eines Ultimatus, weil damit die Stadt eventuell gebunden sein würde, die Rechtsfrage zu stellen, wozu nach Lage der Sache vorläufig noch kein Anlaß vorzuliegen scheint. Im Einverständniß mit dem Magistrate sowohl wie mit Herrn Steinau selbst giebt sie vielmehr anheim,

den Magistrat zu ersuchen, daß er direct bei Herzoglichem Staatsministerium unter Berufung auf die in den letzten Mittheilungen des Finanzcollegiums sich darstellende Sachlage eine schleunige Erledigung der wegen der Eigenthums- und Nutzungsrechte der Stadt am Kleinen Exercierplatze schwebenden Vergleichsverhandlungen beantrage, dabei auch alle weiteren Schritte sich vorbehalte, welche etwa die Stadt zur Wahrung ihrer Rechte und insbesondere zur Abwendung der aus einem längern Aufschube der Entscheidung für ihre Rechtsansprüche zu befürchtenden Nachtheile für erforderlich halten sollte.

Herr Steinau erklärt, daß er persönlich wohl einen schärfer gefaßten Beschluß wünschen möchte, dem Commissionsantrage aber, sofern dadurch die Ansprüche der Stadt einstweilen wenigstens gewahrt sind, nicht widersprechen will, freilich mit dem Vorbehalt, seinerseits einen nochmaligen Antrag zu stellen, falls binnen einer angemessenen Frist nichts erreicht sein sollte. Großen Hoffnungen giebt Redner sich in dieser Beziehung nicht hin, da die Angelegenheit längst hätte erledigt sein können, wenn die Regierung dem Anliegen der Stadt auch nur einiges Interesse zugewandt. Was die städtischen Behörden beanspruchen und im Interesse der 6000 Schulkinder unserer Stadt, welche für gemeinschaftliche Spiele gegenwärtig auf den völlig unbrauchbaren Platz bei St. Leonhard angewiesen sind, beanspruchen müssen, ist das Recht zeitweiliger Mitbenutzung des Kleinen Exercierplatzes — gewiß eine Forderung von fast übertriebener Bescheidenheit. Muß eine Servitut zu Gunsten der Militärbehörden vielleicht auch anerkannt werden, so geht jedenfalls doch über das Maß einer solchen die Art und Weise hinaus, wie der Platz bisher ausschließlich für militärische Uebungen in Anspruch genommen wird. Und nicht genug, daß somit die Anrechte der Stadt thatsächlich eliminirt sind, auch die Substanz selbst geht dabei dem Verderben

entgegen: indem alte Bäume geschlagen und neue nicht wieder angepflanzt werden, die Grasnarbe mehr und mehr vernichtet wird, droht der vordem so schöne Platz allgemach zu einer Sandwüste zu werden. Auch den Magistrat aber kann Redner nicht von jeder Schuld an dieser Sachlage freisprechen, sofern er unterlassen hat, alles Fahren und Reiten dort durch öffentliche Bekanntmachungen zu verbieten.

Herr Oberbürgermeister Caspari weist diesen Vorwurf als unbegründet zurück, da der Magistrat allerdings in verschiedenen Fällen Denunciation erhoben hat, damit aber abgewiesen ist, weil eben die Rechtsverhältnisse nicht klar liegen. Daß dem so ist, mag man mit Recht bedauern; gegen die Thatsache aber, daß es Servitude giebt, die das Eigenthum unter Umständen auf ein Nichts reduciren, kommen Wünsche, wie berechtigt sie an sich sein mögen, eben nicht in Betracht,

wogegen Herr Steinau bei der Ansicht beharrt, daß angegebener Maßen wenigstens Thier- und Lastwagen, Droschken und Reiter vom Civilstande hätten verhindert werden können, an der Verwüstung des Platzes theilzunehmen.

Der Commissionsantrag wird von der Versammlung angenommen.

IV. Von dem Stellmachermeister Thieß in Lehre sind dem städtischen Museum zwei von ihm angefertigte Rädermodelle mit 48 und 64 Speichen für den Preis von 165 Mark zum Kauf angeboten. Auf den Bericht der Museumsverwaltung, dem das Gutachten einiger sachverständigen Mitglieder der Versammlung zur Seite steht, beantragt der Magistrat unterm 2. März d. J., diese Summe extraordinär zu verwilligen.

Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorff berichtet, findet gegen die Erwerbung jener Modelle an sich nichts einzuwenden, kann aber die angeforderte außerordentliche Verwilligung nicht empfehlen, sondern muß anheim geben, die Mittel aus dem zu Behuf der städtischen Sammlungen etatmäßig angewiesenen Fonds von 4200 Mark zu entnehmen.

Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, daß der Magistrat, falls die Versammlung sich im Sinne der Commission entscheiden sollte, auf den Ankauf verzichten müßte, da gedachter Fonds, sehr knapp bemessen wie er ist, für näher liegende Bedürfnisse reservirt bleiben muß.

Gleichwohl hält Herr Rybik für richtiger, zunächst auf den disponiblen Fonds zu greifen, fernere Verwilligungen erst eintreten zu lassen, wenn jener verbraucht ist.

In Anbetracht der gegenwärtigen Finanzlage der Stadt bringt Herr Steinau den Ausweg in Vorschlag, daß der angeforderte Betrag auf den nächstjährigen Etat der städtischen Sammlungen angewiesen werde;

was jedoch Herr Oberbürgermeister Caspari ebenfalls glaubt ablehnen zu müssen,

da jene 4200 Mark ein für alle Mal dergestalt an das Archiv, die Bibliothek, das Münzcabinet und die übrigen Abtheilungen des städtischen Museums vertheilt sind, daß die einzelnen Beträge kaum zur Deckung der laufenden und sonst unumgänglichen Ausgaben hinreichen, wonach denn für außerordentliche Vorkommnisse wie das hier in Frage stehende immer besondere Verwilligungen nöthig werden.

Herr Kybik anerkennt, daß unter diesen Umständen die Sache einigermaßen anders liegt als seitens der Commission angenommen wurde.

Während Herr Solmiz sich für die Ablehnung des Kaufes überhaupt ausspricht, weil der Gegenstand sich mehr für ein Gewerbemuseum als für das städtische Museum in seiner jetzigen Beschaffenheit zu eignen scheint,

äußert der Herr Vorsitzende seine Meinung dahin, daß es wohl zu verantworten sein dürfte, eine verhältnißmäßig so geringe Summe — gering auch insofern, als die auf den Gegenstand gewandte Arbeit damit entfernt nicht bezahlt sein wird — für ein Handwerkerzeugniß zu verwilligen, das, wenn auch nicht grade von praktischer Bedeutung, doch als Vorbild und Beweis, was ein tüchtiger Arbeiter zu leisten vermag, immerhin von Werth ist und eine Anerkennung verdient.

Der Magistratsantrag wird hierauf mit zwölf gegen zehn Stimmen genehmigt.

Ferner

V. gelangen die am 22. Februar angemeldeten Interpellationen Herrn Krampes zur Verhandlung.

Die erste derselben lautet:

Ist dem Magistrat bekannt geworden, daß seit dem 1. Januar d. J. die Station des städtischen Feuertelegraphen am Augustthore eingegangen ist? und was soll dieshalb künftig geschehen?

Zur Begründung dieser Fragen führt Herr Krampe aus, daß die zahlreichen Außenwohner und Fabriken vor dem Augustthore sich seit Jahren durch die Telegraphenstation im Thorgebäude gegen Feuergefährdung einigermaßen gesichert gewußt haben und dieser Zuversicht sich wahrscheinlich auch heute noch hingeben, da die Aufhebung der Station nur den wenigsten dürfte bekannt geworden sein. Gegen diese Maßregel selbst will Redner keinen Tadel erheben, da er annimmt, daß die mit der Polizeidirection wegen Uebernahme der Thorstationen durch Polizeibeamte gepflogenen Verhandlungen in Folge entgegenstehender Schwierigkeiten nicht zum Ziele geführt haben. Nicht billigen kann er dagegen, daß jene Einrichtung so ganz ohne Sang und Klang beseitigt ist. Brähe jetzt zur Nachtzeit ein Feuer vor dem Augustthore aus, so würde aller Wahrscheinlichkeit nach mit rathlosem Hin- und Herirren der Boten viel kostbare Zeit verloren gehen, bevor die Meldung an die richtige Stelle gelangte. Angesichts dieser Möglichkeit hätte Redner gewünscht, daß man die Betheiligten durch einen

bleibenden Anschlag am Thore selbst angewiesen hatte, wohin sie sich vorkommenden Falls zu wenden haben, und dergleichen möchte er anheim geben nachträglich noch anzuordnen, sofern nicht etwa eine wirksamere Vorkehrung bereits ins Auge gefaßt ist.

Da der Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, daß der Magistrat von der Sache nichts weiß,

wendet Herr Krampe sich mit seiner Frage und seinem Anliegen an den Director der städtischen Feuerwehr.

Herr Reuter hofft, daß eine nähere Darlegung des Sachverhalts genügen werde, den Fragsteller und die übrigen Interessenten zu beruhigen. Obwohl es wenige Monate vor Jahreschluß noch zweifelhaft war, ob eine Aenderung an den Thoren eintreten würde, hat er sich doch schon im August v. J. mit Herzoglicher Polizeidirection dahin ins Einvernehmen gesetzt, daß an denjenigen Thoren, wo Polizeistationen errichtet werden, auch die Feuertelegraphen in Gebrauch bleiben sollen. An welchen Thoren dies der Fall sein wird, hofft die Polizeidirection bis zum 1. April d. J. entschieden zu haben. Für die Zwischenzeit die Telegraphen zu verlegen, schien unzweckmäßig, weil damit Kosten und Weitläufigkeiten verknüpft sind, die in keinem rechten Verhältniß zur Wichtigkeit der Sache stehen würden; eine Weisung wie Herr Krampe sie wünscht, wäre deshalb kaum von Nutzen, weil die nächsten beiden Stationen doch nicht mit der wünschenswerthen Schnelligkeit zu erreichen wären, und zwar die am Steinthore wegen ihrer Entlegenheit, die beim Wasserwerke wegen des wenigstens zur Nachtzeit erschwerten Zuganges. Bessere Sicherheit bietet ohne Zweifel die inzwischen getroffene Anordnung, daß der Thurmwächter sechs Runden in jeder Stunde statt der bisherigen vier zu machen hat, wie man überhaupt denn von den Feuertelegraphen ganz hätte absehen können, wenn von Anfang an, wie es die Absicht gewesen, eine Thurmwache eingerichtet worden wäre.

Herr Krampe findet in dieser Aufklärung wenig Tröstliches, da grade die Stadttheile vor dem Augustthore ziemlich an der äußersten Peripherie des Gesichtskreises der Thurmwache liegen, diese also den Telegraphen schwerlich ganz dürfte ersetzen können;

wogegen Herr Reuter anführt, daß im verflossenen Jahre 45 Schadensfeuer durch die Thurmwache, nur 15 durch den Telegraphen angemeldet sind, und unter diesen kein einziges aus der Gegend vor dem Augustthore: Beweis genug, daß die Befürchtungen, denen Herr Krampe sich hingiebt, ziemlich gegenstandslos.

Ferner war von Herrn Krampe die Frage gestellt:

»Ist überhaupt, und inwieweit ist etwas Wahres an dem in der Stadt verbreiteten Gerüchte, daß das Friedhofsterrain auf der »Hube« sich bei näherer Untersuchung als unbrauchbar zu Begräbniszwecken herausgestellt habe?«

Wie Herr Krampe nunmehr des nähern mittheilt, hört man vielfach und mit großer Bestimmtheit behaupten, daß neuere Untersuchungen an jener Stelle in geringer Tiefe auf Kies und Wasser gestoßen seien. Wäre dem in der That so, dann würde natürlich nicht mehr daran zu denken sein, dort einen Friedhof anzulegen, dieser Zwischenfall um so bedenklicher, als es damit nach den seiner Zeit vernommenen Erklärungen des Herrn Overbürgermeisters die allergrößte Eile hat. Redner hofft mit seiner Anfrage dem Magistrate Gelegenheit zu geben, die Grundlosigkeit gedachter Behauptung darzuthun und zugleich auch aufzuklären, aus welchen Ursachen die Friedhofsangelegenheit inzwischen gänzlich ins Stocken gerathen ist — eine Verzögerung, die allerdings ganz dazu angethan, jenem Gerüchte Nahrung zu geben.

Herr Overbürgermeister Caspari erklärt, daß die Sachverständigen von einem Befunde, wie ihn die Gewährsleute Herrn Krampes kennen wollen, nicht das mindeste haben verlauten lassen, sondern im Gegentheil über die in jeder Weise zweckdienliche Bodenbeschaffenheit der »Hube« einig sind. Wenn in der bewußten Angelegenheit bis nichts weiter geschehen ist, so rührt dies daher, daß ein Beschluß der Versammlung über die im Februar v. J. von den Herren Bracke und Steinau gestellten Anträge auf Neuordnung des städtischen Begräbnißwesens immer noch aussteht.

Der Herr Vorsitzende constatirt, daß die Vorprüfung dieses Gegenstandes in der Commission durch das Ausscheiden des Herrn Grafen Görz-Brissberg eine unliebsame Verzögerung erlitten hat.

Herr Heymann kann das von ihm übernommene Referat für eine der nächsten Sitzungen in Aussicht stellen, wie er damit denn längst würde vorgegangen sein, wenn er eine Ahnung gehabt hätte, daß der Magistrat darauf wartet.

Auf die Sache selbst zurückkommend, bestätigt Herr Nieß das sehr bestimmte Auftreten der Behauptung, daß unter dem Sande der »Hube« Schichten liegen, welche jedes tiefere Eingraben verbieten.

Herr Overbürgermeister Caspari ist geneigt, dieses Gerücht auf das bei gewissen Mitgliedern der Katharinengemeinde vorhandene Widerstreben gegen den Platz des neuen Friedhofes zurückzuführen, kann aber dem gegenüber nur wiederholen, daß das Terrain an verschiedenen Stellen auf das genaueste untersucht und nirgend etwas der Art entdeckt ist.

VI. Von Herr Reck ist der Antrag gestellt:

daß der Magistrat ersucht werde, thuntlichst bald Einrichtungen zur Herbeiführung einer genügenden Ventilation des Sitzungsaaes der Versammlung treffen zu wollen.

Nachdem Herr Reck denselben mit Berufung auf den notorischen Luftverderb,

wie ihn die Versammlung selbst in manchen Sitzungen zur Genüge hat empfinden müssen, begründet hat,

wird das Desiderium auf Wunsch des Herrn Oberbürgermeisters Caspari ohne weiteres dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Desgleichen ist

VII. seitens der Herren Bracke und Steinau beantragt:

die Versammlung wolle

in Erwägung, daß der Zustand des westlichen Umflutgrabens gradezu als ein unerhörter bezeichnet werden muß,

in Erwägung ferner, daß dieser Zustand durch die Abwässer der in jener Gegend belegenen Fabriken verschuldet wird,

in Erwägung endlich, daß durch Rücksichtnahme auf das allgemeine Canalisationsproject die Abhilfe dieses unleidlichen Zustandes noch lange würde hinausgeschoben werden,

den Magistrat auffordern, die nöthigen Schritte zu thun, damit die betreffenden Fabrikbesitzer veranlaßt werden, schleunigst auf ihre Kosten Maßnahmen zu treffen, welche eine fernere Verunreinigung des Okergrabens ausschließen.

Ueber die Unleidlichkeit der beregten Zustände noch ein Wort zu verlieren, hält Herr Steinau für überflüssig. Ebenso zweifellos scheint ihm, daß zu deren Be-
seitigung in erster Linie Diejenigen anzuhalten sind, deren Veranlassung allein Schuld daran ist, und daß das geeignete Mittel, der vielbesprochene Canal zur Ableitung der Fabrikwasser in die Oker unterhalb der Stadt, verhältnißmäßig einfach. Eine Schwierigkeit ist nur daraus entstanden, daß dieser einzelne Fall Anlaß gegeben hat, ein die ganze Stadt umfassendes Canalisationsproject in Aussicht zu nehmen, über welches man der Natur der Sache nach so leicht nicht wird schlüssig werden können, zumal neuerdings die Frage nach dem richtigen System der Abfuhr von Fäcalstoffen in ein neues Stadium getreten ist. Unter diesen Umständen glauben die Antragsteller der Berücksichtigung jenes nächstliegenden Bedürfnisses einen neuen Impuls geben zu müssen.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird demnach der Finanzcom-
mission überwiesen.

VIII. Durch ein Magistratschreiben vom 2. d. Mts. aufgefördert, schreitet schließlich die Versammlung auf Grund von § 30 des Reichsmilitärgegesetzes vom 2. Mai 1874 zur Wahl eines außerordentlichen Deputirten und seines Stellvertreters in der Ersatzcommission für den Aushebungsbezirk Braunschweig.

Nachdem dadurch das bisherige Mandat der Herren Klotz und Reck abermals erneuert ist,
wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich werden, den Anträgen des Magistrates gemäß,
Gehaltsverbesserungen für die Gehilfen des Stadtbaumeisters
sowie
ein jährliches Extraordinarium für einen Lehrer
verwilligt und hierauf, zum Theil in
gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Magistrate,
verschiedene Steuersachen erledigt.

1877.

(Fortsetzung der Beilage zum 128. Stücke des 1877
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 5.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 23. März 1877.

Öffentlich:

Beschluß über einen neuen Verbindungscontract wegen der Abfuhr des Straßen- und Haus-
kehrichts.

Genehmigung des Ankaufs des vormaligen Alexi-Pflegehauses.

Besgl. eines Vergleiches mit Herzoglicher Landesregierung über die fernere Ausgestaltung
der Realschule.

Beschluß über die Anstellung eines Pedells bei der Realschule.

Zurückziehung des Antrags der Herren Bracke und Steinau auf Canalisirung der west-
lichen Stadttheile.

Motivirung des Mühe'schen Antrags auf Herstellung einer Laufbrücke zur neuen Schule
im Pflegehausgarten.

Beschluß über den Antrag der Herren Bracke und Steinau auf Neuordnung des städti-
schen Begräbnißwesens.

Vertraulich:

Steuerfachen.

Entschuldigt die Herren Bracke, Flagge, Kunkel v. Seckendorff.
Am Magistratstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe
Gebhard und Rittmeyer.

Das Protocoll vom 22. Februar wird genehmigt, nachdem Herr Steinacker
darauf hingewiesen und die Versammlung als richtig anerkannt hat, daß er bei der
namentlichen Abstimmung über die Feststellung des Gehaltes für den Schuldirector
seinen vorher abgegebenen Erklärungen gemäß nicht gegen sondern für den Com-
missionsantrag gestimmt.

Drei neu eingegangene Magistratsschreiben, verschiedene Erweiterungsanlagen beim
Wasserwerke, die Verwendung der Ueberschüsse aus dem Betriebe der Neustadtmühle

und den Voranschlag des Wasserwerks auf das Jahr 1877 anlangend, werden der Finanzcommission überwiesen,

die Berathung über den Antrag Herrn Krampes auf Einführung der Selbsteinschätzung zu den Communalsteuern von der Tagesordnung abgesetzt;

wonach denn

I. der vom Magistrate in einem Schreiben vom 2. d. M. vorgeschlagene neue Verdingungscontract wegen der Abfuhr des Straßen- und Hauskehrichts zur Berathung steht.

Der bisherige Contract mit dem Fuhrherrn Gustav Brauwers erlischt am 1. Mai. In dem auf den 20. Februar zur Abgabe von Forderungen anberaumten Termine sind für die Abfuhr sowohl innerhalb als außerhalb der Thore

von dem Fuhrherrn G. Brauwers 9800 Mark,

» » » H. Frede 9850 »

» » » L. Fricke 9775 »

jährlich beansprucht. Beide Mindestfordernde werden von Herzoglicher Polizeidirection gleichermaßen empfohlen; gleichwohl aber, und obschon die Frickesche Forderung um 25 Mark geringer ist als die des Fuhrherrn Brauwers, glaubt der Magistrat sich doch für letztern aussprechen zu müssen, da dieser das Abfuhrgeschäft in hiesiger Stadt seit dem 1. Mai 1869 mit großer Gewissenhaftigkeit besorgt und während dieser ganzen Zeit nicht nur zu keinerlei Beschwerden Anlaß gegeben, sondern in vielen Fällen auf Anfordern Herzoglicher Polizeidirection sogar mehr geleistet hat als wozu er contractlich verpflichtet war. Demnach giebt der Magistrat auch der Versammlung anheim, sich ihrerseits ebenfalls einverstanden zu erklären, daß der fragliche Contract auf 6 Jahre bis zum 1. Mai 1883 zu dem geforderten Verdingungspreise mit dem Fuhrherrn Brauwers abgeschlossen werde.

Die Finanzcommission, für welche Herr Kybik berichtet, trägt kein Bedenken diesen Antrag zu Genehmigung zu empfehlen.

In Anbetracht, daß der Zuschlag einmal dem Mindestfordernden zugesichert ist, hält Herr Steinau einen derartigen Beschluß für unvereinbar mit der Würde der städtischen Verwaltung. Will man sich für den Fuhrherrn Brauwers entscheiden, was im Hinblick auf die vorliegenden Erfahrungen allerdings auch Redner wünschen möchte, so wird dies seiner Ansicht nach doch nur unter der Bedingung geschehen können, daß sich derselbe zum Nachlaß der Differenz zwischen seiner und der Frickeschen Forderung versteht. An diese Bedingung beantragt er demnach die Zustimmung der Versammlung zu knüpfen.

Herr Solmitz ist einverstanden, daß versucht werde, das fragliche Zugeständniß im Wege gütlicher Verhandlung zu erlangen, möchte selbiges aber nicht stricte als

Bedingung aufgestellt sehen, da man bei der anerkannten Zuverlässigkeit des p. Brauwers unter allen Umständen wünschen muß, mit diesem abzuschließen.

Herr Steinau glaubt nach dieser Argumentation seinen Antrag nur um so entschiedener aufrecht halten zu müssen, weil die geringere Zuverlässigkeit jenes andern Bewerbers jedenfalls doch erst nachgewiesen sein müßte, ehe man in dem angegebenen Sinne verfahren könnte.

Herr Schwarzenberg spricht für den Steinauschen Antrag in der Voraussetzung, daß der Zuschlag unter den drei Mindestfordernden vorbehalten ist;

was nach der Erklärung Herrn Stadtrath Rittmeyers allerdings der Fall. Würde demnach auch gegen den Magistratsantrag füglich kein ernstes Bedenken zu erheben sein, so zweifelt Herr Stadtrath Rittmeyer andrerseits doch nicht im mindesten, daß der Fuhrherr Brauwers auf die von Herrn Steinau gestellte Forderung eingehen wird.

Herr Reuter hält dies ebenfalls für sehr wahrscheinlich, zumal bei rationellem Betriebe der Abfuhr, wie ihn Hr. Brauwers für die Folge beabsichtigt, der Verdingpreis von 9775 Mark sich unzweifelhaft als völlig auskömmlich herausstellen wird —

wogegen Herr Kybik vor allzu scharfer Ausnutzung der Mindestforderung warnt, da solche möglicher Weise dahin führen könnte, daß der Unternehmer die Abfuhr hinterher nicht in ordnungsmäßiger Weise zu besorgen im Stande wäre.

Der Magistratsantrag wird hierauf unter Absetzung der Verdingssumme auf 9775 Mark genehmigt.

Wie ferner

II. namens der Finanzcommission Herr Kybik berichtet, hat der Magistrat laut Contractes vom 10. November v. J. unter Vorbehalt der Genehmigung der Versammlung das vormalige Alexii-Pflegehaus nebst Zubehör für den Preis von 60870 Mark angekauft, um auf dessen Areal nach Canalisirung des benachbarten Okerlaufes einmal die auf dem Terrain des früheren Johannishofes entstehende neue Straße bis zur Münzstraße fortzuführen, und zugleich den projectirten Bau zu Behuf der Feuerwehr und des Gas- und Wasserwerkes aufzuführen. Bei der für diese Zwecke sehr günstigen Lage des Grundstücks erscheint der verabredete Kaufpreis, der sich überdies noch um den auf 12—15000 Mark veranschlagten Erlös aus dem Abbruch der alten Gebäude vermindern wird, nicht zu hoch. Da die Uebergabe auf den 1. April festgesetzt ist, die berührten Projecte aber noch nicht genügend vorbereitet sind, giebt der Magistrat zunächst die Genehmigung des Contractes anheim, indem er weitere Mittheilung vorbehält.

Herr Steinau beklagt, daß der Antrag in dieser unfertigen Gestalt vor die Versammlung gebracht wird. Ein Beschluß darüber kann seines Erachtens nicht gefaßt werden, bevor mit Sicherheit alle Consequenzen desselben zu übersehen sind. Seinerseits empfiehlt er daher, den beantragten Kauf vor der Hand abzulehnen.

Herr Reuter. Als bei den Verhandlungen über die Dypenheimersche Straßenanlage von einigen Seiten darauf hingewiesen ward, daß die damalige Verwilligung erhebliche neue Ausgaben für die Stadt nach sich ziehen werde, habe er dem widersprochen in der Hoffnung, die Weiterführung der neuen Straße werde von den Eigenthümern des Alexii-Pflegehauses unternommen werden, die Stadt nur etwa die Nivellirungskosten beizutragen haben. Sei allerdings dies nun anders gekommen, so liege doch auch jetzt die Sache keineswegs so, daß man Bedenken tragen müßte, sich darauf einzulassen, da das Grundstück des Pflegehauses mindestens sechs Bauplätze liefern und deren Erlös die seitens der Stadt aufzuwendenden Kosten völlig decken werde. Hinsichtlich der Etablissements für Feuerlöschzwecke und zu Behuf des Gas- und Wasserwerkes habe man bisher noch nicht ins Reine kommen können, ob der hier gegebene Raum ausreicht, da natürlich doch nicht den gegenwärtigen Bedürfnissen allein Rechnung zu tragen sei; und dies eben sei der Grund, warum die bezüglichlichen Pläne bis jetzt noch nicht haben fertig gestellt werden können. Finanzielle Schwierigkeiten irgendwie bedenklicher Art werden aus diesem Theile des Projectes nicht erwachsen, da die Stadt von Seiten der Landesregierung einmal eine Entschädigung für die Räumung der Sprigenschuppen unter Herzoglichem Museum, sodann aber auch noch einen beträchtlichen Zuschuß aus den für Feuerlöschzwecke ausgeworfenen Fonds zu erwarten habe, die Kosten aber der Einrichtung von Bureaux und Werkstätten des Gas- und Wasserwerkes sachgemäß aus den Ueberschüssen dieser Anstalten werden zu entnehmen sein.

Herr Stadtrath Rittmeyer hat aus den Aeußerungen Herrn Steinaus einen Vorwurf entnommen, den er namens des Magistrates glaubt zurückweisen zu müssen. Daß der Magistrat selber gewünscht hat, mit dem heutigen Antrage zugleich auch die berührten beiden Projecte mitzutheilen, beweist der Aufschub der schon seit Ende vorigen Jahres schwebenden Vorlage. Welche Umstände dies unmöglich gemacht, hat bereits Herr Reuter entwickelt. Wie aber auch alles Weitere sich gestalten mag, den vorgeschlagenen Kauf wird die Versammlung unter allen Umständen billigen können, da dessen Bedingungen an sich dermaßen günstig, daß man den Magistrat mit vollem Rechte tadeln würde, wenn er sich die Gelegenheit dazu hätte entgehen lassen.

Herr Steinau erklärt, daß er keinen Vorwurf gegen den Magistrat beabsichtigt, sondern rein sachlich nur die Unfertigkeit der Vorlage und die daraus resultirende Unklarheit des Thatbestandes beklagt hat — eine Unklarheit, die er auch durch die Ausführungen Herrn Reuters nicht gehoben findet.

Nachdem zu Gunsten des Magistratsantrages sich noch die Herren Munte und Wille ausgesprochen haben,

wird derselbe von der Versammlung genehmigt.

III. Namens der Schulcommission trägt Herr Schwarzenberg vor:

Nachdem zu Michaelis v. J. die untersten drei Klassen der städtischen Realschule eröffnet waren, wandte der Magistrat sich an Herzogliches Staatsministerium mit dem Ersuchen, die Zahlung des der Stadt durch § 4 des Vertrages vom 5. Mai/21. Juni 1873 zugesicherten Beitrages von 2445 Thlr 1 gr 11 A aus den Kirchenkassen sofort zu verfügen. Seitens des Ministeriums wurde dieser Antrag zwar zurückgewiesen, gleichzeitig jedoch die Erklärung abgegeben, daß die Zahlung vom 1. Januar d. J. ab erfolgen solle, falls die Stadt sich verpflichte, künftige Oftern auch die Tertia, Oftern 1878 die Secunda und Oftern 1879 die Prima zu übernehmen und für die beim Unterrichte der Tertia verwandten städtischen Lehrer, sofern sie nur ihre Pflichtstunden ertheilen, keine besondere Remuneration, auch keine Entschädigung für die Benutzung der Schullocale und Lehrmittel zu verlangen, wogegen die Regierung sich zur Befoldung der sonst zuzuziehenden Lehrer verbindlich macht. Das Schulgeld aus Tertia, Secunda und Prima würde bis dahin, daß selbige Klassen von der Stadt übernommen werden, in die Staatskasse fließen. Der Magistrat hielt die Beiträge aus den Kirchenkassen für ausreichend zur Vergütung für die der Stadt durch ein derartiges Abkommen auferlegten kleineren Leistungen, und war daher schon bereit, auf die Vorschläge der Landesregierung einzugehen, als sich herausstellte, daß es wünschenswerth sei, die Secunda und Prima schon zu Michaelis d. J. auf die städtische Realschule zu übernehmen, weil erst hiernach sowohl diese wie die Realschule erster Ordnung sich ihren Interessen gemäß fest organisiren können. Dazu aber war die Anstellung eines ersten und zweiten Lehrers der neueren Sprachen mit resp. 4000 und 2400 Mark, eines Zeichenlehrers mit 3000, eines Religionslehrers mit 720 Mark Gehalt, zweier Hilfslehrer für 4 Turn- und 3 Gesangstunden mit 525 Mark Remuneration, insgesammt also ein jährlicher Aufwand von 10645 Mark erforderlich, welcher sonst theilweise noch ein halbes, theilweise anderthalb Jahr der Regierung obliegen würde. Um nun kleinliche Berechnungen der hiervon je dem Staate und der Stadt zur Last fallenden Beträge zu vermeiden, hat der Magistrat im Einverständniß mit dem Director und dem Vorstande der städtischen Realschule Herzoglichem Staatsministerium folgende Vergleichsvorschläge gemacht:

1) Bis Michaelis d. J. bleibt es bei den Festsetzungen des Rescripts vom 20. November, worauf dann eine Abrechnung über die aus der Staatskasse zu leistenden Zahlungen stattfindet, und

2) die Stadt auch die Prima und Secunda der Realschule auf eigene Rechnung übernimmt, so daß sie nicht nur für die nöthigen Lehrkräfte sondern auch für alle übrigen Bedürfnisse der Schule, insbesondere für Unterrichtsmittel, Heizung, Erleuchtung u. dgl. zu sorgen hat.

3) Zum Entgelt dafür erhält die Stadt von Michaelis d. J. ab das Schulgeld

aus allen Klassen der Schule und eine einmalige Vergütung von 3000 Mark aus dem Klosterfonds.

4) In Anbetracht der bedeutenden Opfer, welche die Stadt während der letzten Jahre für ihre Schulen und namentlich für den Bau der Realschule hat bringen müssen, bewilligt Herzogliche Landesregierung der Stadt für Schulzwecke eine außerordentliche Unterstützung, welche zu zahlen ist, sobald diese Vereinbarung definitiv abgeschlossen.

Nachdem Herzogliches Staatsministerium sich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt hat, ersucht der Magistrat in einem Schreiben vom 8. d. Mts. die Versammlung, diesem Abkommen ebenfalls ihre Zustimmung zu ertheilen, was ohne weiteres geschieht.

IV. Da die Realschule in hiesiger Stadt die erste war, welche mit Centralheizung versehen wurde, hielten der Director wie der Stadtbaurath für nothwendig, daß für die dortigen Pedellengeschäfte eine Person zunächst versuchsweise und auf Kündigung angestellt werde. Auf Vorschlag des Stadtbauraths wurde daher der Vorarbeiter H. Neddermeyer aus Beddingen, 42 Jahr alt, welcher bei der Anlage der Centralheizung mitgearbeitet und sich mit deren Einrichtung genau bekannt gemacht hatte, vorläufig bis zum 1. April d. J. gegen eine Remuneration von 75 Mark nebst freier Wohnung und Heizung engagirt. Da derselbe sein Amt inzwischen zur Zufriedenheit des Directors versehen, nunmehr aber um definitive Entscheidung gebeten hat, giebt der Magistrat unterm 7. d. Mts. anheim, daß die Versammlung sich mit der festen Anstellung des p. Neddermeyer unter den für die Pedellen der mittleren Bürgerschulen festgesetzten Bedingungen einverstanden erkläre.

Die Schulcommission, für welche Herr Schwarzenberg berichtet, empfiehlt diesen Antrag zur Genehmigung.

Herr Munte monirt, daß der Versammlung diesmal, entgegen der bestehenden statutarischen Vorschrift, nur ein einziger Candidat präsentirt ist. Zugleich spricht er den Wunsch aus, daß in ähnlichen Fällen soviel als möglich Einheimische berücksichtigt werden möchten.

Herr Nieß zweifelt, ob einerseits ein gelernter Maurer als geeignet für die Stellung eines Pedellen gelten darf, andrerseits aber nicht auch andere Personen in die Geheimnisse der Centralheizung hätten eingeweiht werden können.

Nachdem indessen

Herr Oberbürgermeister Caspary die Gründe des Magistratsantrages nochmals erläutert,

die Herren Reck und Pini auch die Schwierigkeiten der Handhabung von Centralheizungen dargelegt und letzterer insbesondere mit Berufung auf die sehr ungleichen Erfahrungen in der Realschule und in der Bürgerschule vor dem Augustthore,

nachgewiesen hat, wie von der Art des Gebrauchs dieser Einrichtung deren ganzer Erfolg abhängt,

beschließt die Versammlung im Sinne des vorliegenden Antrags.

V. Seitens der Herren Bräde und Steinau geht folgende Erklärung ein:

In Erwägung, daß nach den am 20. d. M. erfolgten Vorverhandlungen der Statutencommission die allgemeine Canalisirung der Stadt nach dem Plane des Ingenieurs Mitgau in nächster Zeit zur Beschlußfassung verstellt werden wird, und demnach die Beseitigung der Uebelstände des westlichen Umlutgrabens in naher Aussicht steht,

ziehen wir den von uns in der Sitzung vom 8. d. M. gestellten Antrag auf Maßnahmen zur Verhütung fernerer Verunreinigungen dieses Oertractus vorläufig zurück,

wonach dann dieser Gegenstand der Tagesordnung vor der Hand erledigt ist.

VI. In einem Schreiben vom 20. März 1877 beantragt der Magistrat, daß der National-Actien-Brauerei ein von dieser bei Aufführung einer Umfassungsmauer an der Nebenstraße occupirter, für die Stadt werthloser Terrainsstreifen nachträglich für den Kaufpreis von 225 Mark überlassen werde.

Die Statutencommission, für welche Herr Lucius berichtet, kann diese Veräußerung nur empfehlen, findet aber die gestellte Preisforderung zu niedrig und giebt demnach anheim, selbige auf den Betrag von 350 Mark zu erhöhen.

In diesem Sinne beschließt dann auch die Versammlung,

nachdem Herr Stadtrath Rittmeyer namens des Magistrats auf jeden Widerspruch gegen die beantragte Mehrforderung in voraus verzichtet hat.

VII. Von Herrn Mühe ist der Antrag gestellt:

daß der Magistrat ersucht werde, Sorge tragen zu wollen, damit bei Eröffnung der neuen Schule an der Pflegehausstraße eine direct von der Promenade am Hohenthore auf das Schulgrundstück führende Brücke zur Benutzung der Schulkinder hergerichtet sei.

Zur Begründung desselben führt Herr Mühe Folgendes an. Da zu Michaelis in die neue Schule die bisher provisorisch in dem vormaligen Alerii-Pflegehause eingerichteten Klassen übersiedeln sollen, wird es nöthig sein, von deren jetzigen Schülern alsdann diejenigen aus dem August- und Steinhörbezirke in die Schule an der Campestraße, dagegen aber eine Anzahl von Kindern des Hohe- und Wilhelmithor-districtes, welche zur Zeit im Prinzenwinkel zur Schule gehen, in die neue Schule an der Pflegehausstraße zu übernehmen. Angesichts dieser Nothwendigkeit wäre es gut, wenn an die in der betreffenden Gegend wohnhaften Eltern die Aufforderung

erlassen würde, ihre zu Oftern schulpflichtigen Kinder nicht erst im Prinzenwinkel sondern gleich auf dem Damme anzumelden; hiergegen aber würde voraussichtlich von vielen Seiten Verwahrung eingelegt werden, wenn die Schule an der Pflegehausstraße demnächst nur auf den Umwegen durch das Hohe- oder Petrithor erreicht werden könnte. Dem könnte ohne Zweifel begegnet werden, wenn die Herstellung einer Laufbrücke in Aussicht stände, wie solche zu Behuf der Schule an der Campestraße vorhanden ist. Die demgemäß von dem Redner für seinen Antrag erbetene Unterstützung

wird von der Versammlung gewährt.

Da gleichzeitig aber Herr Overbürgermeister Caspari die Erklärung abgibt, daß der Magistrat von der Nothwendigkeit der beantragten Maßregel ebenfalls überzeugt ist und das Erforderliche auch aus eigenem Antriebe verfügen würde,

verzichtet Herr Mühe auf weitere Verfolgung seines Antrags.

Herr Reuter empfiehlt, den Antrag gleichwohl doch der Commission zu überweisen, da eine Brücke, wie Herr Mühe sie im Auge hat, zwar billig herzustellen, aber auch wenig dauerhaft ist, und demnach immerhin wohl in Erwägung zu ziehen wäre, ob nicht eine solidere Anlage den Vorzug verdiente.

Herr Munte schließt sich dem Antrage Herrn Mühes mit großer Genugthuung namentlich auch deswegen an, weil möglichst enge Verbindungen zwischen der inneren und der äußern Stadt ihm ein Erforderniß des Gemeinwohles sowohl wie der Gerechtigkeit gegen die Außenwohner zu sein scheinen. Er ist nicht der Meinung, daß es dazu überall theurer steinerner oder eiserner Brücken bedürfen wird. Wohl aber möchte die Frage aufzuwerfen sein, ob grade eine solche wie die am Monumentsplatz vortheilhaft wäre. Redner selbst hat diese gebaut; ihre Kosten belaufen sich ungefähr auf 1550 Mark. Da aber auf Anfordern des Unternehmers die Tragpfähle aus Tannenholz hergestellt sind, so wird das Werk nur etwa zwei Jahr die gehörige Sicherheit bieten. Mit einem Mehraufwande von circa nur 300 Mark sind dagegen zu der ebenfalls von dem Redner hergestellten neuen Brücke bei der Civilbadeanstalt eichene Pfähle genommen, welche eine fünfzehnjährige Dauer versprechen, wenn auch inzwischen die übrigen Theile, Belegbohlen u., welche aus Tannenholz sind, einige Mal erneuert werden müssen, was ohne erhebliche Kosten geschehen kann. Diese Winke also möchte Redner zur Beachtung empfehlen.

Herr Overbürgermeister Caspari versichert, daß der Magistrat davon bestens Gebrauch machen wird. Mit der Brückenanlage am Monumentsplatz hatte derselbe nichts zu schaffen, da diese dem Unternehmer oblag; wäre ihm deren Beschaffenheit rechtzeitig zur Kenntniß gekommen, so würde der Magistrat unfehlbar auf eichene Tragpfähle bestanden und eventuell zu diesem Ende einen Zuschuß aus der Stadtkasse beantragt haben. Bei der neuen Brücke werden jedenfalls dergleichen vorgeschrieben werden. Die Mitwirkung einer Commission hält der Herr Overbürger-

meister nach dieser Verständigung nicht mehr für erforderlich, da der Magistrat sich auf eine festere und größere Brücke unter keinen Umständen einlassen würde.

Herr Schwarzenberg giebt anheim, zunächst wenigstens die Vorschläge des Magistrats zu erwarten,

womit die Versammlung sich einverstanden zeigt,

nachdem Herr Pini noch die Frage in Anregung gebracht hat, ob die mit dem bewußten Bauunternehmer getroffene Uebereinkunft keine Handhabe biete, gegen letztern wegen der unsoliden Beschaffenheit der Brücke am Monumentsplatze erfolgreich vorzugehen.

VIII. In der Sitzung vom 24. Februar 1876 war von den Herren Bracke und Steinau folgender Antrag eingebracht worden:

Die Versammlung wolle den Magistrat auffordern, geeignete Schritte zu thun, damit

- 1) die Verwaltung der Begräbnißplätze den Kirchengemeinden entzogen,
- 2) die Fortschaffung der Leichen für eine Angelegenheit der politischen Gemeinde erklärt,
- 3) ein der Verwaltung der städtischen Behörden zu unterstellender einheitlicher Begräbnißplatz für die ganze Stadt geschaffen,
- 4) eine obligatorische Leichenschau eingeführt, sowie auch
- 5) die Leichenverbrennung facultativ zugelassen und die dazu nöthige Einrichtung getroffen werde.

Da das Gutachten der Statutencommission nunmehr hinlänglich vorbereitet ist, erklärt die Versammlung sich einverstanden, daß der Gegenstand ohne weitem Aufschub auf die heutige Tagesordnung übernommen werde,

wonach denn Herr Heymann als Referent Folgendes vorträgt.

Im Laufe der Verhandlung haben die Antragsteller den dritten und vierten ihrer Vorschläge als zur Zeit nicht besonders dringlich zurückgezogen. Desto entschiedener bestehen sie hingegen auf den ersten drei Punkten, welche sie des näheren dahin erläutert haben, daß ein städtischer Friedhof anzulegen, die Mitwirkung der Kirche bei den Beerdigungen ein- für allemal auszuschließen, die Benutzung der alten Kirchhöfe aber, so lange sie noch Raum bieten, zu gestatten wäre. Demnach ist dieser Antrag von dem auf Anlage eines Centralfriedhofes immerhin noch principiell verschieden. Wennschon nun die Majorität der Commission einerseits die Ueberzeugung theilt, daß ein ausschließlich der politischen Gemeinde zuständiger Friedhof sehr wünschenswerth ist, ihr auch nicht unbekannt, daß es vergleichen anderer Orten bereits giebt, so hat sie sich andererseits doch auch die schweren Bedenken nicht verhehlen können, die dem vorliegenden Antrage entgegen stehen. Juristisch nämlich liegt der Fall keinesweges so einfach wie Herr Steinau voraussetzt. Nicht bloß um den factischen Befristand,

sondern um ein sehr bestimmtes, gesetzlich fest gegründetes Recht der Kirche handelt es sich. Denn als eine ausschließliche Befugniß der Kirche ist die Zeichenbestattung sowohl von dem allgemeinen Kirchenrechte als auch durch einen noch jetzt zu Recht bestehenden Erlaß des vormaligen Geheimrathscollegii auch für unser Land ausdrücklich anerkannt. Selbst dann also, wenn die Antragsteller ihre Forderung etwa noch einschränken und kirchliche Beerdigungen auch nach Schließung der jetzigen Kirchhöfe facultativ zulassen wollten — immer wäre doch eine Aenderung der bestehenden Landesgesetzgebung erforderlich, um rein bürgerliche Begräbnisse überhaupt nur zu ermöglichen. Ein dahin gerichteter Antrag aber würde bei Herzoglicher Landesregierung voraussichtlich auf keinerlei Erfolg zu rechnen haben, da die bisherige Gesetzgebung auf tief eingewurzelten Anschauungen beruht und daher nur unter dem Drucke einer zwingenden Nothwendigkeit zu beseitigen sein wird. — Zu diesen rechtlichen Bedenken gesellt sich dann auch noch ein finanzielles. Die hiesigen Kirchen sind meist ohne genügendes Vermögen und bedürfen jetzt schon alljährlich der Zuschüsse aus der allgemeinen Kirchenkasse; für manche derselben bilden den erheblichsten Theil ihrer Einnahmen eben die Begräbnißgebühren, deren Wegfall demnach die allergrößten Schwierigkeiten herbeiführen müßte, da die Umlage einer allgemeinen Kirchensteuer von der Landesregierung schwerlich geduldet werden, der mögliche andere Ausweg aber, für bürgerliche Begräbnisse gleichwohl auch den Kirchen die Gebühr zu entrichten, schwerlich den Absichten der Antragsteller entsprechen dürfte. Nach dem allen kann die Majorität der Commission gegenüber der aus den Herren Lucius und Steinau bestehenden Minorität sich nur für die Ablehnung des vorliegenden Antrages aussprechen. Gleichzeitig jedoch empfiehlt sie, daß der Magistrat ersucht werde, die Anlage eines Centralfriedhofes thunlichst zu beschleunigen.

Herr Nieß kann sich mit dieser unbedingten Abweisung des Bracke-Steinauschen Antrags nicht einverstanden erklären. Insbesondere im Hinblick auf die Lage der Dissidenten. Redner weist an einer eigenen Erfahrung nach, wie unduldsam die kirchlichen Behörden sich gegen Diejenigen verhalten, die aus der Kirchengemeinschaft geschieden sind. Damit aber erscheint es ihm logisch unvereinbar, daß die Kirchen gelegentlich der Begräbnisse nach wie vor zwangsweise einen gewissen Anspruch auf diese Ausgeschiedenen behaupten. Gleichviel, wie die Aussichten auf Erfolg sich darstellen mögen, den Versuch, diesem widerspruchsvollen Verhältniß ein Ende zu machen, hält Herr Nieß unter allen Umständen für geboten.

Herr Steinau acceptirt die Erklärung, daß die Commissionsmajorität sich gegen den Antrag nicht aus principiellen Gründen sondern nur deshalb ausgesprochen hat, weil sie denselben für unausführbar hält. Seinerseits glaubt Redner ihn hier nach nur um so entschiedener aufrecht erhalten zu müssen. Nicht aus Misachtung der bestehenden Gesetze, sondern weil er es als das Recht und die Pflicht jedes Bürgers erkennt, alles aufzubieten, um verrottete Gesetze aus der Welt zu schaffen.

Und zu diesen gehört ganz offenbar doch das Gesetz, welches die Leichenbestattung zu einem Rechte der Kirche macht. Es beruht auf den gedankenlos fortgepflanzten Anschauungen einer Zeit, in welcher die Staatsreligion, d. h. das Bekenntniß der Fürsten, Anlaß und Vorwand zu Religionskriegen und anderen Thaten der abscheulichsten Art hat liefern müssen. Für das moderne Bewußtsein ist es einfach eine Absurdität, die über kurz oder lang unfehlbar ebenso hinfällig werden wird, wie dies der Taufzwang, die Confirmationspflicht und die kirchliche Eheschließung bereits geworden ist. Was die kirchlichen Kreise und die mit diesen verbündeten Regierungen so hartnäckig daran festhalten läßt, sind nicht sowohl jene angeblichen religiösen Ueberzeugungen, als ein sehr handgreifliches materielles Interesse: nicht auf die Todten kommt es ihnen an, sondern auf den Profit, zu denen diese der Kirche verhelfen müssen — einen Profit, den man um so weniger glauben lassen zu dürfen, als die dann allerdings unvermeidliche Kirchensteuer jene weit überwiegende Mehrheit aller Protestanten, welche der Kirche jetzt nur noch gewohnheitsmäßig, ohne wirklich inneres Verhältniß verbunden sind, vollends hinaustreiben würde. So krankt denn das fragliche Gesetz durch und durch an innerer Unwahrheit; daß der gegenwärtige Zustand aber auch factisch manche höchst widerwärtige Uebelstände mit sich bringt, ist allbekannt. Redner erinnert an die Unduldsamkeit, die von den Kirchhöfen jeden nicht kirchlich approbirten Nachruf ausschließt, und an den jedes richtige Empfinden verletzenden Abstand zwischen dem Pomp bei dem Begräbniß sogenannter großer und der ärmlichen Bestattung sogenannter kleiner Leichen. Dem allen würde auf dem in vorliegendem Antrage gewiesenen Wege ein Ende gemacht werden. Und kein Zeitpunkt könnte hierzu geeigneter sein als der jetzige, da man von Stadt wegen mit der Anlage eines Centralfriedhofes umgeht. Die hiergegen eingewandten Opportunitätsrückichten vermag Redner nicht als durchschlagend anzuerkennen. Denn daß unsere Landesregierung die alten theologisch-bureaukratischen Anschauungen nicht lange mehr wird aufrecht erhalten können, ist kaum noch zweifelhaft: ähnliche Aenderungen wie die hier in Aussicht genommenen werden in Preußen ebenfalls schon vorbereitet; falls sie bei den Einzelregierungen nicht durchzusetzen sind, wird voraussichtlich doch in nicht allzuferner Zeit im Reichsgesetz mit den alten Mißbräuchen aufräumen. Unter diesen Umständen aber würde es immerhin doch den Versuch werth sein, ob Herzogliches Staatsministerium nicht jetzt schon dafür zu gewinnen wäre, und keinesfalls könnte es schaden, wenn die städtischen Behörden ihre Stimme für eine so durchaus zeitgemäße Forderung erhöhen. In dieser Absicht also bittet Redner nochmals um die Annahme des vorliegenden Antrags.

Herr Heymann. Gesetz auch, die in Rede stehenden Gesetze wären ganz so unzweckmäßig und widersinnig wie sie Herrn Steinau erscheinen, so würde die Stadtverordnetenversammlung sich doch nicht für berufen halten können, auf Abschaffung derselben hinzuarbeiten, da ihr eben keinerlei gesetzgeberische Befugniß zusteht. Wollte

sie dergleichen etwa usurpiren, so würde sie schließlich keine Zeit mehr zur Erledigung der ihr gesetzlich obliegenden Geschäfte behalten. Die von Herrn Nieß geltend gemachte Rücksicht auf die Dissidenten anlangend, müßte zunächst doch geprüft werden, ob ein eigener Kirchhof für diese wirkliches Bedürfniß ist, und sodann, ob die Stadt und nicht vielmehr die Dissidenten selbst einen solchen zu beschaffen hätte. Müßte aber auch beides bejaht werden, so würde damit immer noch nicht die Nothwendigkeit der Annahme des hier in Frage stehenden Antrages, sondern nur eben die Verpflichtung der Stadt erwiesen sein, einen Dissidentenkirchhof anzulegen, was principiell noch etwas ganz anderes als die von den Antragstellern vertretene Forderung.

Herr Steinau bittet dem gegenüber zu beachten, daß weder Herr Nieß noch er selbst einen Dissidentenfriedhof, sondern im Gegentheil einen ganz allgemeinen Friedhof anstreben. Als durchaus unrichtig glaubt er die Ansicht zurückweisen zu müssen, als sei die Versammlung in ihren Befugnissen derart eingeschränkt, daß sie nicht auf Abänderung von Gesetzen bringen dürfte die den eigensten Interessen der von ihr vertretenen Gemeinde unzutraglich sind. Blicke ihr die Initiative solcher Anregung versagt, dann würde man in der That doch fragen müssen, wozu sie überhaupt da wäre. Ob dieser Anspruch als Usurpation zu bezeichnen ist und den weiter von Herrn Heymann angedeuteten Vorwurf verdient, will er dessen eigener ruhiger Erwägung anheimstellen.

Herr Kybik muß trotzdem der Ansicht beipflichten, daß Anträge wie der vorliegende immerhin unter das Petitionsrecht der Einzelnen fallen, die Versammlung als solche aber dafür um so weniger einzutreten berechtigt ist, als ihre Debatten naturgemäß doch immer nur die Oberfläche eines so tief eingreifenden Gegenstandes werden streifen können.

Nachdem in gleichem Sinne sich auch Herr Schwarzenberg ausgesprochen hat, wird der Bracke-Steinausche Antrag abgelehnt, und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich verhandelt die Versammlung über verschiedene Steuerreclamationen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 12. April 1877.

Öffentlich:

Beschluß über den Antrag Herrn Krampe's auf Einführung der Selbststeinschätzung zur Communalsteuer.

Genehmigung des Voranschlags für das Wasserwerk auf das J. 1877.

Desgl. einer neuen Dampfkesselanlage für das Wasserwerk.

Beschluß über die Verwendung der Capitalabträge und des Ueberschusses der Neustadtmühle. Nachverwilligung für Wegebauten.

Beschluß über die Beschaffung der Geldmittel zum Bau des Schlachthauses.

Desgl. über die Vermietung des vormals Kaulitz'schen Hauses hinter den Brüdern.

Desgl. über die Erhöhung der Nachtwächtergehälter und der Anstellung neuer Wächter.

Desgl. über eine Straßenanlage zwischen der Wolfenbüttler, Salzdhämler und Schulstraße.

Wahl der Commission zur Vorberathung eines verbesserten Einschätzungsverfahrens.

Entschuldigt die Herren Flügge, Heymann, Kunken, Pini, Wilke.
Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe
Gebhard, Götke, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet namens der Statutencommission Herr Otto über den am 14. December v. J. von Herrn Krampe eingebrachten Antrag:

Die Versammlung wolle den Magistrat um Vorlage eines Statuts ersuchen, durch welches zunächst probeweis angeordnet werde, daß vom J. 1877 an

1. sämtliche Communalsteuerpflichtige nicht mehr wie bisher durch Einschätzungscommissionen veranlagt werden, sondern sich selbst einzuschätzen haben,
2. eine streng-alphabetische Liste der Steuerpflichtigen mit Angabe der Declaration eines jeden durch den Druck zu veröffentlichen ist,

3. die entfallenden Steuerbeträge in Monatsraten durch eigens dazu angestellte Beamte von den Steuerpflichtigen abzuholen sind.

Schon im Jahre 1869 hatte der Magistrat nebst mehreren anderen Abänderungen des bisherigen Einschätzungsverfahrens auch die beantragt, daß für die Steuerpflichtigen von mindestens 1000 Thaler Jahreseinkommen die Selbsteinschätzung zugelassen werde, jedoch unter Vorbehalt einer Revision und eventuellen Correctur seitens der Versammlung. Diese Einrichtung ins Auge zu fassen, war der Magistrat vornehmlich durch die notorische Unsicherheit der von den zuständigen Commissionen vorgenommenen Veranlagungen bewogen worden. Auch in der Versammlung wurde damals eine Aenderung des bestehenden Verfahrens als höchst wünschenswerth anerkannt, gleichwohl aber und zwar unter Verzicht auf alle theoretischen Erörterungen, lediglich aus praktischen Rücksichten, der Magistratsantrag abgelehnt. Zunächst nämlich schien keineswegs doch die Befürchtung ausgeschlossen, eine derartige Einräumung möchte viele Steuerzahler in Versuchung führen, unwahre Angaben zu machen. Sodann aber: wenn bisher Jeder der sich zu hoch eingeschätzt glaubte und gleichwohl dann seine Reclamation abgelehnt sah, deswegen mehr oder minder einen Unwillen auf die Stadtverordneten warf, so lag auf der Hand, daß dem die Versammlung bei der neuen Weise nicht nur nicht überhoben, sondern in dem Maße mehr ausgesetzt sein würde, je unvermeidlicher jede Verwerfung der eigenen Aussage eines Steuerpflichtigen gewissermaßen den Vorwurf einer bewußten Wahrheitswidrigkeit enthielte.

Diese Erwägungen haben sich der Commission nun auch gegenüber dem Krampe'schen Antrage aufgedrängt. Mußte einerseits die reine, durch keinerlei Revisionsrecht der städtischen Behörden eingeschränkte Selbsteinschätzung sich von vornherein als unausführbar darstellen, so war andrerseits nicht zu verkennen, daß die Nothwendigkeit, einzelne, ja aller Wahrscheinlichkeit nach ziemlich viele Declarationen zu beanstanden, die städtischen Behörden in eine viel peinlichere Lage versetzen würde, wenn den Steuerpflichtigen einmal das erste Wort gelassen wäre, als jetzt wo die Grundlage solcher Verhandlungen die nach pflichtmäßigem Ermessen aufgestellte Annahme der Commissionen bildet. Dies also die ausschlaggebenden Bedenken. Ueberdies aber konnten auch gewisse praktische Schwierigkeiten nicht übersehen werden. Einmal nämlich, da es sich der Absicht des Antragstellers zufolge nicht um facultative sondern um obligatorische Selbsteinschätzung handelt, würde es voraussichtlich gar nicht so leicht sein, die 22000 Steuerzahler hiesiger Stadt zur rechtzeitigen Abgabe ihrer Declarationen anzuhalten, in zahlreichen Fällen vielmehr der Magistrat sich genöthigt sehen, gegen Saumselige und Widerwillige mit Geldstrafen einzuschreiten, dies aber eine fortdauernde Quelle von Verstimmungen beim Publicum werden. Sodann darf für ausgemacht gelten, daß ein verhältnißmäßig ziemlich großer Theil der Steuerpflichtigen beim besten Willen gar nicht im Stande ist, über sein Einkommen auch

nur annähernd zuverlässige Auskunft zu geben — eine Thatsache die der Herr Oberbürgermeister bei den Verhandlungen der Commission durch eine Reihe sehr drastischer Beispiele dargethan hat.

Nach dem allen vermag die Commission das Princip der Selbsteinschätzung nicht zu empfehlen. Hinwiderum aber hat auch sie sich nicht verhehlen können, daß das jetzige Veranlagungsverfahren mit mancherlei Mängeln behaftet ist, deren Abstellung dringend zu wünschen. Einige derselben und deren mögliche Heilmittel sind auch bei dieser Gelegenheit wieder zur Sprache gekommen. Bei der anerkannten Unsicherheit vieler Einschätzungen wurde an einen Vorschlag erinnert, der schon bei Berathung des derzeitigen Statuts zur Erwägung gestellt, damals aber aus Opportunitätsrücksichten abgelehnt ist: daß ein besonderer Bureauarbeiter angestellt werde, um die Steuerlisten in Ordnung zu halten und alles zur Beurtheilung der Steuerkraft einzelner Stadtangehörigen Dienliche, was im Laufe des Jahres etwa zu seiner Kenntniß gelangt, zu notiren. Im Hinblick ferner auf die mit den jetzigen Veranlagungen verbundene Arbeitslast und die dadurch verursachte Verspätung der Ausgabe der Steuerzettel kam eine Maßregel zur Sprache, zu der man unter anderm in Ehemuth gegriffen hat, wo jeder Hauseigenthümer verpflichtet ist, jedes Jahr eine Liste der bei ihm wohnhaften Steuerpflichtigen einzureichen.

Da indessen alle Einrichtungen der Art noch einer gründlichen Prüfung bedürfen als die Commission aus Anlaß der hier zunächst vorliegenden Frage anzustellen in der Lage war, so hat sie sich bestimmter Vorschläge enthalten und zunächst auf den Antrag beschränken zu müssen geglaubt:

daß eine Commission von sieben Mitgliedern, darunter die drei Vorsitzenden der Einschätzungsdeputationen, bestellt und dieser die Vorprüfung der Frage übertragen werde, ob und durch welche Einrichtungen, unter Beibehaltung des Principes der Einschätzung durch die Stadtverordneten, die mit dem jetzigen Veranlagungsverfahren verbundenen Schäden zu beseitigen seien.

Diesem Vorschlage hat sich in Anbetracht der erwähneter Maßen gegen die Selbsteinschätzung obwaltenden praktischen Bedenken, ohne deshalb jedoch seine principielle Ueberzeugung aufzugeben, auch Herr Krampe angeschlossen und demzufolge seinen eigenen Antrag vorläufig zurückgezogen.

Die Versammlung beschließt dem Commissionsantrag gemäß. Die Wahl der sonach zu ernennenden Specialcommission wird an den Schluß der Tagesordnung gesetzt.

II. Mit einem Schreiben vom 16. v. M. sind der Versammlung die Vorschläge des Wasserwerks auf das Jahr 1877 zugegangen. Während die Ausgaben mit geringer Abweichung von den vorjährigen Positionen zu 97860 Mark angenommen

sind, haben die Einnahmen mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Vermehrung der Consumentenzahl — seit 1876 sind 231 Grundstücke aufs neue mit Wasserleitungen versehen — erheblich höher, zu 140900 Mark, angesetzt werden können, wonach sich denn ein muthmaßlicher Ueberschuß von 43040 Mark herausstellt.

In Uebereinstimmung mit dem Magistrate giebt die Finanzcommission, für die Herr v. Seckendorff berichtet, die Genehmigung dieser Voranschläge anheim.

Herr Steinau findet gegen die Anschläge an sich nichts einzuwenden, kann aber nicht umhin, nochmals auf eine schon oft vergeblich erhobene Beschwerde zurückzukommen. Während nach § 7 des Regulativs den Consumenten für gewöhnlich filtrirtes Wasser geliefert werden sollte, ist das Leitungswasser thatsächlich schon seit langer Zeit von einer Qualität, die es völlig ungenießbar macht. Bei den bedeutenden Ueberschüssen, die das Werk Jahr aus Jahr ein liefert, dürfte wohl die Frage anzuregen sein, ob hierin nicht sobald als möglich Wandel geschafft werden sollte, und diese Frage würde sich um so unabweislicher aufdrängen, falls wirklich, wie verlautet das Project der Harzwasserleitung definitiv aufgegeben wäre. Ueber den Stand dieser Angelegenheit möchte Redner daher zunächst authentische Auskunft erbitten. Bedenklich erscheint Herrn Steinau ferner, daß von Seiten des Wasserwerks selbst, entgegen dem in § 27 des Regulativs ausgesprochenen Verbote, und obgleich man über das künftige System der Abführung noch nicht schlüssig geworden ist, Closetanlagen gemacht werden. Da hierdurch der schon fast unerträgliche Zustand der Oefkanäle jedenfalls noch unendlich verschlimmert wird, wäre zu wünschen, daß vor der Hand keine Anlage der Art mehr zugelassen, dagegen der Versammlung so bald als möglich ein fertiges Canalisationsproject vorgelegt werde.

Herr Reuter giebt zu, daß § 7 des Regulativs den Consumenten ein durchweg besseres Wasser zusichert als in letzter Zeit geliefert ist. Als Grund dieses Defects bezeichnet er die abnormen Bitterungsverhältnisse des vergangenen Winters und insbesondere die ungewöhnlich häufigen Hochwasser, deren Uebelständen die jetzige Einrichtung des Wasserwerks nicht gewachsen. Dem abzuhelpen bedarf es entweder bedeutender Erweiterungen der Maschinen und Filter oder eines ganz neuen Leitungssystems, wie solches bei dem Projecte der Harzwasserleitung ins Auge gefaßt ist. Eins wie das andere aber ist nicht ohne sehr erhebliche Aufwendungen durchzuführen, in Folge deren an Stelle der bisherigen Ueberschüsse bald ein Deficit und damit die Nothwendigkeit treten wird, sämmtliche Grundbesitzer der Stadt, einerlei ob sie von der Wasserleitung Gebrauch machen oder nicht, zu Beiträgen heranzuziehen. Troßdem aber wird man so oder so auf eine Verbesserung des Wasserwerks bedacht sein müssen, und am meisten empfiehlt sich ohne Zweifel das kostspieligere Mittel der Harzwasserleitung, da an den hier fühlbar gewordenen Nachtheilen mehr oder weniger alle mit Flußwasser gespeisten Leitungen franken, weshalb denn die Techniker neuerdings auch zu dem Schlusse gelangt sind, daß derartige Anlagen womöglich ganz

sollten vermieden werden. Was in dem hiesigen Falle die Entscheidung der Wahl bisher noch verzögert hat, ist die hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Harzquellen bestehende Meinungsverschiedenheit: ein Streitpunct freilich, der nach Ansicht des Redners für die Stadt Braunschweig nicht gerade von maßgebender Bedeutung ist, da hier, falls ja die Harzquellen zu Zeiten versagen sollten, das vorhandene Werk aushelfen könnte. Jedenfalls aber wird die Frage in den nächsten Monaten zur Entscheidung kommen müssen. — Das zweite der von Herrn Steinau erhobenen Bedenken anlangend, so sind Closetanlagen in letzter Zeit allerdings hin und wider gestattet worden, immer aber nur mit Erlaubniß des Stadtbauamtes und der Polizeidirection, und nur an solchen Stellen, wo schon bis zum Ausgange der Stadt geführte Canäle vorhanden sind. Auch die Canalisationsfrage übrigens, bei der es sich einstweilen noch darum handelt, ob die Abgänge in den Fluß geleitet werden dürfen oder ob man zur Anlage von Rieselfeldern genöthigt sein wird, geht ihrer Entscheidung nunmehr entgegen.

Herr Schöttler bestätigt, daß an ähnlichen Mängeln wie das hiesige ziemlich alle älteren Wasserleitungen franken. Die Stadt Magdeburg z. B. ist dadurch in die Nothwendigkeit versetzt worden, ihr Wasserwerk durch neue Anlagen von immenser Ausdehnung zu erweitern, die ihr natürlich sehr theuer zu stehen gekommen sind und gleichwohl nicht einmal ganz sichere Gewähr für die bezweckten Erfolge bieten. Bei hiesigem Wasserwerke nun kommt zu allen übrigen Unvollkommenheiten noch die, daß jede augenblickliche Störung im Maschinenbetriebe die Stadt gegen eine gleichzeitig ausbrechende Feuersbrunst wehrlos machen kann, und diese Gefahr ließe sich, wie an dieser Stelle schon zum öftern besprochen ist, gleichfalls nur mit enormen Kosten, mittels eines Hochreservoirs, abwenden. Dies erwogen, wird man im Interesse der Stadt allerdings die Verwirklichung der projectirten Harzwasserleitung wünschen müssen, und zwar die möglichst rasche Verwirklichung derselben, da diesem Unternehmen die herrschenden Geschäftsconjunctionen in der That so günstig sind wie dies lange vorher keine waren und voraussichtlich in Zukunft so bald keine wiederkehren werden.

Auf den Voranschlag zurückgreifend, stellt Herr Nieß die Frage, ob das Privatanlagen-Conto des Wasserwerks für alle Zeit fortbestehen soll. Redner vermag solche Concurrnz einer öffentlichen Anstalt mit den Gewerbetreibenden der Stadt um so weniger zu billigen, als das Wasserwerk in vielen Fällen über Mittel gebietet, Aufträge zu Privatanlagen gewissermaßen zu erzwingen, dabei aber seine Arbeiter nicht derart zu beaufsichtigen vermag, daß es für die bei den Ausführungen notorisch recht oft vorkommenden Fehler und Menschlichkeiten verantwortlich eintreten könnte.

Herr v. Seckendorff erwidert, daß der fragliche Geschäftsbetrieb des Wasserwerkes als zweckmäßig und nothwendig allgemein anerkannt ist, und daß vage Anschuldigungen schwerlich ausreichen dürften, diese Meinung zu entkräften.

Herr Bracke kann in der That nicht finden, wiefern das Wasserwerk bei diesem Betriebe dem Publicum anders gegenüberstände wie jeder Privatunternehmer, und weshalb es namentlich nicht grade ebensogut wie solcher auch seine Arbeiter sollte beaufsichtigen können. Seinestheils würde er es daher dem Directorium sehr verdanken müssen, wenn es nicht alles aufböte, um möglichst viel Aufträge der gedachten Art zu erlangen. Sehr bedenklich hingegen erscheint dem Redner die von Herrn Reuter eröffnete Perspective auf Rieselfelder. Ueberall wo man es mit dergleichen bisher versucht hat, ist der Erfolg allen vorliegenden Berichten nach, ganz abgesehen von den immensen Kosten, ein höchst ungünstiger gewesen und hat sich namentlich herausgestellt, daß sie ihre Dienste im Winter gänzlich versagen. Wenn daher der Inhalt unserer demnächstigen Canäle nicht in die Oker abfließen darf — und allerdings ist nicht zu verkennen, daß derselbe den Fluß schließlich durch und durch verpesten würde — dann wird jedenfalls auf ein anderes System der Fäcalienabfuhr Bedacht zu nehmen sein und demnach auch die Erlaubniß zu Closetanlagen nicht mehr erteilt werden dürfen.

Wie Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt, theilt der Magistrat durchaus die Ansicht, daß die Stadt sich auf die Anlage von Rieselfeldern unter keinen Umständen einlassen könnte. In diesem Sinne hat der Magistrat sich denn auch sowohl gegen Herzogliche Baudirection als auch gegen die Kreisdirection ausgesprochen. Erstere hat dem gleichfalls schon zugestimmt; die Antwort der Kreisdirection, welche als Landespolizeibehörde über die beabsichtigte Benutzung des Flusses zu entscheiden hat, steht noch aus.

Herr Reuter führt an, daß die an der Oker unterhalb Braunschweigs belegenen Ortschaften, wie Delper, Beltenhof, Watenstedt, gegen die fragliche Verunreinigung des Flusses nicht nur nichts einzuwenden haben, sondern dieselbe sogar wünschen, um die Abgänge der Stadt auf bequemste Weise durch Inundationen für ihre Wiesen nutzbar zu machen. In Anbetracht dieser ungewöhnlich günstigen Sachlage durfte das Canalisationsproject mit Recht in erster Linie auf Abführung in die Oker basirt werden. Auf alle Fälle jedoch wird der Ausfluß an eine Stelle gelegt werden, wo eventuell sich eine Pumpstation einrichten ließe. Denn wenn allerdings auch die bisherigen Versuche nur sehr unbefriedigend ausgefallen sind, so ist damit doch keineswegs schon definitiv die Möglichkeit ausgeschlossen, daß Rieselfelder bei vervollkommneter Einrichtung günstigere Erfolge liefern werden. Gegenüber den von Herrn Rieß angeregten Bedenken constatirt Herr Reuter, daß das Wasserwerk auf die Uebernahme von Privataufträgen in gewissem Umfange in der That angewiesen ist, um das Personal auszunutzen, das es für die Röhrenarbeiten bereit halten muß, weil diese natürlich keinen Privatunternehmern anvertraut werden können. Aufgegrungen werden jene Dienste übrigens Niemandem; auch sind die Preise derart bemessen, daß jeder Privatunternehmer damit concurriren kann. Ist es allerdings

unmöglich, hinter jeden Arbeiter einen verantwortlichen Aufseher zu stellen, so dürften doch eben die Betriebsergebnisse zur Genüge beweisen, daß das Publicum sich über erhebliche Benachtheiligungen nicht zu beklagen findet, und eines Vortheils wenigstens sind die Auftraggeber des Wasserwerks unter allen Umständen versichert: daß sie stets mit dem allerbesten Materiale bedient werden. Den ersten Anstoß zu dieser Betriebssamkeit gab bekanntlich der Umstand, daß 1864, bei Eröffnung des Wasserwerks, in Braunschweig kein Gewerbetreibender vorhanden war, der sich mit Leitungsanlagen abgeben konnte oder wollte; und für die Entwicklung der Anstalt ist dies ohne Zweifel ein großes Glück gewesen, da so grade die ersten Arbeiten dieser Art sämmtlich gediegen ausgeführt und hierdurch zahlreiche Unglücksfälle verhütet sind, welche die Anstalt in Mißcredit gebracht hätten. — Den gegen die Beschaffenheit des Leitungswassers vorgebrachten Klagen will Redner eine gewisse Berechtigung nicht absprechen; doch bittet er zu bedenken, einmal daß das Werk sich, wie schon gesagt, bei seiner gegenwärtigen Einrichtung in einem Nothstande befindet, und sodann daß das gelieferte Wasser hier durchschnittlich doch noch ungleich besser ist, als in vielen anderen Städten.

Herr Bracke beharrt bei der Ueberzeugung, daß die Riefelfelder durch die vorliegenden Erfahrungen definitiv gerichtet sind.

Herr Steinau kann weder hoffen noch wünschen, daß die Landespolizeibehörde den Abfluß unserer künftigen Canalisation in die Oker zulassen werde. Denn wer etwa noch zweifeln könnte, wie deren Inhalt andernfalls sehr bald beschaffen sein würde, den müßten hierüber eben die Pläne aufklären, welche die Landwirthe einiger Nachbardörfer angeführter Maßen auf jene Eventualität bauen. Was aber diesen Wenigen möglicher Weise zu Statten kommen möchte, das würde unfehlbar sehr vielen anderen Menschen höchst verderblich werden müssen.

Herr Rieß fühlt sich peinlich durch die kurze Abfertigung berührt, die seiner Anfrage von Seiten des Herrn v. Seckendorff geworden ist. Er erkennt darin eine gewisse hochfahrende Manier wieder, die unter anderen auch Herr Krampe schon hat erfahren müssen, so oft er in Sachen des Wasserwerks um irgend welche Auskunft gebeten. Fordert man eine nähere Angabe der Beschwerden, die im Publicum hin und wider gegen die Arbeiter des Wasserwerks erhoben werden, so wird er auch damit dienen können. Für jetzt will er anführen, daß nach einer Aussage seines verstorbenen Vaters gelegentlich größere Rohrlängen berechnet sind als gelegt waren.

Herr v. Seckendorff ist sich bewußt, in seiner Erwiderung keine Form des parlamentarischen Anstandes außer Acht gelassen zu haben. Daß vage Anklagen — und als solche muß er auch das ansehen was Herr Rieß soeben vorgebracht hat — nicht ausreichen, um eine allseits als zweckmäßig anerkannte Einrichtung in der Meinung Unbefangener herabzusetzen, diesen Ausspruch kann und muß Redner nach wie vor aufrecht erhalten.

Der Herr Vorsitzende macht Herrn Nieß aufmerksam, daß seine Aeußerung, wörtlich genommen, eine Beleidigung involviren würde.

Herr Krampe versteht nicht, wie Herr Nieß dazu kommt, sich gleichsam zu seinem Sachwalter aufzuwerfen. Falls ihm, dem Redner, auf irgend eine seiner Anfragen eine unbefriedigende Antwort werden sollte, würde er sich jederzeit selber zu helfen wissen.

Der Voranschlag des Wasserwerks wird hierauf genehmigt.

III. Laut eines Magistratschreibens vom 19. März ist auf dem Stadtwasserwerke die Aufstellung eines neuen, vierten, Dampfkessels sowie die Anlage eines neuen Zuleitungsrohres von der Dfer nach dem Filter erforderlich, und erscheint ferner die Vorrichtung eines Badezimmers im Kesselhause für die Arbeiter des Werkes wünschenswerth. Zu diesem Behuf hat die Direction auf Verwilligung der Summen von 16500, 1250 und 250 Mark, überhaupt also 17800 Mark, mit dem Bemerken angetragen, daß selbige von den Betriebsüberschüssen des laufenden Jahres wieder abgetragen werden könnten. Die Verwaltungsdeputation hat diese Aufwendungen als nothwendig anerkannt, und in gleichem Sinne spricht auch der Magistrat sich aus.

Von der Finanzcommission, für die Herr v. Seckendorff berichtet, ebenmäßig empfohlen, wird die beantragte Verwilligung auch von der Versammlung ohne weiteres gewährt.

Ferner

IV. trägt namens der Finanzcommission Herr Kybik vor:

Außer den an den hiesigen Kreiscommunalfond zu zahlenden Zins- und Amortisationsbeträgen und den als Baufonds zu reservirenden 10 % hat die Neustadtmühle im verflossenen Jahre noch einen Ueberschuß von 8--9000 Mark geliefert, über dessen Verwendung jetzt Beschluß zu fassen ist. Da besondere Ausgaben für die Mühle zur Zeit nicht bevorstehen, so würde der ganze Ueberschuß an den Kreiscommunalfonds abgeliefert und nebst dem vertragmäßigen Abtrage von 1855 Mark von der vorgeliehenen Kauffumme abgesetzt werden können, diese Gelder also dem bisherigen Verfahren zufolge durch den Ankauf den Werthpapieren wieder zu belegen sein. Da indessen nach früherer Verabredung die zur Deckung außerordentlicher Ausgaben der Stadt erforderlichen Mittel in der Regel nicht von außen angeliehen, sondern gegen Verzinsung mit $4\frac{1}{2}$ und Amortisation mit 1 % von dem Kreiscommunalfonds entnommen werden sollen, so würde es unvermeidlich mit Verlusten verbunden sein, wenn man für die eingehenden Abschlagssummen erst Werthpapiere ankaupte und solche dann im Falle des Bedarfs wieder veräußerte. Unter diesen Umständen schlägt der Magistrat vor,

- 1) die als Reservefonds innzubehaltenden 10 % der Ueberschüsse des Mühlenwerks bei der Bank oder der Creditanstalt bestmöglich, jedoch so zu belegen, daß diese Gelder in jedem Augenblicke flüssig gemacht werden können, und so die Stadtkasse nicht durch plötzliche außerordentliche Anforderungen in Verlegenheit gerathe;
- 2) die vertragsmäßigen Amortisationsabträge sowie die sonstigen Ueberschüsse der Neustadtmühle der Stadtkasse zu überweisen, der Mühle aber auf ihre Schuld gutzuschreiben;
- 3) diese Gelder der Mühlenkasse mit $4\frac{1}{2}$ % zu verzinsen, auch 1 % darauf zu amortisiren und die Zinsen unter den laufenden Einnahmen der Neustadtmühle, die Amortisationsbeträge aber als Forderung der Mühle an die Stadtkasse zu berechnen;
- 4) der Stadtkassenrechnung alljährlich ein Conto anzuschließen, aus welchem das Schuldverhältniß der Neustadtmühle zum Kreiscommunalfonds und ebenso deren Forderung an die Stadtkasse deutlich hervorgehe.

Für dieses Verfahren erbittet der Magistrat die Zustimmung der Versammlung, indem er zugleich beantragt,

daß dem Stadtkämmerer für die wegen der Neustadtmühle zu führende Rechnung vom Jahre 1876 ab eine jährliche Gratification von 150 Mark verwilligt werde.

Die Commission kann diese Anträge ihrem wesentlichen Inhalte nach nur zur Genehmigung empfehlen, findet aber deren Absichten unter 2 und 3 nicht völlig zweifellos zum Ausdruck gebracht, und giebt daher anheim, die gewünschten Beschlüsse folgendermaßen zu fassen:

- 1) Sämmtliche Reinerträge der Neustadtmühle fließen in die Stadtkasse, für deren Rechnung die Mühle erworben ist.
- 2) Ueber den Mühlenbetrieb wird eine besondere Betriebsrechnung geführt. Von dem hiernach sich ergebenden Jahresertrage werden zunächst 10 % als Reservefonds zur Beschaffung von Baulichkeiten an der Mühle abgesetzt und dem Vorschlage des Stadtmagistrates sub 1 gemäß belegt. Der sodann resultirende Ueberschuß bildet den in der Stadtkasse zu verzinnenden Reinertrag.
- 3) Für Führung der Betriebsrechnung wird dem Kämmerer Gerloff vom 1. Januar 1876 an und bis auf weiteres eine Remuneration von 150 Mk ausgeworfen.
- 4) Das der Stadtkasse zum Ankaufe der Neustadtmühle aus dem Communalfonds mit 185500 Mk gewährte Darlehen wird von der Zahlung an mit mindestens 1 % jährlich vom ursprünglichen Betrage amortisirt, und mit $4\frac{1}{2}$ % jährlich verzinsset. Ergiebt der aus dem Mühlenbetriebe gewonnene Reinertrag mehr als 1 % zur Amortisation, und $4\frac{1}{2}$ %

Zinsen auf den jeweiligen Restbetrag der Capitalschuld, so wird der gesammte weitere Ueberschuß, welcher pro 1876 8—9000 Mk beträgt, ebenfalls auf die Forderung des Communalfonds abgetragen. Die Zinsen fließen, so lange der Communalfonds ihrer nicht bedarf, in die Stadtkasse. Die gesammte Amortisation wird unter den Ausgaben der Stadtkasse berechnet und auf die Schuld der letzteren resp. die bezügliche Forderung des Communalfonds am Schlusse jeden Betriebsjahres abgesetzt.

- 5) Die Amortisationsbeträge sind entweder zinsbar zu belegen, oder sie werden der Stadtkasse zur Deckung außerordentlicher Ausgaben gegen $4\frac{1}{2}\%$ Verzinsung, und 1 % Amortisation jährlich vom ursprünglichen Betrage der neuen Anleihe dargeliehen.
- 6) Am Schlusse jeder Betriebsrechnung der Neustadtmühle ist eine Abrechnung darüber zuzulegen, wie sich unter Berücksichtigung der nach der vorstehenden Rechnung zur Amortisation disponibeln Ueberschüsse die Restschuld der Stadtkasse für die Neustadtmühle stellt.

Die Versammlung erklärt sich einverstanden.

Wie

V. der Magistrat in einem Schreiben vom 26. März vorträgt, hat der Wegebaucommissär vorgetragen, daß in Folge der anhaltend ungünstigen Witterung des verfloffenen Winters die Ansätze des diesjährigen Etats für Material zur Unterhaltung der Wege in der städtischen Feldmark nicht ausreichen, hierzu vielmehr noch 525 Cubikmeter Steine à 14 Mark und demnach eine außerordentliche Bewilligung von 7350 Mark erforderlich ist. Der Stadtbaurath hat diese Anforderung für begründet erklärt, der Magistrat auch auf eine Anfrage bei Herzoglicher Baudirection erfahren, daß für die herrschaftlichen Wege ebenfalls bedeutende Nachverwilligungen gewährt sind. Den geforderten Mehrbedarf vorschußweise auf den Etatposten des nächsten Jahres zu übernehmen, kann nicht angemessen erscheinen, da es hiernach im Jahre 1878 an dem Nothwendigen fehlen und durch Ersparniß einer so bedeutenden Summe die Wege voraussichtlich leiden würden. Magistrat ersucht demnach die Versammlung sich einverstanden zu erklären,

daß der städtischen Wegebaukasse zur Anschaffung von Wegeverbesserungsmaterial die Summe von 7350 Mark extra aus der Stadtkasse zur Verfügung gestellt werde.

Namens der Finanzcommission durch Herrn v. Seckendorff empfohlen, wird dieser Antrag von der Versammlung ohne Discussion genehmigt.

VI. Von den bei der letzten Vertheilung der Staatskassenüberschüsse dem hiesigen Kreiscommunalfonds zugefallenen und hierauf zu Behuf außerordentlicher Ausgaben, insbesondere für Schulbauten, der Stadtkasse überwiesenen 450600 Mark waren

bis zu Anfang dieses Jahres 250600 verwandt und sind im Laufe der letzten drei Monate abermals 50000 Mark angefordert und verausgabt, so daß gegenwärtig nur noch 150000 Mark disponibel sind. Da nun diese Summe zur Bestreitung der für dieses Jahr ferner in Aussicht stehenden Bedürfnisse nicht ausreicht, war in Erwägung zu ziehen, auf welche Weise dieselben völlig gedeckt werden könnten. Das Ergebnis einer dieserhalb mit der Finanzcommission getroffenen vorläufigen Rücksprache theilt der Magistrat nunmehr in einem Schreiben vom 22. März mit. Danach wären

1. die zur Erbauung des Schlachthauses nebst Zubehör erforderlichen Mittel, nach ungefährrer Veranschlagung 400000 Mark, durch eine Anleihe herbeizuschaffen, für die aufgenommenen Beträge au-porteur-Obligationen auszugeben, der Abschluß des Darlehns-Vertrages dem Magistrat und der Finanzcommission zu überlassen und die Verzinsung mit 4 sowie die Amorsation mit 1 % von den Einnahmen des Schlachthauses oder, soweit dies etwa nicht möglich, aus der Stadtkasse zu bestreiten.

2. Zur Deckung der festen Ausgaben des Kreiscommunalfonds im Gesamtbetrage von 42150 Mark wären die in dessen Besitz vorhandenen fünfprocentigen österreichischen und preussischen Werthpapiere, in Summa 879200 Mark, zu reserviren. Da deren Zinsen, nach dem augenblicklichen Course der österreichischen Effecten jährlich 40340 Mark, für den gedachten Zweck nicht völlig ausreichen, würde vorläufig bei der jährlichen Festsetzung des Etats zu bestimmen sein, ob für das nächste Jahr an dem einen oder andern Ausgabeposten eine entsprechende Ersparung eintreten oder das fehlende aus der Stadtkasse zugeschoffen werden soll.

3. Die übrigen Werthpapiere des Kreiscommunalfonds, 810300 Mark, wären je nach Bedarf zu verkaufen und zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben der Stadtkasse zu verwenden, nachdem eintretenden Falls Magistrat und Finanzcommission über die Nothwendigkeit der Veräußerung und die Gattung der zu verwerthenden Papiere sich verständigt, und bei entstehender Meinungsverschiedenheit die Entscheidung der Stadtverordneten eingeholt. Die auf diese Weise der Stadtkasse vorgeliehenen Gelder würden dann dem Kreiscommunalfonds mit $4\frac{1}{2}$ % zu verzinsen und mit 1 % zu amortisiren, die Zinsen aber, so lange ihrer die Kreiscommunalkasse nicht zu besonderen Ausgaben bedarf, nicht wirklich zu berichtigen sondern als Ueberschüsse der Stadtkasse zu belassen, die Amortisationsbeträge hingegen zur Erhaltung der Ordnung regelmäßig zu entrichten und zinsbar wieder zu belegen sein.

4. Rückfichtlich der aus dem Kreiscommunalfonds zum Ankaufe der Neustadtmühle vorgeliehenen 185500 Mark würde es bei der getroffenen Verabredung sein Bewenden behalten, während

5. auf das der Stadtkasse zu Schulhausbauten vorgeliehene Capital von 450600 Mark ebenfalls keine Zinsen zu bezahlen, wohl aber jährlich 1 % zu amortisiren und diese Abträge zinsbar zu belegen wären.

6. In der Stadtkassenrechnung sowie in der Rechnung über den Kreiscommunalfonds würde jährlich genau anzugeben sein, wieviel auf die vorgeliehenen Capitalien von der Stadtkasse abgetragen ist und wie danach das Schuldverhältniß sich jeweilig gestaltet.

Mit diesen Vorschlägen also ersucht Magistrat die Versammlung sich einverstanden zu erklären.

Die Finanzcommission, deren Bericht Herr Rybitz erstattet, hat ihrerseits noch ein Amendement nöthig befunden. Da unter Umständen nämlich, nach Maßgabe des Gegenstandes der beabsichtigten Verwendung, eine höhere Amortisationsquote als 1 % räthlich sein kann, giebt sie anheim, den betreffenden Passus sub 3 der Magistratsproposition bei der Beschlußfassung folgendermaßen zu formuliren:

»Die auf diese Weise der Stadtkasse vorgeliehenen Gelder sind dem Kreiscommunalfonds mit 4 % zu verzinsen und mit einem angemessenen Procentsatze, mindestens aber mit 1 % jährlich von dem ursprünglichen Betrage der Anleihe zu amortisiren« ic.;

»Die Feststellung einer höhern Amortisationsquote als 1 % jährlich bleibt, falls solche mit Rücksicht auf den Verwendungszweck vom Magistrat für erforderlich oder von der Finanzcommission für nützlich erachtet wird, der Vereinbarung mit den Stadtverordneten überlassen«.

Zugleich empfiehlt die Commission noch folgende neue Bestimmung einzuschalten:

»Die Amortisationsquoten sind unter den ordentlichen Ausgaben der Stadtkasse in Ansatz zu bringen, so daß sie den durch Communalsteuer aufzubringenden Ausgabenbetrag vermehren. Sie werden am Schlusse des Jahres auf die betreffende Forderung des Kreiscommunalfonds an die Stadtkasse und resp. auf die Schuld letzterer bei ersterem abgeschrieben, können dann aber, statt anderweitiger zinsbarer Belegung, der Stadtkasse zu außerordentlichen Ausgabezwecken gegen 4 % Verzinsung, und angemessene Amortisation sofort wieder angeliehen werden«.

Würde gleich hier endlich ausgesprochen:

»Die hier in Betreff der Verzinsung und Amortisation getroffenen Bestimmungen finden auch auf das der Stadtkasse zu Schulhausbauten vorgeliehene Capital von 450600 Mark Anwendung«;

so wäre damit in entsprechender Abänderung die fünfte Proposition des Magistrates vorweggenommen.

In dieser Fassung empfiehlt die Commission die Magistratsanträge zur Genehmigung.

Herr Oberbürgermeister Caspari findet gegen diese Abänderungsvorschläge im allgemeinen nichts einzuwenden. Einiges Bedenken hegt er nur gegen den Satz, daß die Höhe der Amortisationsquoten von dem Beschlusse der Versammlung abhängen soll. Falls dies nämlich so zu verstehen wäre, daß die Versammlung eine

Amortisation zu mehr als 1 % beschließen dürfte, dann aber dem Magistrate überlassen bliebe, die erforderlichen Mittel zu beschaffen, so könnte der Magistrat sich damit nicht einverstanden erklären. Außer Zweifel steht, daß über die Amortisationen nichts ohne Zustimmung der Versammlung festgesetzt werden kann; ebensowenig aber kann letztere einseitig für sich allein darüber verfügen. Demnach möchte der Herr Oberbürgermeister ausdrücklich hervorgehoben wissen, daß es dazu eines gemeinschaftlichen Beschlusses beider Körperschaften bedarf. Hinsichtlich der Anleihe zu Behuf des Schlachtehauses bemerkt er, daß der Magistrat vorziehen würde, dieselbe beim Leihhause zu contrahiren, falls dieses keine Verzinsung über 4 % beanspruchte. Nur weil es bisher zweifelhaft erschien, ob dort das Geld so billig zu haben sein wird, während anderweitig immer noch Capitalien zu 4 % angeboten werden, hat der Magistrat die Ausgabe von Obligationen ins Auge gefaßt.

Herr Solmitz hat die Bestimmung hinsichtlich der Amortisation gleichfalls dahin verstanden, daß letztere mindestens mit 1 % jährlich erfolgen, die Erhöhung dieser Beträge lediglich von der Versammlung abhängen soll.

Herr Rybitz indessen constatirt, daß die Meinung der Commission mit der Verwahrung des Herrn Oberbürgermeisters durchaus im Einklange steht;

was Herr Schwarzenberg etwa durch folgende Fassung des betreffenden Satzes außer Zweifel zu stellen anheimgibt:

»Zu höherer Amortisation hat die Versammlung ihre Zustimmung zu ertheilen.«

Herr Lucius gegenüber, der die beantragter Maßen zu verkaufenden Werthpapiere des Kreiscommunalfonds genau bezeichnet zu sehen wünscht,

gibt Herr Oberbürgermeister Caspary die Erklärung ab, daß der Magistrat nicht etwa heute oder morgen sämtliche Stücke loszuschlagen, sondern mit dem Verkaufe allmählig und in der Reihenfolge vorzugehen beabsichtigt, welche dem Magistrate im Verein mit der Finanzcommission gerathen scheinen wird. Jeden desfalligen Beschluß erst vor die Versammlung zu bringen, würde darum unthunlich sein, weil der Art Fragen meistens schnell entschieden werden müssen.

In Erwägung, daß die fragliche Schuldentilgung bei einer Amortisation mit 1 % sich zu lange hinziehen würde, beantragt Herr Steinau, darauf wie früher in ähnlichen Fällen auch je den Betrag der durch die vorausgegangenen Abträge ersparten Zinsen zu verwenden.

Herr Solmitz, von der gleichen Erwägung ausgehend, möchte vorziehen, daß der Versammlung überlassen bliebe, eventuell eine höhere Amortisation festzusetzen. Die Art und Weise der Herbeischaffung erforderlicher Geldmittel anlangend, empfiehlt er, dem Magistrate anheimzustellen, ob und wann die vorhandenen Effecten verkauft werden sollen, falls aber die Verkaufsbedingungen sich als zu ungünstig herausstellten, lieber zu Anleihen zu greifen.

Herr Steinau sieht nicht, wie durch eventuelle Erhöhung der Amortisations-

quoten die Hinzunahme der ersparten Zinsen ausgeschlossen wäre. Diese aber scheint ihm unter allen Umständen geboten, da er für das einzig richtige Princip nur das halten kann, derartige Schulden so rasch als möglich zu tilgen.

Herr Overbürgermeister Caspari. Man muß bei Betrachtung dieser Angelegenheit verschiedene Rücksichten ins Auge fassen. Als die Schuld der Stadt noch eine geringere war, wurde allerdings mit 1 % und den ersparten Zinsen amortisirt. Jetzt aber hat selbige sich sehr vermehrt, und bei der allgemein herrschenden Bereitwilligkeit, die Stadt womöglich zu einem Ideale zu gestalten, ist ein Ende ihres Anwachsens sobald nicht abzusehen: würde doch die Erfüllung aller bereits verlaublichen und eifrig ventilirten Wünsche die Aufwendung von circa 15 Millionen erfordern. Kann man nun auch nicht verlangen, daß die kommenden Geschlechter für alle Wünsche der Gegenwart aufkommen, so wird man sich andererseits doch auch hüten müssen, die jetzt Lebenden allzuschwer zu belasten, um der Zukunft ein Paradies zu schaffen, und dies um so mehr, da unter den jetzigen Zeitverhältnissen eine Erhöhung der Communalsteuer dem größten Theile der hiesigen Einwohner ohne Zweifel sehr beschwerlich fallen würde. Bei Amortisirung mit 1 % werden die übernommenen Schulden etwa in hundert Jahren getilgt; und da sie für Anlagen gemacht werden, deren Dauer sich auf mindestens zwei hundert Jahr berechnen läßt, so dürfte diese Abtragsfrist immerhin doch nicht zu lang bemessen sein.

Herr Bracke entnimmt aus den von dem Herrn Overbürgermeister angedeuteten Verhältnissen abermals eine Mahnung, in allen nicht unbedingt nothwendigen Dingen auf die allergrößte Sparsamkeit zu halten.

Herr Reuter hält in Anbetracht der Solidität aller städtischen Bauten und der großen Opfer, welche viele der in Frage kommenden Anlagen gerade in den ersten Jahren ihres Bestehens erheischen, 1 % ebenfalls für eine angemessene Amortisationsquote. Rückfichtlich des Schlachtehauses schreibt übrigens das Landesgesetz ausdrücklich vor, daß die jährlichen Amortisationen über den Betrag von $\frac{1}{2}$ % nebst den ersparten Zinsen nicht hinausgehen sollen; nach diesem Fingerzeig aber wird man sich auch anderen Anlagen gegenüber und um so unbedenklicher richten dürfen, wenn zugleich, wie dies hier geschieht, höhere Abträge ins Auge gefaßt werden. Als richtigste Art der Amortisation sieht Redner unter allen Umständen die durch Annuitäten an,

worin Herr v. Seckendorff ihm beipflichtet, indem er beispieishaft anführt, daß ein Capital von 10 Millionen, mit Annuitäten von 5 % verzinst, binnen 50 Jahren abgetragen und dabei gegen die hier beantragte Tilgungsform eine Ersparniß von 500,000 erzielt wird.

Herr Steinau findet sich durch die gegen seinen Antrag erhobenen Einwände nicht widerlegt. Daß bei Anlagen von zweihundertjähriger Nutzbarkeit 1 % Amortisation allenfalls genügt, will er nicht bestreiten; anders aber liegt die Sache jedenfalls bei industriellen Unternehmungen wie das Schlachtehaus. Und wenn das Wasserwerk etwa in den ersten Jahren seines Bestehens, solange es noch unfertig und die Betheiligung

des Publicums nur gering war, keine Erträge geliefert hat die eine höhere Amortisation ermöglichen, so wird der Erfolg des Schlachtehauses unzweifelhaft günstiger ausfallen, da von vornherein sämmtliche Schlächter zu dessen Benutzung gezwungen sind. Nach Maßgabe des Landesgesetzes modificirt Redner daher seinen Antrag nunmehr dahin, daß in diesem Falle mindestens mit $\frac{1}{2}$ % jährlich und den ersparten Zinsen amortisirt werde.

Herr Overbürgermeister Caspari ist einverstanden, daß bei einer rentablen Anlage, wie solche allerdings auch das Schlachtehaus ist, mehr als die gewöhnliche Amortisationsquote abgetragen werde, sobald die Verhältnisse es irgend gestatten. Demgemäß ist denn auch das Anlagekapital des Gaswerks, solange letzteres noch geringere Ausgaben erforderte, mit 10 statt des vertragsmäßigen 1 % getilgt worden, und soll dergleichen in Betreff des Schlachtehauses ebenfalls ausdrücklich vorbehalten sein. Dazu aber die Stadt ihren Gläubigern gegenüber von vornherein zu verpflichten, kann deshalb nicht rathlich erscheinen, weil alsdann bei ungünstigen Betriebsergebnissen entweder die Gebühren für Benutzung des Schlachtehauses zu hoch bemessen, oder aber alljährlich große Summen aus der Stadtkasse zugeschoffen werden müßten.

Im Hinblick auf jene landesgesetzliche Bestimmung zweifelt Herr Reuter, daß höhere Amortisationen in diesem Falle überhaupt zulässig sind. Maßgebend war bei jenem Gesetze der Gesichtspunct, daß für die Benutzung des Schlachtehauses keine höhere Gebühren erhoben werden dürfen, als die Unterhaltung des Etablissements und die allmähliche Abtragung des Anlagekapitals unbedingt erfordern, weil andernfalls ein unentbehrliches Nahrungsmittel übermäßig vertheuert werden müßte. Dieser Absicht würde es nicht entsprechen, wenn man auf die Eventualität solcher Erträge rechnen wollte, die eine höhere Amortisation ermöglichen: tritt dieselbe ein, so wird man nicht die Amortisation beschleunigen dürfen, sondern die Gebühren herabsetzen müssen.

Herr Munte hält die Amortisation mit 1 % für ausreichend, zweifelt aber, ob die Obligationen al pari werden unterzubringen sein. Mit Rücksicht auf die herrschenden Kriegsaussichten empfiehlt er möglichste Beschleunigung der Emission. Gleichzeitig ersucht er den Magistrat um Mittheilung einer Uebersicht der noch fernerhin bevorstehenden Ausgaben, damit die Versammlung beurtheilen könne, welche darunter mehr oder weniger unerläßlich sind.

Unter Ablehnung des Steinau'schen Amendements werden die Anträge des Magistrats in der commissionsseitig vorgeschlagenen Fassung von der Versammlung genehmigt.

VII. Namens der Statutencommission, der dieser eilige Gegenstand bei Behinderung der Finanzcommission überwiesen werden mußte, trägt ferner Herr Schwarzenberg vor, daß Herzogliche Landesregierung den Magistrat um Ueberlassung eines Unterrichtslocales für die Schulamts-Präparandenanstalt ersucht hat, deren Unterhal-

tung zu Ostern d. J. auf sie übergeht. Geeignet dazu ist das von der Stadt zu Schulzwecken angekaufte, aber nicht benutzte vormal's Kaulitz'sche Haus hinter den Brüdern. Bisher war die Absicht, dasselbe an Lehrer der Realschule zu vermietthen; da dieses aber nicht als dringende Nothwendigkeit angesehen werden kann, hat der Magistrat es der Regierung zu gedachtem Zwecke gegen einen Miethzins von 1000 Mk jährlich und die Verpflichtung zur Bestreitung aller nöthigen Reparaturen und Abgaben zunächst auf zwei Jahr, jedoch unter Vorbehalt stillschweigender Prolongation, falls je ein halbes Jahr vorher keine Kündigung erfolgt, zur Verfügung gestellt. Nachdem Herzogliches Staatsministerium sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt hat, wird für den bezüglichen Vertrag mittels Schreibens vom 30. d. M. auch die Zustimmung der Versammlung beantragt
und auf Empfehlung der Commission ohne weiteres ertheilt.

VIII. Zum Bau der Turnhalle und zweier Pissoirs bei der neuen Schule im Pflegehausgarten hat der Stadtbaurath um Verwilligung der anschlagsmäßigen Summe von 29640 Mk gebeten. Vom Magistrate in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte mittels eines Schreibens vom 29. v. M.

und ebenso auch durch die Finanzcommission befürwortet, für welche Herr v. Seckendorff berichtet,
wird diese Verwilligung seitens der Versammlung ausgesprochen,
nachdem

Herr Mühe gerügt, daß auf so nothwendige Anlagen nicht gleich beim ersten Bauplane Rücksicht genommen ist,

Herr v. Seckendorff zur Erklärung dieser vermeintlichen Verschümmelung ausgeführt hat, daß die Nebengebäude des Pflegehauses erst abgerissen sein mußten, bevor die fraglichen Bauten in Angriff genommen werden konnten.

IX. In einem Gesuche vom 19. Februar sind die hiesigen Nachtwächter um eine Gehaltserhöhung eingekommen. Herzogliche Polizeidirection befürwortet dieselbe zu dem Betrage von je 90 Mk jährlich.

Nach der am 1. Januar 1874 in Kraft getretenen Organisation wird der Nachtwachdienst in der innern Stadt einschließlich der Wallpromenaden von 34, der der Außenstadt von 7 Wächtern versehen, und zwar von 10 Uhr Abends an bis 4 Uhr Morgens in den Monaten Mai—August, bis 5 Uhr während des März, April, September, October, bis 5½ Uhr November—Februar. Die Außenwächter haben sämmtlich während der ganzen Nacht umzugehen; die Innenwächter von 1 Uhr Morgens an abwechselnd nur zur Hälfte. An Gehalt beziehen erstere 600, letztere 360 Mk; außerdem wird jedem eine Dienstuniform geliefert, und beziehen sie nicht unbeträchtliche Nebeneinnahmen durch das gesetzlich zwar nicht gestattete, gleichwohl aber geduldete Gratuliren zu Neujahr und Fastnacht.

Letztern Gebrauch ganz zu beseitigen würde schon an sich, namentlich aber auch deshalb seine großen Schwierigkeiten haben, weil viele Einwohner, insbesondere Bäcker, Fleischer und andere Ladeninhaber, von den Nachtwächtern besondere Dienstleistungen beanspruchen, für die sie freiwillig und gern bestimmte Gratificationen zahlen. Im eigenen Interesse des Publicums hält daher auch Herzogliche Polizeidirection nicht für rathsam, hiergegen strafrechtlich einzuschreiten; auch ist zu berücksichtigen, daß die Entziehung solcher Nebenverdienste eine sehr namhafte Erhöhung der Wächtergehälter nöthig machen und somit der Stadtverwaltung neue Lasten aufbürden würde. Dagegen ist Herzogliche Polizeidirection der Ansicht, daß das Einsammeln von Geschenken nur zu Neujahr zuzulassen, zu jeder andern Zeit aber streng zu untersagen und eventuell als Bettel zu verfolgen sei. Mit diesen Auffassungen erklärt der Magistrat sich einverstanden; die neuerdings beantragte Gehaltserhöhung hingegen glaubt er unter diesen Umständen nur zu dem Betrage von je 50 Mark befürworten zu können.

In dem bezüglichen Berichte Herzoglicher Polizeidirection war ferner darauf hingewiesen, daß es im Interesse der Außenwohner liegen dürfte, vor den Thoren hinfort Doppelwachen umgehen zu lassen. Auch diesem Vorschlage kann der Magistrat in Anbetracht der obwaltenden Verhältnisse lediglich beipflichten.

Durch die beantragten Gehaltsverbesserungen in Verbindung mit der Neuanstellung von sieben Außenwächtern wurden sich die jährlichen Ausgaben für das Nachtwachwesen von 16440 auf 23040 Mark, also um den Betrag von 6600 Mark steigern, dessen Verwilligung der Magistrat in einem Schreiben vom 26. März anheimgibt.

Die Finanzcommission, für welche Herr Kybik berichtet, hat gegen diesen Antrag kein Bedenken, wohl aber gegen die Absicht, auch ferner zu dulden, daß von den Nachtwächtern zu Neujahr besondere Trinkgelder eingesammelt werden. Wenn zur Rechtfertigung dieses Mißbrauchs auf die außergewöhnlichen Dienste verwiesen wird, welche die Wächter einzelnen Privatpersonen leisten, so liegt auf der Hand, daß wegen solcher Dienste eben nur je die beiden Betheiligten sich mit einander abzufinden haben, keinesfalls aber von ihnen ein Grund hergenommen werden kann, die Gratulationsumgänge jedes Nachtwächters bei sämmtlichen Insassen seines Reviers zu gestatten. Ihre gänzliche Abschaffung muß aber auch schon deshalb dringend geboten erscheinen, weil die strenge Aufrechterhaltung der gesetzlichen Bestimmungen gegen diese Form des Bettels anderen Individuen gegenüber unmöglich ist, so lange eine Klasse öffentlicher Beamten davon erimirt bleibt. Demnach empfiehlt die Commission der Versammlung:

1. der vorgeschlagenen Vermehrung der Außenwächter um 7 zuzustimmen, auch mit der proponirten Erhöhung der Nachtwächtergehälter um je 50 Mk jährlich sich einverstanden zu erklären und die erforderlichen Mittel zu bewilligen, jedoch unter der Bedingung, daß die Bestimmung

in § 5 Abf. 2 des Reglements für das Nachtwachwesen hiesiger Stadt vom 21. September 1867, welche lautet:

»Die Nachtwächter erhalten ein Jahresgehalt von x Thlr. — dagegen ist denselben in Zukunft nicht mehr gestattet, für die in Gemäßheit der Dienstinstruction geleisteten Wächterdienste von den hiesigen Einwohnern Trinkgelber oder Geschenke zu erbitten.«

fortan mit Ernst zur Ausführung gebracht, mithin alles Einsammeln von Geschenken seitens der Nachtwächter, welches bisher noch unter dem Titel der Neujahrs- oder Fastnachtsgratulationen betrieben ist, unnachsichtlich als Bettel bestraft werde;

2. den Stadtmagistrat zu ersuchen, durch geeignete Einwirkung auf Herzogliche Polizei-Direction dafür Sorge tragen zu wollen, daß diese Behörde fortan auf stricte Ausführung der bezüglichen Bestimmung des von ihr selbst erlassenen Reglements halte und die Bestrafung der Contravenienten thunlichst herbeiführe, vor Neujahr und Fastnacht auch die städtische Einwohnerschaft durch Bekanntmachung darüber verständige, daß das Einsammeln von Geschenken unter der Form von Fastnachts- und Neujahrsgratulationen, von wem solches auch ausgehe, ausnahmslos unerlaubter und strafbarer Bettel sei;
3. ausdrücklich aber vorzubehalten, daß, falls von hiesigen Einwohnern besondere Dienste, wie Becken in der Nacht u., von den Nachtwächtern in Anspruch genommen werden, welche die letztern instructionsmäßig nicht zu leisten verpflichtet sind, dafür Vergütungen verabredet und von den Nachtwächtern angenommen werden können.

Herr Reuter wünscht Auskunft darüber, ob durch die beantragte Vermehrung der Außenwächter ein regeres Patrouilliren derselben bewirkt werden soll, oder ob die Absicht darauf gerichtet ist, daß die Wächter vor den Thoren künftig zu zweien umgehen. Letzteres würde er keineswegs nicht für zweckmäßig halten, da die Wachsamkeit der einzelnen durch andere Mittel gesichert werden kann, und von größerem Nutzen jedenfalls eine Verkleinerung des Umfangs der Reviere wäre. Nach dieser Richtung möchte Redner daher eventuell eine Prüfung der Frage veranlassen.

Herr Braße fragt an, wie hoch sich etwa die bestrittenen Nebeneinnahmen der Nachtwächter belaufen. Falls sie mehr austrügen, als die vorgeschlagene Gehaltszulage, würde er sich mit dem Vorbehalte der Commission nicht können einverstanden erklären, da alsdann die Lage der Wittsteller sich nicht nur nicht verbessern sondern verschlechtern würde.

Herr Solmitz hingegen, in Erwägung, daß die fraglichen Emolumente positiv widerrechtlich sind, findet eine Rücksichtnahme darauf in keiner Weise angezeigt und erklärt demnach gegen den Magistratsantrag stimmen zu müssen, falls die bewußte Clausel nicht zur Geltung gelangen sollte.

Einer vom Magistrate beigebrachten Durchschnittsberechnung, nach der, wie Herr Nyb *h* mittheilt, die eigentlichen Geschenke den Nachtwächtern kaum nennenswerthe Erträge liefern, der überwiegend größere Theil ihrer Nebeneinnahmen aus den Gratificationen für besondere Dienste fließt,

setzt Herr Bracke bescheidene Zweifel entgegen, indem er geneigt ist, das entgegengesetzte Verhältniß für wahrscheinlicher anzusehen. Jene Geschenke mit Herrn Solmitz geradezu als widerrechtliche zu bezeichnen, erscheint ihm deswegen unzulässig, weil jeder Wächter seinen Dienst nur auf die thatsächlichen Bedingungen hin angetreten hat, zu denen notorisch eben auch jene Geschenke gehören. Redner glaubt daher den von ihm vorangestellten Gesichtspunkt aufrecht erhalten und demnach beantragen zu müssen:

daß der Gegenstand an die Finanzcommission zurückverwiesen werde mit dem Anheimgeben, die künftig wegfallenden Einnahmen, welche die Nachtwächter bisher thatsächlich aus den Neujahrs- und Fastnachtsgeldern bezogen haben, bei Festsetzung des Betrages der Gehaltszulage thunlichst zu berücksichtigen.

Herr Stadtrath Rittmeyer bestätigt, daß nach den Acten die aus freiwilligen Geschenken auffkommenden Einnahmen der Nachtwächter ganz unerheblich sind, wenn schon allerdings völlig sichere Erhebungen über diesen Punct nicht möglich. Immerhin also dürfte gegen sie eine Zulage von 50 Mark für den Mann wohl in Anschlag zu bringen und zunächst jedenfalls zu versuchen sein, ob für den erhöhten Gehaltsfuß nicht zuverlässige Wächter in genügender Anzahl zu haben sind. Die von Herrn Reuter gewünschte Auskunft ertheilt Redner dahin, daß die Absicht des Magistrates sei, während der ersten Nachtstunden künftig auch vor den Thoren je zwei Wächter umgehen zu lassen, weil diese Einrichtung sich innerhalb der Stadt sehr gut bewährt hat, während andrerseits sich herausgestellt, daß ein einzelner Wächter manchen grade in der schwächer bevölkerten Außenstadt häufig vorkommenden Eventualitäten nicht gewachsen ist.

Herr Reuter vermag bei der somit in Aussicht genommenen neuen Organisation ihres Dienstes keinen Grund mehr zu sehen, weswegen die Außenwächter einen höhern Gehalt beziehen sollen wie die der innern Stadt,

wogegen Herr Stadtrath Rittmeyer daran erinnert, daß erstere in Folge der größeren Dunkelheit, welche in den Straßen der Außenstadt herrscht, der schlechtern Beschaffenheit ihrer Wege und des geringern Schutzes, welchen die Straßen dort gegen die Unbilden der Witterung bieten, unter allen Umständen doch einen schwächeren Dienst haben als ihre Collegen in der Innenstadt.

Bei der hierauf eintretenden Abstimmung wird der Antrag Herrn Brackes von der Versammlung abgelehnt, der der Commission dagegen angenommen.

Nachdem somit die heutige Tagesordnung erledigt ist,

IX. stellt der Herr Vorsitzende der Versammlung anheim, noch über einen Magistratsantrag vom 5. d. M. zu beschließen, der eine möglichst rasche Entscheidung fordert und von der Statutencommission bereits geprüft und im ganzen gebilligt ist.

Da die Versammlung sich bereit zeigt, in die Berathung desselben sofort einzutreten,

trägt der Herr Vorsitzende Folgendes vor:

Der Commerzienrath v. Voigtländer beabsichtigt, auf seinem Grundstücke vor dem Augustthore zwei Straßen anzulegen, deren eine von Westen her unmittelbar vor dem Thore in seinen Garten eintreten und nachdem sie weiterhin die andere, ihr von Süden her als Verlängerung der Salzdhahmer Straße zuzuführende aufgenommen hat, auf die Straße ausmünden soll, welche von der Campestraße an der neuen Schule vorüber zum Monumentsplatze geht. Ihre Fortsetzung wird sie dann in einer dritten Straße finden, die gleichzeitig der Ingenieur Pistor in östlicher Richtung über sein jenseit der Schulstraße belegenes Grundstück zu führen gedenkt.

Das Stadtbauamt hat den Voigtländer'schen Plan, welcher eine zweckmäßige Verbindung zweier bereits vorhandenen und einer in der Anlage begriffenen Straße in Aussicht stellt und als ein in sich abgeschlossenes Ganzes betrachtet werden kann, geprüft und gutgeheißen. Da Herr v. Voigtländer sich bereit erklärt hat, den durch § 29 des Stadterweiterungsstatutes vorgeschriebenen Bedingungen zu genügen; auch, einer weiteren Forderung des Magistrats zufolge, den Eingang jener zweiten der von ihm projectirten Straßen vorschriftsmäßig zu verbreitern, sobald die gegenüberliegende Salzdhahmer Straße entsprechend regulirt wird, so hält der Magistrat die Genehmigung dieser Anlagen für unbedenklich.

Etwas anders liegt vorläufig die Sache in Betreff der von Herrn Pistor projectirten Straßenanlage. Da diese nämlich an der Grenze der Bierbaumschen Glacisländerei ihre Endschafft erreicht und somit eine Sackstraße bilden würde, dergleichen aber an sich nicht wünschenswerth sind und überdies den Vorschriften in § 29 des Stadterweiterungsstatuts und § 7 der Landesbauordnung widersprechen, so dürfte vor allem dafür Sorge zu tragen sein, daß diese Straße demnächst weiter bis zur Helmstedter Straße fortgeführt werden kann.

Augenscheinlich liegt dies im Interesse der Stadt. Nach dem an anderen Orten befolgten Principe nämlich sind bei Ausarbeitung des neuen Stadtbauplanes behufs künftiger Erweiterung der Stadt theils concentrische, theils centrale Straßen, welche jene unter einander und mit der inneren Stadt in Verbindung setzen, ins Auge gefaßt worden. Einen Theil der nächst außerhalb des Umlutgrabens um die Stadt zu führenden Straßenlinie würde nun die Pistor'sche Straße bilden, ihre Verbindung mit der Stadt aber sich einerseits durch die bereits im Bau begriffene neue Straße zwischen der Campestraße und dem Monumentsplatze, andrerseits durch die allerdings der Zukunft vorzubehaltende Fortführung der St. Leonhardstraße über das Bierbaumsche

Grundstück zum Magnithore in zweckmäßigster Weise herstellen. Wennschon nun seitens der Stadt zunächst weder diese Verbindung noch die fragliche Verlängerung der Pistorischen Straße wird zur Ausführung gebracht werden können, beides vielmehr in erster Linie und jedenfalls bis dahin der Privatspeculation überlassen bleiben muß, daß etwa ein dringendes Bedürfniß das Eintreten der Stadt erheischt, hält der Magistrat doch im Interesse einer planmäßigen und zweckentsprechenden Erweiterung der Stadt für dringend geboten, schon jetzt wenigstens die künftige Möglichkeit dieser Anlagen zu sichern und zu dem Ende nach Maßgabe der Bestimmungen in §§ 8 und 9 der Bauordnung vom 15. Juni 1876 für diesen Theil der Stadt einen Ortsbauplan festzustellen.

Demnach richtet der Magistrat an die Versammlung das Ersuchen,

- 1) die von dem Commerzienrath v. Voigtländer projectirten Straßenanlagen zu genehmigen, und
- 2) sich mit dem beigelegten, außer jenen auch die über die Pistorische und Bierbaumsche Länderei zur Helmstedter Straße führende Straße sowie endlich die Verlängerung der St. Leonhardstraße zum Magnithore umfassenden Bebauungspläne einverstanden zu erklären,

worauf dann das in § 6 der Landesbauordnung vorgeschriebene weitere Verfahren eintreten wird.

Mit gewissen Vorbehalten hinsichtlich der Ausführung des Projectes, und zwar namentlich dem, daß die fraglichen Straßen als Promenaden-, nicht als Reihestraßen angelegt werden, empfiehlt die Statutencommission diese Anträge zur Genehmigung.

Herr Steinau möchte in den bezüglichlichen Contracten auch die Bepflanzung der Straßen mit Bäumen ausbedungen, vor allem aber ausdrücklich vorgesehen wissen, daß der Stadt durch diese Anlagen keinerlei Kosten erwachsen dürfen.

Nur unter dieser Bedingung würde auch Herr Bracke den vorliegenden Anträgen zustimmen können. Da er deren Tragweite dermalen nicht zu übersehen vermag, findet er sich einstweilen nicht in der Lage, sein Votum in diesem Sinne abzugeben.

Herr Munte findet an dem Plane auszusetzen, daß die neuen Straßen gar zu gewunden tracirt sind. Eine Aenderung hierin scheint ihm wünschenswerth und unschwer zu ermöglichen. Außerdem empfiehlt er, daß für die Fertigstellung der Straßen eine bestimmte Frist, etwa bis Ende nächsten Jahres, für die Frontlänge der einzelnen Grundstücke ein dem Charakter von Promenadenstraßen entsprechendes Maß stipulirt und endlich Herrn v. Voigtländer noch auferlegt werde, den den südlichen Zugang auf sein Grundstück einengenden Theil seines Fabrikgebäudes nicht erst bei Regulirung der Salzdhallumer Straße, sondern sofort abzubrechen, auch die projectirten Straßen gleichzeitig auf ihrer ganzen Strecke zur Ausführung zu bringen.

Herr v. Seckendorff fragt an, ob die neuen Straßen sogleich auch mit Gassen versehen werden sollen, indem er darauf hinweist, daß andernfalls dieselben

innerhalb der von Herrn Munte geforderten Frist nicht würden fertig gestellt werden können.

Herr Munte erklärt, allerdings von der Annahme ausgegangen zu sein, daß den Unternehmern wie die Beschaffung aller sonstigen Erfordernisse so auch die Vorrichtung der Canäle obliegen werde. Ebenso setzt er voraus, daß dabei Closetanlagen vorläufig unter sagt werden sollen.

Wie Herr Stadtrath Rittmeyer ausführt, wird grade die von Herrn Munte getabelte Gestaltung der Straßenlinie vom Stadtbaurath wie von anderen Sachverständigen für einen der Vorzüge des Planes angesehen. Der sofortige Abbruch des in Rede stehenden Fabrikgebäudes würde Herrn v. Voigtländer in große Kosten stürzen, und demnach der erbetene Aufschub billiger Weise nicht wohl verweigert werden können. Den übrigen aus der Versammlung laut gewordenen Wünschen glaubt Redner volle Berücksichtigung zusichern, die Besorgniß Herrn Brackes als grundlos bezeichnen zu können, da auf den gegenwärtigen Fall nicht, wie es vielleicht scheinen könnte, § 12, sondern § 13 der Landesbauordnung Anwendung findet, welcher jede Verpflichtung der Stadt, zu den Kosten der Anlage beizutragen, mit aller wünschenswerthen Sicherheit ausschließt.

Herr Bracke kann seine Befürchtungen gleichwohl noch nicht völlig aufgeben. Denn wenn vielleicht auch die zunächst in Frage kommenden Anlagen von den Unternehmern allein bestritten werden müssen, so bleibt doch noch die Möglichkeit, daß deren nothwendige Consequenzen, hier z. B. der schon jetzt, immerhin erst von ferne, in Aussicht genommene Brückenbau am Magnithore, die Stadt in Mitleidenschaft ziehen werden. Bei solcher Unklarheit der Sachlage, und da überdies die Entscheidung über den Gegenstand sehr wohl verschoben werden kann, bis die zur Anmeldung von Einwendungen gegen den Bauplan gesetzlich auszuschreibende Präklusivfrist verstrichen ist, stellt Redner den Antrag, zu beschließen,

daß die mit den Herren Vistor und v. Voigtländer abzuschließenden Contracte der Versammlung zur Genehmigung vorzulegen sind und bis dahin auch der Beschluß über die gegenwärtige Vorlage ausgesetzt bleiben soll.

Hiergegen wendet Herr Stadtrath Rittmeyer ein, daß nach § 3 der Landesbauordnung die städtischen Behörden über den Bauplan erst einig sein müssen, bevor derselbe bekannt gegeben und das gedachte Präklusivverfahren eingeleitet werden kann. Ob und wann das Bedürfniß nach jener Brücke sich herausstellen wird, steht dahin; wenn es aber eintritt, so wird ohne Zweifel schon die Privatspeculation nicht zögern, sich seiner anzunehmen, und keinesfalls übernimmt die Stadt durch Anerkennung des vorliegenden Projectes irgend welche Verpflichtung, sich dabei zu betheiligen. Demnach wird Herr Bracke auch in dieser Rücksicht seine Befürchtungen schwinden lassen dürfen. Das vorliegende Project ist durch die Statutencommission wie vorher durch den Magistrat und das Stadtbauamt nach allen Seiten reiflichst erwogen; allerseits

hat man erkannt, daß seine Verwirklichung im öffentlichen Interesse dringend wünschenswerth ist, und die neue Landesbauordnung giebt der Stadt eine seit langer Zeit schmerzlich entbehnte Handhabe, in der Art Fällen die entgegenstehenden Privatinteressen abzuweisen. Will man von diesem Rechte nun aus unbestimmten und als grundlos nachzuweisenden Befürchtungen keinen Gebrauch machen, so wird man nie aus der Calamität herauskommen, daß künftige Straßenkörper regellos bebaut werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird eingebracht, alsbald aber wieder zurückgezogen,

da Herr Steinau erst noch einige der berührten Punkte des weitern aufgeklärt sehen möchte.

Herrn v. Seckendorff scheint der Brackesche Antrag, abgesehen von dessen ursprünglicher Motivirung, sich schon mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Canalisation der neuen Straßen zu empfehlen. Gesezt auch, die Unternehmer müßten dafür aufkommen und gingen auf die Bedingung des Verbotes von Closetanlagen ein — die Ableitung des Schmutzwassers in die Dfer würde man ihnen doch keinesfalls verweigern können. Damit aber geriethe die Versammlung in Widerspruch mit allem was in Betreff dieser Angelegenheit zu wiederholten Malen als Grundsatz von ihr aufgestellt ist. Demnach wird vor allem auf eine rationelle Abführung Bedacht zu nehmen und bis zur Erledigung dieser Frage der vorliegende Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen sein.

Herr Munte kann diese Schlussfolgerung nicht als zwingend anerkennen, da einstweilen noch das Schmutzwasser ziemlich der ganzen Stadt in die Dfer abfließt, deren Beschaffenheit also sicherlich durch die Ausschließung der Abgänge von den neuen Straßen nicht verbessert, durch ihre Zulassung kaum verschlechtert werden kann. Dagegen wünscht er in Vervollständigung der vorhin von ihm aufgestellten Forderungen durch bündige Verpflichtung der Unternehmer auch dahin Vorkehrung getroffen zu sehen, daß vor Bebauung der anliegenden Grundstücke die neuen Straßen selbst erst fertig gestellt werden, damit nicht auch hier zunächst Zustände eintreten, wie sie seit einem Jahre an der Straße vor der neuen Schule gen Himmel schreien.

Herr Stadtrath Rittmeyer zweifelt nicht, daß der Magistrat damit einverstanden sein wird, die Unternehmer zur Bestellung angemessener Cautionen für die rechtzeitige Vollenbung der Straße anzuhalten. Herrn v. Seckendorff hält Redner entgegen, daß die Unternehmer es den städtischen Behörden mit Recht wenig Dank wissen würden, wenn diese die fraglichen Anlagen bis zur Ausführung des großen Canalisationsprojectes hindern wollten.

Auch Herr Steinau, so sehr er mit Herrn v. Seckendorff die zunehmende Verunreinigung der Umflutgräben beklagt, hält es für unmöglich, diese und sovieler andere zur Zeit ausstehende Bauten dergestalt zu verzögern. Ebenso wenig kann er sich mit der Forderung Herrn Munte's einverstanden erklären, auf sofortigen Abbruch

des Voigtländerschen Fabrikgebäudes zu dringen, da hiermit dem öffentlichen Interesse nur wenig gebient, Herrn v. Voigtländer aber unverhältnißmäßige Opfer auferlegt würden. Daß der Stadt aus den projectirten Anlagen nach Maßgabe der angeführten gesetzlichen Bestimmungen keine Ausgaben erwachsen können, ist er ebenfalls überzeugt; gleichwohl hält er es in Anbetracht mancher anderer noch obwaltenden Unklarheit immerhin für räthlich, mit dem Magistratsantrage zugleich auch den Herrn Brackes anzunehmen.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß diese Combination nicht ohne wesentliche Umgestaltung des Brackeschen Antrages möglich wäre.

Herr Boffe möchte die Entscheidung mit Rücksicht auf die herrschende Geschäftlosigkeit thunlichst beschleunigt sehen.

Herr Otto bringt den Vermittlungsantrag ein,

die Magistratspropositionen unter der Bedingung zu genehmigen, daß mit den Herren Pistor und v. Voigtländer über die fraglichen Anlagen notarielle Contracte unter Vorbehalt der Zustimmung der Versammlung abgeschlossen werden, und diese Zustimmung demnächst wirklich erteilt werden.

Herr Stadtrath Rittmeyer hat gegen diesen Vorschlag nichts zu erinnern, da die Feststellung des Bauplans, um die es sich für den Magistrat in erster Linie handelt, dadurch nicht verzögert wird.

Herr Bracke zieht zu Gunsten dieses Antrags den seinigen zurück.

Herr Munte ist gleichfalls bereit demselben zuzustimmen, falls dem Magistrate zugleich aufgegeben würde, in den fraglichen Contracten auszubedingen, daß die neuen Straßen gradlinig angelegt werden.

Der Antrag Herrn Ottos wird von der Versammlung angenommen, der Muntische Zusatzantrag dagegen abgelehnt.

Schließlich

X. schreitet die Versammlung zur Wahl von vier Personen, welche nach dem zu Beginn der Sitzung gefaßten Beschlusse im Vereine mit den drei Vorsitzenden der Einschätzungscommissionen über geeignete Mittel zur Verbesserung des gegenwärtigen Veranlagungsverfahrens zu Rathe gehen sollen. Es werden dazu die Herren Krampe, Lucius, Otto und Steinau bestellt,

und damit die Sitzung geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 3. Mai 1877.

Entschuldigt die Herren Ding und Schwarzenberg. Am Magistratstische Herr Overbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Gebhard, Ramdohr und Rittmeyer.

I. Der Herr Vorsitzende zeigt an, daß er im Verfolg der in voriger Sitzung gefaßten Beschlüsse zwei Stenographen gewonnen hat, welche anwesend sind, um zunächst probeweis die Debatten zu protocolliren. Weitere Mittheilungen über diese Angelegenheit werden für die vertrauliche Sitzung vorbehalten.

II. Die Berathung des Antrags Herrn Lucius' auf Revision der Einwohnerlisten und Heranziehung der Gewerbetreibenden zum Bürgerwerden, wird von der Tagesordnung abgesetzt.

III. Herr Overbürgermeister Caspari giebt die Erklärung ab, daß die Wahl eines städtischen Schuldirectors durch den Schulvorstand vorgenommen und der Magistrat nunmehr bereit ist, die Versammlung von dem Resultat in Kenntniß zu setzen, vorausgesetzt, daß dieselbe in Anerkennung des nach § 17 des Gesetzes vom 8. December 1851 lediglich dem Magistrate zustehenden Wahlrechts in eine Debatte über die gewählte Persönlichkeit nicht eintreten wollen.

Da seitens der Versammlung kein Widerspruch erfolgt, theilt Herr Overbürgermeister Caspari mit, daß von Seiten des Schulvorstandes der bisherige Inspector ersten Bürgerschule, Herr Schaarschmidt, bei Herzogl. Consistorium als Schuldirector präsentirt ist.

Dem unterm 14. v. M. ergangenen Magistratsantrage entsprechend, beschließt hierauf die Versammlung in namentlicher Abstimmung mit elf gegen zehn Stimmen, sich der vom Magistrate beabsichtigten Erklärung anzuschließen, daß gegen die Angemessenheit des von Herzoglichem Staatsministerium festgesetzten Einkommens des städtischen Schuldirectors nichts zu erinnern sei.

Dafür die Herren Heymann, Jasper, Lucius, Kloss, Kybik, Mühe, Otto, Reuter, v. Seckendorff, Solmig, Steinacker;

dagegen die Herren Bosse, Flagge, Krampe, Munte, Nieß, Pini, Reck, Steinau, Wilke, Winter.

Die Herren Bewig und Bracke waren bei dieser Abstimmung noch nicht zugegen.

IV. Ein Magistratsantrag vom 3. v. M.,

daß die Versammlung sich mit der sofortigen Einrichtung von sieben neuen Klassen bei den hiesigen Bürgerschulen einverstanden erkläre und die Kosten aus der Stadtkasse verwillige,

wird genehmigt. Zugleich,

in Erwägung, daß die Einrichtung sogenannter combinirter Klassen als ein großer Uebelstand anzusehen ist, insofern ein Lehrer selten im Stande, ohne Schaden für die nöthige Frische des Unterrichts wöchentlich 36 Stunden in einer untersten Elementarklasse zu erteilen,

in Erwägung ferner, daß schon mehr Jahre hindurch zu Ostern soviel schulpflichtige Kinder angemeldet sind, daß wegen Mangels an Lehrern nothgedrungen zu jenem Nothbehelf hat gegriffen werden müssen,

in Erwägung endlich, daß aus dem angeführten Grunde in der Eile oft unzulängliche oder mangelhafte Räume zu Schulzwecken haben benutzt werden müssen,

beschließt die Versammlung den Magistrat zu ersuchen,

Derselbe wolle inskünftige zu Beginn jedes Winterhalbjahrs die Zahl der zu erwartenden schulpflichtigen Kinder annähernd ermitteln und für Beschaffung der erforderlichen Lehrkräfte und Schulräume Sorge tragen, zu diesem Zwecke auch zunächst ein Haus mieten, welches für 6–8 Klassen Raum gewährt, außerdem aber die Erbauung eines neuen Schulhauses für eine fünfte mittlere Bürgerschule in Erwägung nehmen.

Ein selbständig von Herrn Steinau eingebrachter Antrag

den Magistrat um Mittheilung des Unterrichtsplanes der mittlern und untern Bürgerschule zu ersuchen,

wird der Schulcommission zur Vorberathung überwiesen.

V. Die der Versammlung mit einem Magistratschreiben vom 16. v. M. zur Prüfung communicirten Rechnungen über den städtischen Haushalt im Jahre 1875 werden richtig befunden.

Zugleich wird beschlossen, den Magistrat ersuchen,

daß Derselbe künftig in den Stadtkassenrechnungen die Ersparungen und Ueberschreitungen der einzelnen Etatspositionen in besonderen Columnen wolle aufführen und durch kurze Bemerkungen erläutern, namentlich aber bei Ueberschreitungen das Datum der zustimmenden Beschlüsse der Versammlung angeben lassen.

VI. Auf Antrag des Magistrates vom 24. v. M. erklärt die Versammlung sich einverstanden,

daß auf dem Grabe des weil. Hofraths Leisewitz ein Denkstein mit dessen Reliefbilde, Namen, Geburts- und Todestage gesetzt werde.

VII. Der unterm 2. d. M. vom Magistrate gestellte Antrag, zu genehmigen, daß

- 1) der Canal von dem neuen Schlachtehause durch den Hasenwinkel bis zur Dörfer jezt auf Kosten der Stadt hergestellt und die zu 24000 Mark berechneten Kosten aus der Stadtkasse entnommen werden, vorbehältlich der demnächstigen Heranziehung der Anlieger zu diesen Kosten,
- 2) der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank gestattet werde, auf ihre Kosten einen Canal durch die Schleinitz- und die Hamburgerstraße bis zu dem Canale im Hasenwinkel herzustellen, derselben auch die Zusicherung ertheilt werde, auf die ihr daraus erwachsenden Kosten nach Beschluß der städtischen Behörden dasjenige ganz oder theilweise erstattet zu erhalten, was von den Anliegern zu dem Canale in der Hamburgerstraße beigetragen werden muß,

wird nach Streichung der Worte »Schleinitz- und« sub 2 und mit dem Zufage genehmigt:

sowie die Differenz der Mehrkosten, welche die über das Bedürfniß der Schleinitzstraße hinausgehenden größeren Dimensionen des Canals in der Hamburgerstraße herbeiführen.

VIII. Ein Magistratsantrag vom 29. v. M.:

daß die Versammlung sich mit einer vom Stadtbaurath nöthig befundenen, in dem betreffenden Schreiben näher bezeichneten Baulinie an der Nordseite der Kannengießerstraße einverstanden erkläre, dagegen

auf die gleichfalls vorgeschlagene ähnliche Rectification der gegenüberliegenden Straßenseite verzichte,
wird angenommen;

IX. die Petition mehrerer Knochenhauermeister,
ihnen die Anlage eines Privatschlachthauses zu gestatten,
auf Antrag des Magistrates vom 29. v. M. abgelehnt.

X. Die Berathung über einen nachträglich eingegangenen Antrag, die von den Herren Pistor und v. Voigtländer projectirte Straßenanlage zwischen dem August- und dem Steinhore wird abgebrochen, indem die Versammlung diesen Gegenstand zunächst erst der Statutencommission zur Vorberathung zu überweisen, zu Behuf der Erledigung desselben aber die nächste Sitzung auf den 9. d. M. anzuberaumen beschließt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 9. Mai 1877.

Entschuldigt die Herren Otto und v. Seckendorff. Am Magistratstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Haake und Rittmeyer.

I. Das Protocoll der Sitzung vom 3. d. M. wird verlesen und genehmigt.

II. Den am 28. December v. J. von Herrn Lucius eingebrachten Antrag:
daß der Magistrat ersucht werde, auf Grund einer revidirten Einwohnerliste alle diejenigen Gewerbetreibenden hiesiger Stadt, welche das Bürgerrecht noch nicht erworben haben, förderndst hierzu heranzuziehen,
beschließt die Versammlung auf den Bericht der Statutencommission in dieser Fassung abzulehnen, dagegen aber den Magistrat zu ersuchen,
Derselbe wolle eine genaue Revision der Bürgerrollen vornehmen lassen und deren Resultat der Versammlung mittheilen.

III. Die vom Magistrate mit dem Commerzienrath v. Voigtländer und dem Ingenieur Pistor wegen des Projectes einer Straßenanlage außerhalb des Umfluthgrabens zwischen August- und Steinhof getroffenen Vereinbarungen werden, unter Ablehnung zweier Gegenanträge der Herren Vini und Munte, als

- 1) in § 2 der betreffenden Contracte für die an der neuen Straße aufzuführenden Wohngebäude eine Frontlänge von mindestens 20 Meter vorzuschreiben,
 - 2) den Contracten eine Bestimmung dahin einzufügen, daß Closetanlagen bis zur Feststellung des projectirten großen Canalnetzes zu unterlassen,
- beantragter Maßen genehmigt.

- IV. Der am 3. d. M. von Herrn Steinau eingebrachte Antrag, den Magistrat um Mittheilung des Unterrichtsplanes der mittleren und unteren Bürgerschulen zu ersuchen, wird nach dem Gutachten der Statutencommission in der Fassung genehmigt, daß der Magistrat ersucht werde, der Versammlung die neuen Unterrichtspläne für die städtischen Schulen zur Kenntnißnahme zugehen zu lassen.
- V. Auf Antrag des Magistrates vom 1. d. M. verwilligt die Versammlung einen Zuschuß von 400 Mark zur Beschaffung von Bettschirmen für die von dem Schänkwirth Maseberg contractmäßig hergestellten Militärräcke.
-

Verhandlungen

der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 31. Mai 1877.

Entschuldigt die Herren Jasper, Kybik, Pini und Wille. Am Magistrats-
tische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Geb-
hard, Haake und Rittmeyer.

Das Protocoll der Sitzung vom 1. März wird genehmigt.

I. Zufolge des auf Beschluß vom 9. d. M. an den Magistrat gerichteten Er-
suchens,

der Versammlung die neuen Unterrichtspläne für die städtischen
Schulen zur Kenntnißnahme zugehen zu lassen,
zeigt Magistrat mittels Schreibens vom 18. an,

daß laut Mittheilung des Schulvorstandes die Directoren und Inspectoren
der städtischen Schulen mit der Ausarbeitung von Unterrichtsplänen für
die von ihnen geleiteten Anstalten grade jetzt beschäftigt sind; und daß diese
Pläne, nachdem sie vollendet und von Herzoglichem Consistorium festgestellt
worden, der Versammlung gewünschter Maßen werden vorgelegt werden.

II. Ein zuerst unterm 17. Januar und 13. Mai gestellter Antrag des Ma-
gistrats,

den mitgetheilten Plan zum Bau einer höhern Töchter Schule auf
dem Grundstücke des vormaligen Blindeninstituts zu genehmigen und die
zu 195200 Mark veranschlagten Kosten zu verwilligen,
wird von der Schulcommission einfach befürwortet.

Die Herren Heymann, Mühe, Reß, Schwarzenberg und Steinacker
unterstützen denselben unter der Voraussetzung und Bedingung,

daß über die Benutzung des fraglichen Schulgebäudes endgültige Bestimmung nur mit Genehmigung der Versammlung getroffen werde;
 wogegen Herr Steinau den Antrag einbringt:

die Versammlung wolle den Bau einer neuen Schule beschließen, die Bestimmung über deren Benutzung aber der Versammlung noch vorbehalten.
 Für diesen Antrag erklärt sich die Majorität der Versammlung.

III. Ein Magistratsantrag vom 14. d. M., daß die Versammlung

- 1) den Bau einer Kaserne für zwei Escadrons des Herzoglichen Husarenregiments N. 17 nach Maßgabe der beigefügten Baurisse genehmige,
- 2) die erforderlichen Baukosten bis dem Betrage von 300000 Mark aus städtischen Mitteln verwilige,
- 3) sich einverstanden erkläre, daß dazu ein Theil der Capitalien des Kreis-Communalfonds verwandt werde und der Magistrat in Gemeinschaft mit der Finanzcommission die zu diesem Zwecke zu veräußernden Werthpapiere bestimme,

wird seitens der Finanzcommission zur Annahme empfohlen. Zugleich aber giebt die Commission anheim, an den Magistrat das Ersuchen zu richten:

Derselbe wolle die erforderlichen Schritte thun, damit das Interesse der Stadt in Betreff der von Reichs wegen für Kasernements zu verwendenden Mittel gewahrt werde.

Herr Bracke beantragt:

die Versammlung wolle den Magistrat dahin zu wirken ersuchen, daß die seitens der Stadt für Kasernungsbauten aufgewandten und etwa noch aufzuwendenden Mittel vom Reiche ersetzt werden;

Herr Ditto:

daß die Entscheidung über den vorliegenden Antrag für heute ausgesetzt, an den Magistrat aber das Ersuchen gerichtet werde, zunächst an maßgebender Stelle den Versuch zu machen, ob nicht die Herstellung der erforderlichen Kasernements auf Kosten des Reiches erlangt werden kann.

Für letztere beiden Anträge entscheidet sich die Versammlung.

IV. Auf ein Gesuch der hiesigen Nachtwächter,

ihnen entweder eine fernere Gehaltszulage von 50 Mark zu verwilligen oder die Einsammlung von Geschenken zu Neujahr und Fastnacht auch in Zukunft zu gestatten,

beschließt die Versammlung, letztere Alternative unbedingt abzulehnen, die Eingabe aber dem Magistrate mit der Erklärung zu überweisen,

daß, falls derselbe eine weitere Erhöhung der Nachtwächtergehälter um 40 bis 50 Mark für angemessen erachte, die Versammlung damit einverstanden sein werde.

V. Von den Anwohnern der Kreuzstraße ist eine Beschwerde darüber eingegangen, daß die Canalisirung und Chauffirung dieser Straße ihnen, obwohl sie sich nach Maßgabe der statutarischen Bestimmungen zur Uebernahme des halben Kostenbetrages bereit erklärt haben, bisher noch verweigert ist.

In Erwägung, daß

- 1) unter den obwaltenden Verhältnissen das Schmutzwasser von dieser Straße weder in die Lange Tiefe noch in den Canal der Pflegehausstraße abgeleitet werden kann, und
- 2) das auf Grund der neuen Landesbauordnung zu erlassende Statut sämtliche Kosten für Canalisations- und Straßenbauten den Anliegern auf-erlegt,

gibt die Finanzcommission anheim,

- 1) den Anwohnern der Kreuzstraße durch den Magistrat eröffnen zu lassen, daß die gewünschte Instandsetzung dieser Straße nur gewährt werden kann, wenn
 - a. der Canal zur Ableitung des Schmutzwassers aus den zwischen dem Wilhelmi- und dem Hohenthore belegenen Fabriken zur Ausführung gelangt ist,
 - b. die Petenten sich zur Uebernahme des ganzen Betrages der Canalisations- und Chauffirungskosten bereit erklärt haben;
- 2) den Magistrat zu ersuchen, daß er auf den Bau des gedachten Canales Bedacht nehmen, zu dem Ende den von Herzoglicher Landesregierung in Aussicht gestellten Zuschuß von 45000 Mark nunmehr erbitten und die Rücknahme der Entscheidung Herzoglicher Kreisdirection wegen der Ableitung von Schmutzwasser in die Lange Tiefe anstreben, sodann aber die betheiligten Fabrikbesitzer zu einem angemessenen Beitrage zu den Kosten des Werkes heranziehen wolle.

Herr v. Seckendorff beantragt zu beschließen, daß

- 1) die Anwohner der Kreuzstraße in Gemäßheit des Antrages der Finanzcommission zu bescheiden seien; zugleich aber
- 2) der Magistrat ersucht werde, zu möglichster Beschleunigung einer allgemeinen Canalisation der Stadt die betheiligten Behörden veranlassen zu wollen, daß sie mit ihm durch ihre Vertreter über die vorliegenden Projecte in Verhandlung treten, bestimmte Anträge in Betreff dieses Unternehmens aber der Versammlung erst dann zugehen zu lassen, wenn für

dieselben mittels der gedachten Conferenzen die Einwilligung der Staatsbehörde gesichert ist.

Einem Antrage Herrn Reuters entsprechend, beschließt die Versammlung, den Magistrat um thunlichst beschleunigte Mittheilungen über den Stand des Canalisationsprojectes zu ersuchen.

VI. Ein Antrag des Magistrates vom 26. d. M., die Entschädigung der Eigenthümer der vormal's Bartels'schen Sichorienfabrik für die an deren Gebäuden in Folge der Chauffirung der Pflegehausstraße nöthig gewordenen Reparaturen betreffend, wird vertagt.

V e r h a n d l u n g e n
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 7. Juni 1877.

Entschuldigt die Herren Nieß, Jasper, Kloss, Kunzen und Wilke. Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Gebhard, Ramdohr und Rittmeyer.

Das Protocoll vom 8. März wird genehmigt, nachdem Herr Reuter bemerkt hat, daß S. 67 Z. 16 f. v. u. statt »wie man überhaupt denn von Feuer-telegraphen ganz hätte absehen können« zu lesen ist: »wie man . . . ganz würde abgesehen haben«.

I. Unter Ablehnung des Beschlusses der Sitzung am 31. Mai nimmt der Magistrat unterm 4. d. M. seinen Antrag vom 13. Mai wieder auf, indem er zu beschließen anheimgiebt,

daß auf dem ehemaligen Grundstücke des Blindeninstituts eine Töchter-
schule nach dem vorliegenden Plane erbaut und dazu die Summe von
195200 Mark aus der Stadtkasse zur Verfügung gestellt werde, die Frage
aber, zu welcher Art von Töcherschule das neue Gebäude verwandt wer-
den soll, zu weiterer Verhandlung und Beschlußfassung der städtischen
Behörden vorbehalten werde.

Die Schulcommission empfiehlt die Genehmigung dieses Antrags unter der Be-
dingung,

daß, falls die neue Schule demnächst in Folge der vorbehaltenen Be-
schlüsse mit der höhern Töcherschule in keinen innern Zusammenhang tritt,
vielmehr völlig davon gesondert bleibt, gewisse nach dem jetzigen Plane in
Aussicht genommene Einrichtungen nicht getroffen werden.

Die Gegenanträge

1) des Herrn Lucius:

den proponirten Bau zu genehmigen und die angeforderten Mittel zu verwilligen, jedoch nur unter der Bedingung, daß das herzurichtende Gebäude zu einer Bürgerschule für Kinder weiblichen Geschlechts bestimmt werde;

2) der Herren Bracke und Steinau:

a. zu beschließen, daß auf dem Grundstücke des frühern Blindeninstituts nach dem vorliegenden Plane, event. mit den nothwendigen Abänderungen desselben eine Mädchenschule erbaut werde,

b. dazu die Summe von 195000 Mark zu verwilligen,

c. die Bestimmung darüber, ob diese Schule als eine Erweiterung der jetzt bestehenden sog. höhern Töchter Schule oder als neue sog. Mittelschule, oder endlich als Bürgerschule zu verwenden, sich vorbehalten,

d. die Erwartung auszusprechen, daß bei der Feststellung des Bauplanes Vorsehrung werde getroffen werden, damit der Beschlußfassung über die spätere Verwendung der Schule nicht etwa durch die factische Beschaffenheit des Gebäudes präjudicirt wird;

3) Herrn Schwarzenbergs:

die zum Bau einer Mädchenschule angeforderten Geldmittel bis zu dem Betrage von 180000 Mark unter der Bedingung zu verwilligen, daß eine sog. Mittelschule von 5 Klassen ohne Elementarkurse errichtet und der entsprechend abgeänderte Bauplan und Kostenanschlag den Stadtverordneten zur Genehmigung nochmals vorgelegt werde,

werden in mündlicher Abstimmung von der Versammlung abgelehnt und zwar

1) der des Herrn Lucius

von den Herren Bosse, Flagge, Heymann, Kybik, Mühle, Munte, Otto, Pini, Reck, Reuter, Schwarzenberg, v. Seckendorff, Solmiz, Steinacker, Winter

gegen die Herren Bracke, Ding, Lucius, Nieß und Steinau;

2) der der Herren Bracke und Steinau

von den Herren Bosse, Flagge, Heymann, Kybik, Lucius, Mühle, Munte, Otto, Pini, Reck, Reuter, Schwarzenberg, v. Seckendorff, Solmiz, Steinacker, Winter

gegen die Herren Bracke, Ding, Nieß und Steinau;

3) der Herrn Schwarzenbergs

von den Herren Bracke, Ding, Flagge, Kybik, Lucius, Mühle, Munte, Otto, Pini, Reck, Reuter, v. Seckendorff, Solmiz, Steinacker, Steinau

gegen die Herren Bosse, Heymann, Nieß, Schwarzenberg und Winter.

Ebenfalls in mündlicher Abstimmung genehmigt die Versammlung den Commissionsantrag.

Dafür die Herren Bosse, Flagge, Kybitz, Mühe, Munte, Otto, Pini, Reck, Reuter, Schwarzenberg, v. Seckendorff, Solmitz, Steinacker;

dagegen die Herren Bracke, Ding, Heymann, Lucius, Nieß, Steinau und Winter.

II. Mittels Schreibens vom 24. Mai verstellt der Magistrat zur Genehmigung der Versammlung einen Vertrag mit dem Ingenieur Königsdorf wegen der von diesem beabsichtigten Straßenanlage auf dem Areal des vormalig v. Pawelschen Gartens am Hohenthore.

Die Statutencommission beantragt,

den Vertrag unter der Bedingung zu genehmigen, daß der Unternehmer zuvor mit den Anliegern der vorliegenden Privatstraße ein Abkommen treffe, wonach dieselben der Stadt gegenüber sich verpflichten, nach Herstellung der Königsdorffschen Straße und Bebauung der anliegenden Grundstücke ihre Privatstraße dem öffentlichen Verkehr nach Maßgabe der Bestimmungen über Benutzung der Wallpromenaden zu überlassen, auch den im § 2 Nr. 7 und 8 des Vertrags enthaltenen Bestimmungen wegen Unterhaltung und demnächstiger Abtretung ihrer Straße an die Stadt sich zu unterwerfen.

Die Versammlung indessen spricht sich im Sinne des Magistratsantrages für unbedingte Genehmigung des vorliegenden Vertrages aus.

III. Ein Antrag des Magistrates vom 26. Mai:

den Eigenthümern der vormalig Bartelschen Eichorienfabrik für die an deren Gebäuden in Folge der neuen Chauffirung der Pflegehausstraße nöthig gewordenen Reparaturen eins in allem eine Entschädigung von 1100 bis 1200 Mark zu verwilligen,

wird auf Antrag der Finanzcommission mit dem Anheimgeben abgelehnt,

auf die projectirten Aenderungen der Pflegehausstraße vorläufig zu verzichten und inzwischen den Zugang zu der neuen Schule durch eine möglichst zweckmäßige und billige provisorische Vorrichtung zu ermöglichen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 14. Juni. 1877.

Entschuldigt die Herren Jasper, Mühe, Nieß, Wilke und Steinacker.
Am Magistratsische Herr Overbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe
Bammel, Gebhard, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

I. Der unterm 15. Mai eingegangene
Entwurf eines Vertrages mit der hiesigen Garnisonverwaltung wegen der
Benutzung des kleinen Exercierplatzes,
wird mit einigen von der Statutencommission empfohlenen Abänderungen einstimmig genehmigt.

II. Desgleichen ein Antrag des Magistrates vom 1. d. M.,
den bisherigen Zuschuß zu den Kosten der Fortbildungsschule des
Handwerkervereins von diesem Jahre ab auf 600 Mark jährlich zu
erhöhen.

III. Einer Aufforderung des Magistrates vom 1. Mai entsprechend, schreitet die
Versammlung zur Wahl der Commission, welche auf Grund von § 6 des Statuts
vom 21. August 1869, die Ordnung der Einquartierungslast betreffend, mit Ermittlung der Quartierleistungsfähigkeit der einzelnen Gebäude hiesiger
Stadt zu beauftragen ist.

Es werden gewählt die Herren Flagge, Kunken, Munte, Reuter, Sol-
mitz und Winter.

IV. Der Antrag des Magistrates auf Ankauf von Länderei als Area des nunmehr zu erbauenden Schlachthauses wird zur nächsten Tagesordnung gestellt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 19. Juli 1877.

Entschuldigt die Herren Bewig, Heymann, Kloss, Lucius, Mühe, Otto.
Am Magistratsstische die Herren Stadträthe Bammel, Gebhard, Götte, Haake,
Rambold und Rittmeyer.

Die Protocolle vom 23. März und 12. April werden genehmigt.

I. Einem Antrage des Magistrates vom 11. Juni entsprechend, verwilligt die
Versammlung zu den Kosten des am 15. Juli in hiesiger Stadt abgehaltenen Feuer-
wehrtages einen Zuschuß von 600 Mark.

II. Unterm 20. Juni ist von Seiten des Magistrates beantragt,
den Ankauf eines vor dem Wendenthore zwischen der Hamburgerstraße
und dem Mittelwege belegenen zusammenhängenden Ländereicomplexes
von c. 15 Morgen zu Behuf der Erbauung des Schlachthauses zu
genehmigen und die nach den vereinbarten Preissätzen erforderlichen Kosten
zu verwilligen.

Gleichzeitig wird folgender von Herrn Steinau eingebrachter und motivirter,
seitens der Versammlung genügend unterstützter Antrag zur Berathung gestellt:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen:

- 1) geeignete Schritte zu thun, um die Altenwiker Gemeinde zur unentgelt-
lichen Abtretung ihrer Rechte an dem St. Leonhard-Platz zu ver-
anlassen;

- 2) desgleichen bei Herzoglicher Kammer, Direction der Domainen, dahin zu wirken, daß dieselbe das Hut- und Weiderecht an diesem Platze nicht wieder verpachte, sondern demnächst unentgeltlich an die Stadt abtrete;
- 3) mit dem Oberamtmann Faber über sofortige Cession der von ihm gepachteten Hut- und Weideregerechtsame daselbst gegen eine nach dem Futterwerthe zu bemessende Entschädigung in Verhandlung zu treten;
- 4) den St. Leonhards-Platz zu planiren und im nächsten Herbst ringsher mit einer Lindenallee zu versehen, auch das Reiten und Fahren auf demselben außerhalb der ihn umgebenden Fahrwege zu verbieten;
- 5) neben dem neu zu erbauenden Schlachtehause ein Areal von 15 Morgen zu kaufen und dahin die Viehmärkte von St. Leonhard und dem kleinen Exercierplatze zu verlegen.

Auf Antrag Herrn v. Seckendorffs indessen wird dieser Antrag alsbald wieder von der Tagesordnung abgesetzt und der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen;

der Magistratsantrag dagegen angenommen.

- III. Auf Antrag des Magistrates vom 20. Juni verwilligt die Versammlung zur Herstellung der erforderlichen Turnutensilien und einiger anderer baulichen Einrichtungen in der mittlern Bürgerschule an der Wilhelmstraße die Summe von insgesammt 2930 Mark.

Desgleichen

- IV. auf Antrag vom 7. Juli die Summe von 34756 Mark 65 Pf. behufs verschiedener zur Vollendung der Schule an der Pflegehausstraße noch erforderlicher Baulichkeiten.

Die Berathung des neuen Statuts, das Halten von Hunden in hiesiger Stadt betreffend, wird wegen Abwesenheit des Referenten von der Tagesordnung abgesetzt.

- V. In Gemäßheit eines Magistratsantrages vom 14. Juli wird die Canalisirung des Okergrabens von der Hutfilternbrücke bis zur Münzstraße unter den mit den Anliegern getroffenen Vereinbarungen genehmigt und der hiernach auf die Stadt entfallende Kostenbetrag von 2930 Mark von der Versammlung verwilligt.

VI. Außerhalb der Tagesordnung gelangt der mit einem Magistratschreiben vom 17. Juli eingegangene Entwurf eines

»Statuts, Maßregeln zur Aufstellung der Listen der Gemeinde-
steuerepflichtigen und Wahlberechtigten in der Stadt Braunschweig
betreffend«

mit einigen von der Statutencommission empfohlenen redactionellen Aenderungen zur
Annahme.

VII. Von Herrn Steinau werden folgende Anträge eingebracht und motivirt:
die Versammlung wolle

- 1) den Magistrat ersuchen, zu veranlassen, daß das Standesamt bei den vor-
kommenden Todesfällen künftig a. Geschlecht, Alter und Stand der
Verstorbenen, b. Krankheit und Todesursache in den Braunschweigischen
Anzeigen veröffentliche;
- 2) beschließen, daß noch im Laufe dieses Sommers mit dem Neubau eines
genügend großen Filters für die städtische Wasserleitung begonnen
werde; auch darauf hinwirken, daß die Direction des Wasserwerks ange-
halten werde, die von ihr angenommenen Contracte auf Lieferung von
Wasser zu erfüllen.

Der erste dieser Anträge wird der Statutencommission überwiesen; den zweiten
erklärt der Herr Vorsitzende der Verwaltungsdeputation der Gas- und Wasser-
werke mit der Bitte um gutachtliche Aeußerung mittheilen zu wollen.

VIII. Eine ferner von Herrn Steinau gestellte und motivirte Interpellation:

»Ist dem Magistrate bekannt, daß eine Gesellschaft Pferdeisenbahnen in
hiesiger Stadt einzurichten beabsichtigt, und welche Schritte gedenkt der
Magistrat zu thun, um dieses Project zu fördern?«

wird von Herrn Stadtrath Rittmeyer dahin beantwortet, daß allerdings eine in
Frankfurt a. M. domicilirte Gesellschaft mit diesem Project umgehe, der Magistrat
mit demselben, da an die Stadt daraus keinerlei Anforderungen erwachsen, sich seiner-
seits unbedenklich einverstanden erklärt und ebenso Herzogliche Baudirection ein war-
mes Interesse dafür an den Tag gelegt habe, wonach es sich nunmehr nur noch um
die Entscheidung Herzoglicher Polizeidirection handle, welche in nächster Zeit zu er-
warten stehe.

Eine Debatte über den Gegenstand, welche von verschiedenen Seiten gewünscht
wird, glaubt der Herr Vorsitzende nicht zulassen zu dürfen; den Motiven dieses
Wunsches aber auch durch die Erklärung zu entsprechen, daß die Versammlung an
dem Zustandekommen des Projects im öffentlichen Interesse großen Antheil nimmt.

IX. Schließlich wird auf den Fall, daß demnächst bei Abwesenheit sowohl des Vorsitzenden als auch seines Stellvertreters die Versammlung berufen werden müßte, zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Kunze gewählt.

Vertraulich werden verschiedene Steuerreclamationen erledigt und Beratungen über die Art und Weise der künftigen Protocollführung getroffen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 9. August 1877.

Entschuldigt die Herren Bracke, Flagge, Heymann, Otto, Solmig.
Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe
Bammel, Gebhard, Haake und Rittmeyer.

Die Protocolle vom 9. und 31. Mai, 7. und 14. Juni und 19. Juli werden
genehmigt, nachdem

von Herrn Steinau erinnert und seitens der Versammlung anerkannt ist, daß in
dem Protocolle vom 19. Juli S. 124 ad 4 statt »außerhalb der ihn umgebenden
Fahrwege« zu lesen ist: außer auf dem ihn umgebenden Fahrwege.

Zu dem bereits am 19. Juli genehmigten Protocolle vom 31. Mai bemerkt nach-
träglich Herr Mühe, daß

S. 77 Z. 5 v. u. statt »aus dem August- und Steinthorbezirke« zu lesen
ist: »aus dem Augustthorbezirke«,

S. 77 Z. 4 v. u. und S. 78 Z. 1 statt »Campestraße«: »Leopoldstraße«,

S. 77 Z. 3 v. u. statt »im Prinzenwinkel«: »auf der Leopold-
straße«.

Auch diese Ausstellungen werden als begründet anerkannt und die entsprechenden
Correcturen verfügt.

Eine Anfrage Herrn Mühes:

Ist die Anlage einer Brücke nach der neuen Schule an der Pflege-
hausstraße soweit vorgerückt, daß dieselbe sofort bei Eröffnung der Schule
zu Michaelis d. J. dem Gebrauche übergeben werden kann?

wird durch die Erklärung des Herrn Overbürgermeisters Caspari erledigt, daß alles Nöthige bereits angeordnet ist.

Die Begründung eines von Herrn Mühe ferner eingebrachten Antrages:

daß der Magistrat ersucht werde, die städtischen Schulgebäude mit Blitzableitern versehen zu lassen,

wird an den Schluß der Tagesordnung hinausgesetzt. Desgleichen ein Antrag Herrn Reuters:

Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei Herzoglichem Staatsministerium dahin zu wirken, daß das von Herzoglicher Kreisdirection erlassene allgemeine Verbot gegen die fernere Anlage von Waterclosen zurückgenommen werde,

Der Herr Vorsitzende zeigt an, daß in Gemäßheit der lezthin gefaßten Beschlüsse Herr D. Fischer unter den verabredeten Bedingungen zunächst bis Ende d. J. die stenographischen Protocolle der Versammlung zu führen bereit und demnach in der heutigen Sitzung zugegen ist.

Mittels Schreibens vom 22. v. M. bringt Magistrat zur Kenntniß der Versammlung, daß die Intendantur des 10. Armeecorps sich mit den von den Stadtverordneten am 14. Juni beschlossenen Aenderungsvorschlägen zu dem zwischen der Stadt und der Militärverwaltung abzuschließenden Vertrage wegen des Kleinen Exercierplatzes bis auf zwei Punkte einverstanden erklärt hat. Einmal nämlich wünscht sie zu dem diesseits ausbedungenen Sage am Schlusse von § 2 des Vertrages:

»Bei diesen Bestimmungen wird vorausgesetzt, daß zur Schonung des Platzes wie bisher regelmäßig nur Uebungen der Infanterie auf demselben vorgenommen werden«,

einen erläuternden Zusatz des Inhalts eingefügt zu sehen,

daß bei Paraden, Vorparaden u. und bei ganz außergewöhnlichen Veranlassungen der Platz auch von der Cavallerie benutzt werden dürfe.

Sodann besteht die Intendantur auf Streichung des in § 10 des Vertrages enthaltenen unbedingten Verbotes gegen

alles Fahren und Reiten auf der durch die vier Baumreihen begrenzten innern Fläche des Platzes außer bei Gelegenheit militärischer Uebungen.

Erstere Forderung hält die Statutencommission für unbedenklich; in Betreff der zweiten gehen die Meinungen in ihr dergestalt auseinander, daß die eine Hälfte ihrer Mitglieder sich auch für dieses Zugeständniß ausgesprochen, die andere der Versammlung anheimzugeben beschlossen hat,

den Magistrat zu bitten, nochmals den Versuch machen zu wollen, ob die diesseitigen Wünsche in diesem Punkte nicht ebenfalls zur Geltung gebracht werden können.

In diesem Sinne beschließt auch die Versammlung, indem sie den gewünschten Zusatz zu § 2 des Vertrages genehmigt.

II. Der mit einem Magistratsschreiben vom 29. Juli eingegangene Entwurf eines Vertrages mit den Herren F. de la Hault und M. Bernstein in Paris und Frankfurt a. M. über die Anlage und den Betrieb einer Pferdeeisenbahn in hiesiger Stadt wird mit einigen von der Statutencommission empfohlenen Modificationen von der Versammlung genehmigt.

Desgleichen

III. eine vom Magistrate unterm 31. v. M. beantragte Grenzregulirung der Friedhofstwete vor dem Wendenthore;

wobei Herr v. Seckendorff als Vertreter des mitinteressirten Baumeisters Orth sich der Abstimmung enthält.

IV. In einem Schreiben vom 2. d. M. hat der Magistrat die Feststellung einer zur künftigen Regulirung der westlichen Häuserreihe des Bohlweges auf der Strecke vom Langenhofe bis zur Nordwestecke des Wagnerischen Hauses erforderlichen Fluchtlinie beantragt.

Die Statutencommission hält diese Linie für zweckentsprechend, giebt aber anheim, dieselbe in angemessener Weise bis zum Eingange des Dammes zu genehmigen.

Herr Pini empfiehlt dagegen, auf die ursprünglich vom Stadtbaurath Tappe im Einverständniß mit dem Stadtbauamt projectirte, etwas weiter nach Westen hinausgerückte und der Fluchtlinie des Schlosses völlig parallele Linie zurückzugreifen;

wofür sich denn auch die Versammlung entscheidet.

V. Auf Antrag des Magistrates vom 3. d. Mts. wird zu Behuf der Anlage einer Gasbeleuchtung im Konferenzzimmer der Bürgerschule östl. Bezirks die Summe von 41 Mark 15 Pfg.,

sowie

VI. auf Antrag vom 8. d. Mts. zu der vom Bürgervereine beabsichtigten Sedanfeier ein Zuschuß von 600 Mark verwilligt.

Zur Motivirung seines bei Beginn der Sitzung eingebrachten Antrages schildert Herr Reuter, in wie große Verlegenheiten viele der zu Neubauten benöthigten

Grundeigenthümer durch das in Rede stehende, ganz unerwartet erlassene Verbot Herzoglicher Kreisdirection gerathen sind.

Seitens der Versammlung wird diese Nothlage vollkommen gewürdigt. Da indessen Herr Stadtrath Rittmeyer die Mittheilung macht, laut welcher der Magistrat sich mit einem Gesuche um Rücknahme der fraglichen Maßregel bereits an Herzogliches Staatsministerium gewandt hat, beschließt die Versammlung, unter Bezugnahme auf diese Erklärung vorläufig über den Reuterschen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag Herrn Mühes wird nach kurzer Motivirung der Finanz- und Schutcommission überwiesen.

V e r h a n d l u n g e n

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. September 1877.

Entschuldigt die Herren Bracke, Flagge, Pini, Schöttler und Steinau
Am Magistratsrath Herr Overbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe
Gebhard, Ramdohr und Rittmeyer.

Den Vorsitz führt Herr Lucius.

Das Protocoll vom 9. August, welches mit den hiesigen Anzeigen bereits veröffentlicht worden, ist den Mitgliedern der Versammlung noch nicht zugegangen und kann daher nicht zur Genehmigung gestellt werden.

Der Tagesordnung gemäß wird

I. zur Instandsetzung zweier Büreauzimmer im Stadthause der
unterm 15. August vom Magistrat angeforderte Betrag von 220 Mark verwilligt.

Desgleichen

II. einem Magistratsantrage vom 19. August entsprechend, erklärt die Versammlung sich einverstanden,

daß bei Herzöglichem Staatsministerium eine Erhöhung der Straßenpflasterungsgelder auch für die Jahre 1877 und 78, und zwar zunächst zu Behuf der Neupflasterung des Bohlweges, oder falls diese wegen Umbaues des Collegii Carolini nicht vollständig ausgeführt werden kann, der Südseite des Bohlweges bis zum Steinwege und der Fallersleberstraße beantragt, der Magistrat auch ermächtigt werde, die danach der Stadt zufallenden Ausgaben für 1877 zu berichtigen, für 1878 in den Etat aufzunehmen.

III. Mittels Schreibens vom 21. August ist vom Magistrate beantragt, ihn zu ermächtigen, die Aversionalsumme von 13,811 Mark 62 S., welche Herzogliches Staatsministerium als diesjährigen Beitrag zu den nach Beschluß der Versammlung vom 20. November v. J. auf 45,264 Mark angewachsenen Kosten der Straßenbeleuchtung in hiesiger Stadt offerirt hat, anzunehmen, zugleich aber, wenn thunlich, zu veranlassen, daß wegen der künftigen Zuschüsse aus Landesmitteln eine Vereinbarung abgeschlossen werde, welche nur mit beiderseitiger Zustimmung aufgehoben werden kann, eventuell aber die desfallige Offerte Herzoglichen Staatsministeriums ohne Weiteres zu acceptiren.

Die Finanzcommission findet gegen die vorläufige Annahme des Aversums, jedoch unter ausdrücklichem Vorbehalt aller aus den bestehenden Verträgen sich ergebenden Rechte der Stadt, nichts zu erinnern, giebt aber anheim den Magistrat zu ersuchen,

daß er mit Herzoglichem Staatsministerium in weitere Verhandlungen zu dem Ende eintrete, die Bestimmung in Art. 5 des Vertrages vom 1./10. August 1858, wonach über das Maß der Straßenbeleuchtung lediglich und ohne Einschränkung das Bedürfnis, also die Stadt als solche entscheiden soll, zur Geltung zu bringen.

In diesem Sinne beschließt dann auch die Versammlung.

IV. Auf Antrag des Magistrats vom 25. v. M. erklärt die Versammlung sich einverstanden,

daß der Lehrer Heege aus Söllingen zum 1. October d. J. mit einem Gehalte von jährlich 2000 Mark an einer obern Klasse der hiesigen Bürgerschulen angestellt werde,

desgleichen

V. auf Antrag vom 29. v. M., daß als Pedellen

an der zweiten mittlern Bürgerschule der Eisenbahnarbeiter Julius Guers,

an der vierten mittlern Bürgerschule der Arbeiter Carl Brennecke,

an der vierten untern Bürgerschule der Bediente Fritz Heider,

letzterer provisorisch, angestellt werden.

Ferner wird

VI. in Gemäßheit eines Antrages vom 28 v. Monats

der Direction der Gasanstalt wegen der Verwaltung in dem Betriebsjahre 1875/6, insofern die verrechneten Ausgaben und Einnahmen mit den Büchern übereinstimmen, Decharge erteilt,

hinsichtlich der Verwendung des Ueberschusses auch nach Vorschlag der Direction beschlossen, daß

7800 Mark auf die Auslösung von 26 Stück Obligationen verwandt,

4742 Mark 45 S auf den Bau des neuen Gaswerkes in Anrechnung gebracht,

40,000 Mark für den Bau von Bureau- und Werkstättenlocalen innerhalb der Stadt,

3000 Mk für Erweiterung des Röhrennetzes

verwandt werden sollen;

auch

VII. der mit einem Magistratschreiben vom 28. August eingegangene Vorschlag der Gasanstalt auf das Betriebsjahr 1877/78 genehmigt.

Indem die Versammlung

VIII. auf Antrag vom 28. v. M.

der Direction des Wasserwerks wegen der Verwaltung in dem Betriebsjahre 1876 unter dem üblichen Vorbehalte Decharge ertheilt,

beschließt sie, daß von den Ueberschüssen in Gemäßheit der Vorschläge der Direction

4500 Mark zur regelmäßigen Amortisation verwandt,

20,614 Mark 15 S als unverzinsliches Capital zu Behuf der Erweiterung des Röhrennetzes dem Anlageconto zugeschrieben,

10,184 Mark 13 S dem Betriebsfonds überwiesen,

20,000 Mark aber, welche die Direction beantragt hatte der Stadtkasse auf das Darlehn von 45,000 Mark zurückzuzahlen, gemäß dem Vorschlage des Magistrats vielmehr bei der Kasse des Wasserwerks für den Bau von Werkstättenlocalen reservirt, einstweilen jedoch zinsbar belegt

werden sollen.

Zur Annahme gelangen schließlich noch zwei erst nach Feststellung der Tagesordnung eingegangene Anträge des Magistrats, als

IX. daß auf die in § 14 des Contractes mit den Unternehmern der hiesigen Pferdeisenbahn enthaltene Bestimmung, laut welcher unter gewissen Voraussetzungen nach Ablauf von je zehn Jahren eine weitere Ermäßigung der Fahrtaxe eintreten sollte, verzichtet, eventuell auch eine Erweiterung des Bahnnetzes vom Bruchthore über den kahlen Wall bis vor das Wilhelmithor zugelassen,

sowie

- X. daß für eine Reise zweier Lehrer der höheren Töchter Schule zur Besichtigung der Töchter Schulen in Hannover, Gera und Grefeld eine Summe bis zu 450 Mark aus der Stadtkasse verwilligt und gleichzeitig der Magistrat ermächtigt werde, mit Zustimmung des Schulvorstandes nöthigenfalls auch fernerhin angemessene Reisekostenvergütung für den gleichen Zweck zu gewähren.

Ein von Herrn Krampe gestellter selbständiger Antrag, den Magistrat zu ersuchen, daß er

- 1) die Errichtung einer zweiten Controlstelle zur Ermittlung der Leuchtkraft des aus der Gasanstalt gelieferten Leuchtgases baldmöglichst ins Leben rufen und
- 2) das Resultat der gemachten Erfahrungen wie früher regelmäßig zu öffentlicher Kunde bringen wolle,

wird motivirt und der Statutencommission überwiesen.

Auf die Interpellation des Herrn Nieß:

ob der Magistrat bereits der Frage näher getreten, wiefern etwa die städtischen Schulen in Bezug auf die gesundheitlichen Verhältnisse einer festgeregelten Controle zu unterstellen sind,

erklärt Herr Oberbürgermeister Caspari zur Zeit keine befriedigende Antwort ertheilen zu können. Zugleich jedoch verspricht er, daß der Gegenstand unter Mitwirkung des ärztlichen Vereins soll in Ueberlegung gezogen werden.

Die Anfragen Herrn Mühes:

- 1) Ist dem Magistrate bekannt, daß der Weg von der Brücke nach der Schule an der Campestraße sich in einem abscheulichen und für die zur Schule gehenden Kinder gefährlichen Zustande befindet?
- 2) Hält es der Magistrat nicht für nothwendig und ist derselbe nicht geneigt, eine schleunige Instandsetzung des fraglichen Weges zu veranlassen?
- 3) Hält es Magistrat nicht für nothwendig, für eine baldige, ordnungsmäßige Beleuchtung des fraglichen Weges Sorge zu tragen?

beantwortet Herr Oberbürgermeister Caspari dahin, daß zur Instandsetzung des Weges bereits Weisung erlassen und ebenso auch eine Beleuchtung desselben in Vorbereitung begriffen sei, jene aber bisher durch die natürlichen Schwierigkeiten der Anlage, diese durch die Weigerung Herzoglicher Baudirection hintangehalten sei, die Legung von Gasröhren auf dem Terrain der Promenaden zu gestatten.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 4. October 1877.

Entschuldigt die Herren Ding, Heymann, Nieß, Otto und Steinacker. Am Magistratstische Herr Oberbürgermeister Caspary und die Herren Stadträthe Bammel, Gebhard, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Von dem Schuldirector Schaarschmidt ist unterm 30. v. M. eine Einladung zu den Feierlichkeiten eingegangen, welche am 10. October bei Einführung des Lehrers Müller als Inspectors der ersten mittleren Bürgerschule, am 17. bei Einweihung der neuen Schule an der Pflegehausstraße stattfinden werden.

Zur Genehmigung stehen die Protocolle vom 9. August und 13. September. In letzterm weist Herr Reuter verschiedene Druckfehler nach. S. 133 nämlich ist

3. 4 v. o. statt 4742 zu lesen 41,472,

3. 8 v. o. » 3000 » » 30,000,

vor 3. 9 einzuschalten 160,000 Mark als Abschlagszahlung auf den aus der Stadtkasse zu Behuf des vorgenommenen Erweiterungsbaues geleisteten Vorschuß,

3. 20 v. o. statt 20614 zu lesen 26,614.

Ferner berichtigt Herr Reuter die ebd. unter VIII. (3. 13 ff. v. u.) gemachte Angabe dahin, daß die Rückzahlung der fraglichen Summe an die Stadtkasse bereits erfolgt war und demnach auch von der Versammlung genehmigt ist. Im übrigen werden beide Protocolle genehmigt.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, ein neues Statut über das Halten von Hunden, muß wegen Abwesenheit des Referenten, Herrn Heymanns, zurückgestellt werden.

Demnach verwilligt

I. die Versammlung auf Antrag des Magistrats vom 24. v. M. zur Einrichtung einer neuen Klasse in der Schule an der Wilhelmsstraße die Summe von 450 Mark.

Ferner wird

II. in Gemäßheit eines Magistratsantrages vom 24. v. M. dem Spediteur Lust als derzeitigem Pächter des Kellers unter der Schule am Prinzenwinkel in Anbetracht, daß er in dessen Benutzung zu verschiedenen Malen durch eingetretenes Grundwasser gestört worden ist, für das Jahr 1876/77 die Hälfte des bedungenen Miethpreises von 605 Mark erlassen und gleichzeitig genehmigt, daß an Stelle des p. Lust vom 1. September d. J. ab unter Verzicht auf jede Entschädigung für den gleichen Fall der Kaufmann Hartmann eintrete.

III. Mit einem Schreiben vom 28. September ist der Versammlung ein mit der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank abgeschlossener Contract über die Anlage mehrerer Straßen zwischen dem Büstenwege, der Oker, der neuen Promenade und Spielmannstweie zugegangen.

Die Statutencommission empfiehlt denselben mit einigen Abänderungen zur Genehmigung.

Auf Antrag der Herren Pini und Munte jedoch wird die Beschlusfassung für heute noch ausgesetzt und der Gegenstand zur ferneren Berichterstattung an das Stadtbauamt zurück verwiesen.

IV. Mittels Schreibens vom 17. v. M. giebt der Magistrat anheim, daß

- 1) in grader Fortsetzung des Weges nördlich der neuen Schule an der Pflegehausstraße nach Maßgabe der vorliegenden Zeichnungen eine Brücke angelegt,
- 2) der südlich dieses Weges belegene Theil des Pflegehausgartens öffentlich mittels Meistgebots verkauft,
- 3) neben dem Fußwege auf gedachter Strecke ein Fahrweg von mindestens 14 Meter Breite hergestellt und das nördlich anliegende Pflegehausgrundstück mit einem Stakett eingefriedigt werde.

Die Herren Reuter und Steinau beantragen, eine Beschlusfassung über diese Vorlage auszusprechen, indem ersterer zuvor eine nochmalige Prüfung der Projecte durch das Stadtbauamt zu veranlassen, letzterer erst noch die Frage erwogen zu sehen wünscht, ob die Brückenanlage überhaupt nothwendig ist.

Einem Antrage Herrn Schöttlers gemäß beschließt dann die Versammlung, daß der Magistrat ersucht werde, den fraglichen Weg und die Einfriedigung des Pflegehausgartens beantragter Maßen sofort in Angriff nehmen zu lassen, die vorliegenden Brückenzeichnungen aber dem Stadtbauamte zu nochmaliger Prüfung zu überweisen und falls über dessen Bedenken eine Einigung mit Herzogl. Baudirection nicht erzielt werden könnte, der Versammlung nochmals Mittheilung zu machen.

Von Herrn Bracke werden schließlich zwei Interpellationen gestellt und motivirt. Auf die erste derselben:

Aus welchen Gründen hat der Magistrat Herrn Stadtrath Ramdohr veranlaßt, die mir bereits ertheilte Zusage auf Benutzung der städtischen Turnhalle zu einer Volksversammlung wieder zurückzuziehen?

erwidert Herr Oberbürgermeister Caspari, daß diese Entscheidung in Gemäßheit eines schon bei früherem Anlaß gefaßten principiellen Beschlusses erfolgt ist, nach welchem städtische Gebäude zu Parteiversammlungen überhaupt nicht eingeräumt werden sollen.

Die zweite:

Hat der Magistrat die nöthigen Vorkehrungen getroffen, damit die durch den Tod des Herrn Flagge nöthig gewordene Ersatzwahl zu der Stadtverordneten-Versammlung in kürzester Frist vorgenommen werde?

wird durch die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari erledigt, daß mit der Aufstellung der Wählerlisten bereits begonnen ist, und nach Vollendung derselben die Wahl unverzüglich ausgeschrieben werden soll.

In vertraulicher Sitzung werden verschiedene Gratificationen verwilligt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 18. October 1877.

Entschuldigt die Herren Mühe, Munte und Wilke. Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Gebhard, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Das Protocoll vom 4. October wird genehmigt.

Ein Gesuch mehrerer Anwohner des südlichen Endes der Frankfurter Straße, ihre wiederholt an den Magistrat gerichtete Eingabe um Anlage eines Canals zum Abfluß von Regen- und Spülwasser zu unterstützen, wird zu den Acten genommen.

Wie hierauf

I. Herr Oberbürgermeister Caspari mündlich vorträgt, ist der Betrag von 150,000 Mark, welchen der Magistrat durch einen frühern Beschluß der Versammlung befugt war an solchen Geldern aufzunehmen, die der Stadtkasse leihweise gegen Verzinsung mit 4 % und auf halbjährige Kündigung von Privaten angetragen werden, nunmehr erreicht. Da Offerten dieser Art auch neuerdings mehrfach gemacht und immer sehr bequem und vortheilhaft sind, wünscht der Magistrat zu deren Annahme auch fernerhin, und zwar auf die Dauer des Bedürfnisses, ermächtigt zu werden.

Die Finanzcommission trägt kein Bedenken, diesen Antrag zur Genehmigung zu empfehlen.

Herr Rybiz möchte die nachgesuchte Ermächtigung nicht gänzlich unbeschränkt ausgesprochen, sondern zunächst etwa nur auf den Betrag von nochmals 150,000 Mark erweitert sehen,

wogegen Herr Oberbürgermeister Caspari nichts einzuwenden findet.

Unter dieser Maßgabe erklärt dann auch die Versammlung sich mit dem vorliegenden Antrage einverstanden.

Ferner wird

II. einem Antrage vom 12. d. M. entsprechend, zu Behuf der Planungsarbeiten und der Materialanschaffungen für den Bau des Schlachtehauses ein Fonds von 50,000 Mark dem Magistrate von der Versammlung zur Verfügung gestellt.

Desgleichen

III. verwilligt die Versammlung in Gemäßheit eines Antrages vom 8. d. M. zu einigen baulichen Vorrichtungen im Stadtkassenlocale und zur Anschaffung eines neuen Stehpultes für dasselbe die Summe von 469 Mark.

IV. Nachdem neuerdings der Gastwirth Müller unter dem Vorgeben, daß seine Ausspannwirthschaft durch Verlust ihrer gewöhnlichen Kundschaft auch nach Entfernung der bei ihm eingestellt gewesenen roßkranken Husarenpferde erhebliche Einbußen erlitten, einen fernern Entschädigungsanspruch von 5000 Mark gegen die Stadt erhoben und im Wege des Processus zur Anerkennung zu bringen versucht hat, wird der Magistrat auf seinen Antrag vom 7. d. M. zur Aufnahme dieses Processus sowie zur Litisdenunciation an den Militärfiscus und eventuell zu einer Regreßklage gegen denselben ermächtigt.

V. Der der Versammlung unterm 12. Mai d. J. zugegangene Entwurf eines neuen »Statuts, das Halten von Hunden in der Stadt Braunschweig betr.,« gelangt mit mehrern von der Statutencommission in Vorschlag gebrachten Modificationen zur Annahme.

VI. In die Ortscommission für die Einschätzungen zur Gewerbesteuer werden die Herren Jasper, Kloss, Krampe und Solmitz gewählt.

Vertraulich erledigt die Versammlung die aus dem Wilhelmi- und dem Hohe-
thorsbezirke eingegangenen Reclamationen gegen Veranlagungen zur Communalsteuer.

1877.

(Fortsetzung der Beilage zum 255. Stücke de 1877
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 17.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 1. November 1877.

Entschuldigt die Herren Bracke, Heymann und Lucius. Am Magistrats-
tische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel,
Gebhard, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Das Protocoll vom 18. October wird genehmigt.

I. Auf Antrag des Magistrates vom 10. October genehmigt die Versammlung
den Ankauf einer von dem Mühlenbesitzer Mülter in Erkerode zusammen-
gebrachten Sammlung prähistorischer Alterthümer und älterer
Druckwerke für den Preis von 1596 Mark 10 Pf.

II. Unterm 11. October beantragt der Magistrat,
ihn zur Erhebung einer Klage gegen die Kinder des Handarbeiters
J. D. Meyer auf Erstattung der seinen beiden Eltern in der Zeit vom
25. Januar 1862 bis resp. 7. Januar 1864 und 1. März d. J. ge-
währten Unterstützungen zum Gesamtbetrage von 542 Rthlr 9 $\frac{1}{2}$ zu
ermächtigen.

Die Finanzcomission trägt Bedenken, diesen Antrag seinem vollen Umfange
nach zu befürworten, giebt vielmehr anheim,

die Zustimmung zur Anstellung eines Processus gegen gedachte Kinder und insbesondere gegen den Gasmonteur Meyer wegen Erstattung der ihrer Mutter innerhalb der letzten zehn Jahre gewährten Unterstützungen zu ertheilen, sofern und soweit nach einer dem Magistrate zu überlassenden Sachuntersuchung anzunehmen ist, daß die Kinder, bzw. eins oder einige derselben in der Lage gewesen, die fraglichen Unterstützungen zu der Zeit da selbige seitens der Stadt gewährt sind, selbst aufzubringen.

Diesem Votum tritt auch die Versammlung bei.

Ferner wird

III. in zwei Schreiben desselben Datums beantragt, die Anstellung von Klagen

1) gegen den Commissionair H. Flügge auf Erstattung von 1302 Mark, welche für Verpflegung seiner vier in den Jahren 1861—63 resp. 100, 111 und 112 Wochen lang im Pflegehause untergebracht gewesenem Kinder aufgewandt worden,

sowie

2) gegen den Maurergesellen Ferd. Eichler auf Erstattung der Unterstützungen, welche seinen in Berlin bei ihrer Stiefmutter, der geschiedenen Ehefrau des p Eichler, lebenden beiden Kindern seitens hiesiger Stadt gereicht sind, zu genehmigen.

Die Versammlung beschließt diesen Anträgen gemäß.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung, den proponirten Vertrag mit der Braunsch.-Hannoverschen Hypothekenbank wegen neuer Straßenanlagen auf dem Areal jenseit des Umflutgrabens zwischen dem Wenden- und dem Fallersleberthore muß abermals hinausgesetzt werden, da gewisse gegen den Bebauungsplan von Seiten des Stadtbauamts erhobene Bedenken ihre Erledigung noch nicht gefunden haben.

Sodann

IV. wird auf Antrag vom 23. October der Magistrat ermächtigt, der Schule des Handwerkervereins aus der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hande eine außerordentliche Beihilfe von 100 Mark zur Anschaffung von Vorlagen für den Zeichenunterricht auszahlen zu lassen.

Schließlich stellt und begründet Herr Nieß folgende Anfragen:

1) Hält es der Stadtmagistrat nicht für gerathen und geboten, falls die

Mittel zu erträglicher Instandsetzung des Weges am Windmühlenberge überhaupt oder zur Zeit nicht vorhanden sind, diesen Weg vorläufig zu sperren?

- 2) Sind Seitens des Stadtmagistrats alle diejenigen Schritte veranlaßt, welche zur schleunigen Inangriffnahme der Fußgängerbrücke hinter dem Pflegehausgarten nothwendig sind?

Nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari diese Fragen dahin beantwortet hat, daß mit der Herrichtung des fraglichen Fußweges der Stadtbaurath beauftragt ist und die erforderlichen Vorarbeiten bereits in Angriff genommen sind, der Entwurf zu der fraglichen Brücke dem Stadtbauamte zur Prüfung vorliegt und deren baldigste Ausführung in Aussicht steht,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Vertraulich

werden ein Extraordinarium und eine Gehaltserhöhung verwilligt und hierauf die von Bewohnern des Wenden- und des Petrihordidistricts sowie von einigen Anderen erhobenen Steuerreclamationen erledigt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 6. December 1877.

Entschuldigt die Herren Lucius und Pini. Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Bammel, Gebhard, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Der Herr Vorsikende zeigt an, daß die Finanzcommission demnächst zur Vorberathung der städtischen Etats auf das Jahr 1878 wie voriges Jahr im Sitzungssaale zusammentreten und die übrigen Mitglieder der Versammlung einladen wird, sich alsdann gleichfalls dort einzufinden.

Ferner zeigt der Herr Vorsikende an, daß zur Erledigung der noch ausstehenden Geschäfte dieses Jahres mindestens drei Sitzungen erforderlich sein werden. Sein Vorschlag, zwei derselben in der Woche nach Weihnachten abzuhalten, findet bei der Versammlung Anklang.

Das Protocoll vom 1. November wird genehmigt.

Ein Magistratschreiben vom 22. v. M. benachrichtigt die Versammlung, daß mit dem Ende d. J. der Zeitraum abgelaufen ist, für welchen die Herren Bammel und Haake zu unbefoldeten Mitgliedern des Magistrates gewählt sind, wonach denn zur Vornahme der nöthigen Neuwahlen mit nächster Sitzung der Stadtverordneten eine gemeinschaftliche Sitzung beider städtischen Behörden erforderlich sein wird.

Der Tagesordnung gemäß, wird

I. der mit einem Magistrats Schreiben vom 30. November zur Vorlage gekommene Contract mit der Braunsch.-Hannoverschen Hypothekenbank wegen neuer Straßenanlagen auf dem Terrain jenseit des Umflutgrabens zwischen dem Wenden- und dem Fallerleber-Thore mit einigen seitens der Finanzcommission vorgeschlagenen redactionellen Aenderungen und unter der Maßgabe genehmigt,

daß die Braunsch.-Hannov. Hypothekenbank verpflichtet werde, bei dem nächsten Verbreiterung der Spielmannstwee auch für die dann etwa schon bebauten Grundstücke an dieser Straße zu den entstehenden Kosten beizutragen, wie es geschehen müßte, wenn alsdann dieselben noch unbebaut wären: eine Bestimmung, welche ebenfalls hypothekarisch einzutragen ist.

Als Mitbetheiliger nimmt Herr von Seckendorff an dieser Abstimmung nicht Theil.

Desgleichen

II. genehmigt die Versammlung auf Grund der vom Magistrate unterm 29. Octbr. empfohlenen und seitens der Finanzcommission zum Theil modificirten Ansätze, den Etat des hiesigen Kreiscommunalfonds auf das Jahr 1878.

Ferner

III. einem Antrage des Magistrates vom 10. v. M. entsprechend, erklärt die Versammlung sich einverstanden, daß von Ostern k. J. an auf den Zeichenunterricht an den vier unteren Bürgerschulen jährlich 1500 Mark und auf den Industrieunterricht an den vier mittleren und vier unteren Bürgerschulen jährlich 10140 Mark verwandt werden sollen.

IV. Die unterm 11. v. M. beantragte Einrichtung einer untersten Parallelklasse bei jeder der vier mittleren Bürgerschulen wird genehmigt und demgemäß der Magistrat ermächtigt, zu Ostern zwei Schulzimmer zu miethen und mit Subsellien versehen zu lassen, auch fünf neue Lehrer mit dem Minimalgehalte von 1200 Mark und nöthigenfalls mit einem Gehalte von 1500 Mk anzustellen: den fünften, um die combinirte fünfte Klasse der ersten untern Bürgerschule in eine Knaben- und eine Mädchenklasse trennen zu können.

V. Auf einen fernern Antrag vom 11. v. M. verwilligt die Versammlung zur Deckung einer bei der Stadtbibliothek in diesem Jahre eingetretenen Etatsüberschreitung die Summe von 300 Mark, indem sie zugleich sich einverstanden erklärt,

daß der jährliche Etat des Archivs und der Bibliothek für die Zukunft um den gleichen Betrag erhöht werde.

Hierauf

VI. wird der Magistrat auf Antrag vom 20. v. M. ermächtigt, gegen ein der hiesigen Jubiläumsstiftung und der hiesigen Kamlahschen Blindenstiftung von dem weil. Rentier G. C. Sonnenberg ausgesetztes Legat von je 500 Rthlr. auf die von dessen Nachlaß zu erhebende Abgabe für die Armen- und Wegeverbesserungskasse zu verzichten

Schließlich

VII. verwilligt die Versammlung auf Antrag des Magistrates vom 29. v. M. zur Anschaffung der bei den unteren und mittleren Bürgerschulen erforderlichen Exemplare des von dem Professor Bopp in Stuttgart zusammengestellten Apparates für den physikalischen Unterricht die Summe von 360 Mark.

Vertraulich werden zwei Extraordinarien verwilligt und mehre Steuerreclamationen erledigt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. December 1877.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Caspari und die Herren Stadträthe Gebhard, Götte, Ramdohr und Rittmeyer. Entschuldigt die Herren Heymann, Krampe, Kunken, Kybik, Lucius und Steinacker.

In

gemeinschaftlicher Sitzung

Schreiten unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Caspari Magistrat und Stadtverordnete zur Neuwahl zweier Stadträthe an Stelle der zu Ende d. J. ordnungsmäßig ausscheidenden Herren Bammel und Haake.

Beide Herren werden auf die nächsten sechs Jahre wiedergewählt, und zwar Herr Stadtrath Bammel mit 23 von 24 Stimmen, indem ein Stimmzettel unbeschrieben eingeliefert wird; Herr Stadtrath Haake mit 17 von 24 Stimmen, indem ein Stimmzettel ebenfalls unbeschrieben bleibt, vier für Herrn Kunken, zwei für Herrn Steinau abgegeben werden.

An die Stadtverordneten sind

I. durch ein Magistratschreiben vom 4. d. M. folgende Anträge ergangen:

- 1) die Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen der Münz- und der Friedrich-Wilhelmsstraße nach Maßgabe der vorgelegten Pläne zu genehmigen, dem Magistrate aber zu überlassen, unter Zustimmung der Finanzcommission eine geringe Abweichung der Fluchtlinie nach

Osten festzustellen, auch das Trottoir an der Westseite der Straße vorläufig schmaler ausführen zu lassen, sofern dies in Anbetracht einer erheblichen Kostenersparniß wünschenswerth erscheint;

- 2) sich einverstanden zu erklären, daß, wenn der Magistrat im Einverständniß mit der Finanzcommission solches für erforderlich hält, das Expropriationsverfahren hinsichtlich der zu Behuf der fraglichen Straßenanlage zu erwerbenden Grundstücke bei Herzoglicher Landesregierung beantragt und zur Anwendung gebracht werde;
- 3) zu den Kosten der Herstellung dieser Straße außer den zum Ankauf des Alexii-Pflegehauses bereits verwilligten 60,870 Mark noch die Summe von 75,000 Mark zu verwilligen;
- 4) den Verkauf des Alexii-Pflegehauses auf Abbruch für den Preis von 9620 Mark zu genehmigen;
- 5) zu genehmigen, daß behufs Vergrößerung des auf der Ostseite der projectirten Straße übrig bleibenden Bauplatzes der Pfergraben daselbst verschüttet und die auf dem Kleinen Damme sub Nris. 1 und 2 belegenen Häuser zu den bedungenen Preisen von resp. 30,000 und 10,500 Mark angekauft, in Ansehung der Häuser sub Nris. 3 bis 5 daselbst aber die Expropriation bei Herzoglichem Staatsministerium beantragt und demnächst ausgeführt werde;
- 6) die Bebauung des vorstehend bezeichneten Bauplatzes mit Gebäuden für die Feuerlöschanstalten und das städtische Gas- und Wasserwerk unter der Bedingung gutzuheißen, daß die aus der Stadtkasse, resp. aus den Mitteln der Gas- und Wasserwerke nach Verhältniß zu bestreitenden Gesamtkosten dieser Bauten, einschließlich des Erwerbs und der Herstellung der Area sich nicht über 300,000 Mark belaufen, und daß Baupläne und Kostenanschläge annoch zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Versammlung genehmigt diese Anträge in ihrem vollen Umfange.

II. Nachdem der Commerzienrath v. Voigtländer durch den am 6. März d. J. mit ihm abgeschlossenen Contract verpflichtet war, bei Anlage der projectirten Privatstraße auf seinem Grundstücke das Gefälle des herzurichtenden Ableitungscanales nach der Campestraße zu leiten, auch für die erforderliche Vorfluth auf eigene Kosten zu sorgen und insbesondere einen Canal von der Campestraße nach der Wolfenbüttler Straße anzulegen, hat derselbe nunmehr gebeten ihm zu gestatten, daß der Canal auf der fraglichen neuen Straße in deren Richtung auf einen näher bezeichneten Punkt durch seinen Garten geleitet werde. Zugleich hat derselbe an den Magistrat die Anfrage gerichtet, ob derselbe geneigt, diesen Canal zugleich zur Ableitung des Tage- und Schmutzwassers von der Campe-, Bertram-, Salzdaßlumer- und Biewegstraße,

sowie der von dem Kunstgärtner Grabbe im Krähenfelde noch anzulegenden Straße mitzubenußen und demnach die Mehrkosten für dessen dann erforderliche größere Weite im Betrage von 4674 Mark auf die Stadtkasse zu übernehmen. Endlich hat Herr v. Voigtländer sich erboten, auf der von ihm projectirten Straße auf seine Kosten sogleich die erforderlichen Gas- und Wasserröhren legen zu lassen, falls ihm die Zusicherung ertheilt wird, daß die Kosten dieser Anlage ihm erstattet werden sollen, wenn die fragliche Straße seitens der Stadt als Eigenthum übernommen wird.

Der Magistrat hält diese Anträge für unbedenklich annehmbar und giebt mittelst Schreibens vom 8. December anheim, dieselben zu genehmigen, was

auf Empfehlung der Finanzcommission seitens der Versammlung mit der Maßgabe geschieht, daß die fraglichen Canalanlagen nach näherer Angabe und unter Leitung der competenten städtischen Beamten auszuführen sind.

Desgleichen

III. verwilligt die Versammlung auf Antrag des Magistrats vom 2. d. M. zu Behuf der von Herzoglicher Baudirection für das nächste Jahr beabsichtigten Neupflasterung des Bohlweges von der Stobenstraße bis zum Steinwege den verträglich auf die Stadtkasse zu übernehmenden Kostenbeitrag von 9657 Mark.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung, ein Antrag Herrn Steinaus auf Erwerbung der Eigenthumsrechte am St. Leonhards-Platz muß wegen Abwesenheit des Referenten von der Tagesordnung abgesetzt werden.

In vertraulicher Sitzung werden einige Steuerreclamationen erledigt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 27. December 1877.

Entschuldigt die Herren Krampe und Otto. Am Magistratsstische Herr Obergermeister Caspari und die Herren Stadträthe Gebhard, Haake, Ramdohr und Rittmeyer.

Herr Stadtrath Haake spricht der Versammlung seinen Dank für das ihm durch seine Wiederwahl in den Magistrat erwiesene Vertrauen aus.

Ein abermaliges Gesuch der Herren W. Götter u. Gen., die Canalisirung der Frankfurter Straße betreffend, wird der Statutencommission überwiesen.

Der Tagesordnung gemäß gelangt

I. der am 19. Juli eingebrachte Antrag Herrn Steinaus zur Berathung: den Magistrat zu ersuchen:

- 1) geeignete Schritte zu thun, um die Altemwiefer Gemeinde zur unentgeltlichen Abtretung ihrer Rechte am St. Leonhards-Platze zu veranlassen;
- 2) desgleichen bei Herzoglicher Kammer, Direction der Domainen, dahin zu wirken, daß dieselbe das Hut- und Weiderecht an diesem Platze nicht wieder verpachte, sondern demnächst unentgeltlich an die Stadt abtrete;
- 3) mit dem Oberamtmann Faber über sofortige Cession der von ihm gepachteten Hut- und Weidgerechtsame daselbst gegen eine nach dem Futterwerthe zu bemessende Entschädigung in Verhandlung zu treten;

- 4) den St. Leonhards-Platz zu planiren und im nächsten Herbst ringsher mit einer Lindenallee zu versehen, auch das Reiten und Fahren auf demselben außer auf dem ihn umgebenden Fahrwege zu verbieten;
- 5) neben dem neu zu erbauenden Schlachthause ein Areal von 15 Morgen zu kaufen und dahin die Viehmärkte von St. Leonhard und von dem kleinen Exercierplatze zu verlegen.

Die Statutencommission giebt anheim, diesen Antrag abzulehnen.

Nachdem aber dessen fünfter Punct durch Herrn Steinau selbst zurückgezogen ist,

werden von der Versammlung die beiden ersten genehmigt, Punct 3 und 4 dagegen abgelehnt.

II. Mit einem Magistratschreiben vom 22. Noember ist der Versammlung der Stadtkassenetat auf das Jahr 1878 sammt den Specialstats für das Armenwesen, die Gemeindeschulen, die Höhere Töcherschule und das Lehrerinnenseminar, die Realschule zweiter Ordnung, die städtische Wegebaukasse und die Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde zugegangen.

Mit einigen von der Statutencommission beantragten Abänderungen werden dieselben genehmigt, zur Deckung des muthmaßlichen Deficits von 589,000 Mark auch eine Gemeindesteuer bewilligt, die vom Magistrate beantragte durchgängige Erhöhung der einzelnen Steuersätze aber mit dem Vorbehalte abgelehnt, daß dieselbe geeignete Vorschläge durch die zu Behuf der Aenderung des Verfahrens bei Einschätzung und Erhebung der Communalsteuer eingesetzte Commission in Gemeinschaft mit der Finanzcommission gemacht werden sollen.

Bei Beschlussfassung über den Etat der Hundesteuer-Kasse werden auf besondere Anträge des Magistrats vom 4. und 9. d. M.

III. die dem Volkskindergarten im Hagen aus dieser Kasse bewilligte jährliche Subvention vom Jahre 1878 an bis auf weiteres von 150 auf 300 Mark erhöht,

sowie

IV. dem Vereine zur Förderung des Kunstgewerbes zum Zwecke seiner Zeichenschule aus derselben Kasse ebenfalls von 1878 an ein Zuschuß von jährlich 2000 Mark bewilligt.

Der hiernächst zur Berathung stehende Gegenstand, ein Magistratsantrag auf gewisse Aenderungen in dem Statut, das Halten von Hunden betreffend, muß von der Tagesordnung abgelehnt werden.

V. In Gemäßheit eines Magistratsantrages vom 19. d. M. werden zu Behuf der Anlage von vier Wasserzapfhähnen auf den Schulhöfen am Südflinte und an der Pflegehausstraße die Beträge von bezw. 187.55 und 161.55 Mark verwilligt.

Endlich

VI. erklärt die Versammlung auf Antrag vom 5. d. M. sich einverstanden, daß im nächsten Jahre die Canalisation der Fallerleberstraße ausgeführt und die Kosten im Betrage von 9834 Mark von den aus dem Kreiscommunalfonds zu Canalisationen und Straßenpflasterungen bewilligten 12,000 Mark bestritten werden.

Von Seiten der Herren Bracke, Ding und Steinau wird der Antrag eingebracht:

daß der Magistrat aufgefordert werde, den freien Gebrauch, welchen die Bürger der Stadt von den städtischen Lokalitäten z. B. auch behufs Abhaltung von Volks- oder Partei- oder Bürger-Versammlungen zu machen wünschen, fernerhin nicht zu behindern.

Derselbe findet indeß in der Versammlung nicht die genügende Unterstützung, und bleibt demnach von weiterer Berathung ausgeschlossen.

Die Sitzung beschließend,

gibt der Herr Vorsitzende eine Uebersicht der diesjährigen Geschäftsthätigkeit der Versammlung. In 20 öffentlichen und 11 vertraulichen Sitzungen sind 111 Anträge des Magistrates, 15 Anträge und 8 Anfragen und Interpellationen von Mitgliedern der Versammlung und 5 Eingaben dritter Personen zur Verhandlung gekommen und größtentheils erledigt. Nachdem der Herr Vorsitzende die ungetrübte Eintracht beider städtischen Behörden constatirt und die allgemeine Lage der Stadt während dieses Jahres sowie die Aussichten auf die nächste Zukunft berührt, auch seinen Dank für die seiner Leitung gewährte Nachsicht ausgesprochen hat,

tritt die Versammlung noch zu einer vertraulichen Berathung über die künftige Art und Weise der Protocollführung zusammen.